



ARCHIVNACHRICHTEN

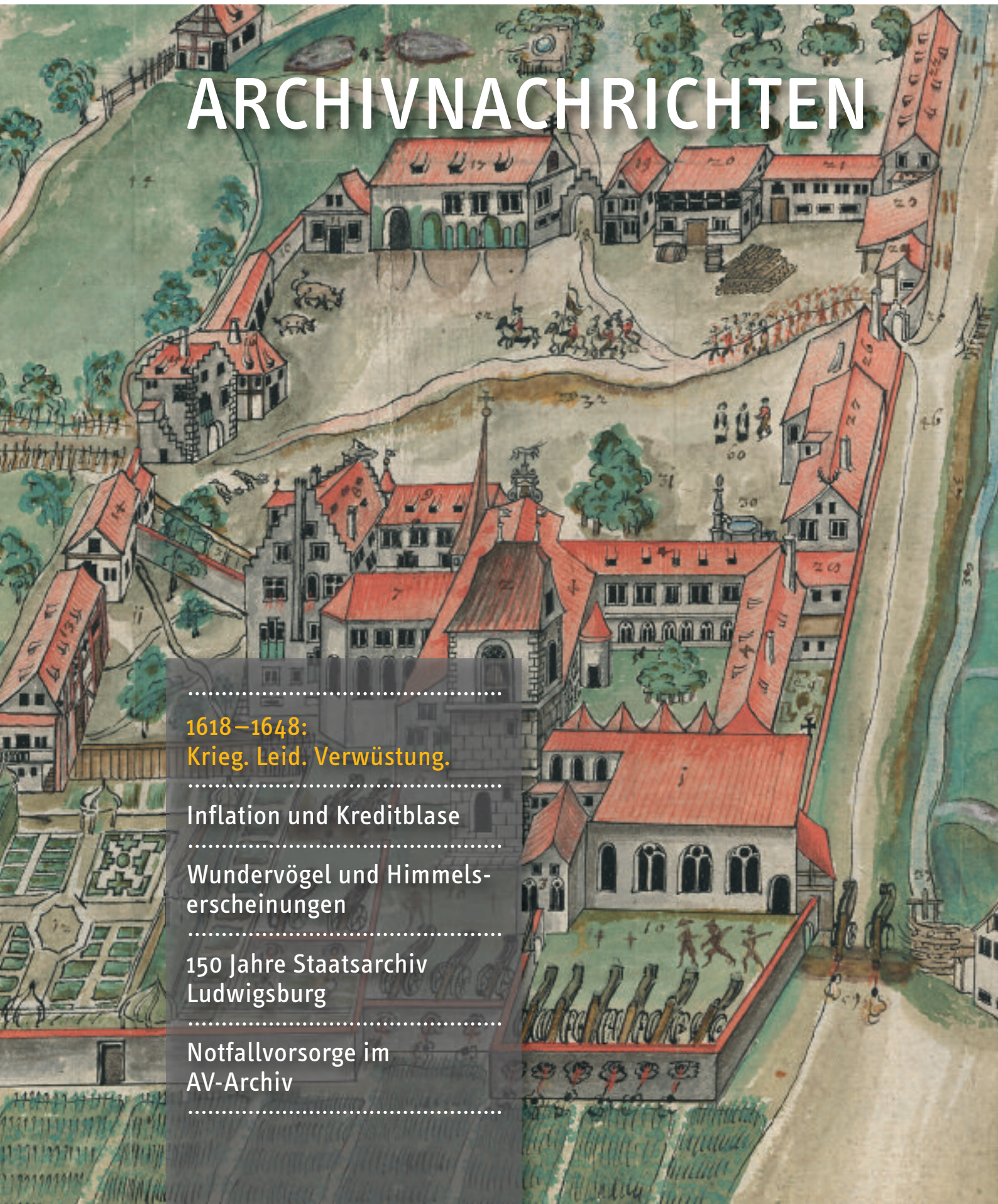
1618–1648:
Krieg. Leid. Verwüstung.

Inflation und Kreditblase

Wundervögel und Himmels-
erscheinungen

150 Jahre Staatsarchiv
Ludwigsburg

Notfallvorsorge im
AV-Archiv



Inhalt

VERENA SCHWEIZER

3 || Editorial

1618–1648:

KRIEG. LEID. VERWÜSTUNG.

ANDREAS NEUBURGER

4 || Der Dreißigjährige Krieg im deutschen Südwesten

BIRGIT MEYENBERG

7 || Obrigkeitliche Ordnung in unsicheren Zeiten

FRANK KLEINEHAGENBROCK

8 || Die Grafen von Löwenstein-Wertheim und der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges

ANDREAS TRAUB / PETER SCHIFFER

10 || Der siegreiche Kampf der Eintracht über die Zwietracht

WOLFGANG MÄHRLE

12 || Konversion im Religionskrieg: Der Fall Jacob Reihing

THOMAS FRITZ

14 || Inflation und Kreditblase

JAN WIECHERT

16 || Ungebetene Gäste – Einquartierungen in Hohenlohe

MARIA MAGDALENA RÜCKERT

18 || Ein Briefwechsel Ferdinand Geizkoflers mit Wallenstein im Staatsarchiv Ludwigsburg

WOLFGANG ZIMMERMANN

20 || Wundervögel und Himmelserscheinungen. Die Belagerung der Stadt Konstanz 1633

JOHANNES RENZ

22 || Preisend mit viel schönen Versen

KATHARINA STURM

24 || Die zweite Belagerung der Reichsstadt Rottweil 1643

PETER RÜCKERT

26 || Der Hohentwiel als „Burg Zion“

KAI NAUMANN

28 || Per Dekret in den Frieden

ULRICH SCHLUDI

30 || Zeit für eine Bilanz

NINA FEHRLÉN-WEISS

32 || „Theater kann Geschichte lebendig machen“

ARCHIV AKTUELL

PETER MÜLLER

34 || Vom Aktenlager im Schloss zum modernen Staatsarchiv – 150 Jahre Staatsarchiv Ludwigsburg

QUELLEN GRIFFBEREIT

MARTINA HEINE

36 || Säkularisation, Mediatisierung, Katholikentage ...

GABRIELE WÜST

37 || Badische Gemarkungsübersichtspläne im Maßstab 1:10.000 online

ANNETTE RIEK / CHRISTOF STRAUSS

38 || Ein Kaleidoskop des 19. und 20. Jahrhunderts

FRANZ-JOSEF ZIWES

39 || Zentrale Quellen zur Nachkriegszeit in Südwestdeutschland

KULTURGUT GESICHERT

GABRIELE LÖFFLER

40 || Notfallvorsorge im AV-Archiv

ARCHIVE GEÖFFNET

JÜRGEN TREFFEISEN

41 || „mit brief und sigel“ – Formen der Schriftlichkeit im Mittelalter.

Ausstellung im Generallandesarchiv Karlsruhe

PETER BOHL / MARKUS FRIEDRICH

42 || Olympische Spiele: Architektur und Gestaltung. Berlin – München – Stuttgart. Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

PETER MÜLLER

43 || Ausgrenzung – Raub – Vernichtung. Ausstellung über die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus

HÄUSER MIT GESCHICHTE

BIRGIT MEYENBERG

44 || „Somit hausen wir zusammen wie bisher“

JUNGES ARCHIV

NADJA DIEMUNSCH

45 || Mit Brief und Siegel. Die Rückeroberung der Festung Hohenzollern 1635

ALFRED HAGEMANN

46 || Ausstellung über Jenny Heymann (1890–1996)

GESCHICHTE ORIGINAL:

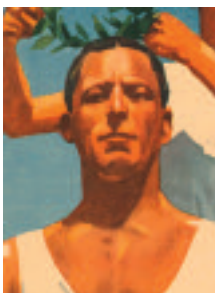
QUELLEN FÜR DEN UNTERRICHT 56

DAVID GNIFFKE / FRANZ HAUNER /

LAURA NIPPEL

47 || Die Novemberrevolution in Württemberg

Editorial



2018 jährt sich der Beginn des Dreißigjährigen Krieges zum 400. Mal. Doch anders als die noch nicht so lange zurückliegenden Weltkriege im 20. Jahrhundert ist dieser Krieg fast vollkommen aus unserem kollektiven Gedächtnis und der Erinnerungskultur verschwunden. Dabei war der Dreißigjährige Krieg (1618–1648) nicht nur eine konfessionelle Auseinandersetzung der protestantischen und katholischen Fürsten im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation, sondern zugleich ein europäischer Konflikt auf dem Gebiet des Reiches mit verheerenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen für die Menschen.

Gerade der deutsche Südwesten war von den Kriegshandlungen besonders stark betroffen. Die Bevölkerung litt unter den durchziehenden Truppen und den Kriegszerstörungen. Zudem waren Ernteausfälle, Hungersnöte und Krankheitswellen allgegenwärtig, sodass in weiten Teilen des deutschen Südwestens durch den Krieg ein starker Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen war.

In diesem Heft der *Archivnachrichten* befassen sich die Autorinnen und Autoren darum mit dem Themenkomplex *1618–1648: Krieg. Leid. Verwüstung*. Hierbei werden nicht nur die Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges auf die Menschen, sondern auch die konkreten Kriegshandlungen, Kriegshelden, wirtschaftliche Entwicklungen wie die Inflation, konfessionelle Bekenntniswechsel und unterschiedliche literarische Verarbeitungen des Krieges behandelt. Zudem wird auf Formen der Erinnerungskultur zum Dreißigjährigen Krieg im 20. Jahrhundert und der Gegenwart geblickt.

In der Rubrik *Archiv aktuell* nehmen wir das 150-jährige Gründungsjubiläum des Staatsarchivs Ludwigsburg in den

Fokus. Unter *Quellen griffbereit* berichten wir über mehrere umfangreiche Erschließungsprojekte, die abgeschlossen werden konnten. Beispielsweise werden durch die Fertigstellung der grundlegenden Verzeichnung der Akten der südbadischen Bezirks- und Landratsämter vielfältige Einblicke in das Alltagsgeschehen im 19. und frühen 20. Jahrhundert eröffnet. Dieser und weitere Bestände stehen nun online für die Recherche zur Verfügung. Und in der Rubrik *Kulturgut gesichert* finden Sie in diesem Heft einen Bericht der diesjährigen Notfallübung im Landesarchiv.

Gerne laden wir Sie zu den kommenden Ausstellungen des Landesarchivs ein: Im Herbst wird im Generallandesarchiv Karlsruhe die Ausstellung *Formen der Schriftlichkeit im Mittelalter* präsentiert. Parallel dazu dreht sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart alles um das Thema *Olympische Spiele: Architektur und Gestaltung*. Und das Staatsarchiv Ludwigsburg wird im Rahmen seiner Aktivitäten zum 150-jährigen Jubiläum der Abteilung die Wanderausstellung *Ausgrenzung – Raub – Vernichtung* eröffnen, die die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus thematisiert und danach an vielen Orten in Württemberg und Hohenzollern zu sehen sein wird.

In den *Quellen für den Unterricht* befassen sich die Autorinnen und Autoren mit der Novemberrevolution 1918 in Württemberg und erinnern damit an die historischen Ereignisse vor 100 Jahren.

Einen guten Herbst und viel Freude bei der Lektüre der *Archivnachrichten* wünscht Ihnen

V. Schweizer

Ihre
Dr. Verena Schweizer

Der Dreißigjährige Krieg im deutschen Südwesten

1 | „Mit großer Geduld ein fester Friede“. Wahl-
spruch und Porträt des württembergischen Gesand-
ten Johann Conrad Varnbüler, Conrad Woumans
nach Anselm van Hulle 1649. In: *Pacificatores Orbis
Christiani*. Rotterdam 1697, Blatt 102. Vorlage:
LWL-Museum für Kunst und Kultur (Westfälisches
Landesmuseum), Münster, Inv.Nr. C 18237 LM.
Aufnahme: Sabine Ahlbrand-Dornseif.

Oktober 1648: Nach mehrjährigen zähen Verhandlungen ging in Münster und Osnabrück der Westfälische Friedenskongress in seine Schlussphase. Er beendete eine dreißigjährige Abfolge von Feldzügen, die zu Verwüstung und Zerstörung im Reich und insbesondere auch dem deutschen Südwesten geführt hatte. Mit vorsichtigem Optimismus und spürbarer Zufriedenheit gegenüber den absehbaren Ergebnissen beteiligte sich der württembergische Gesandte Johann Conrad Varnbüler (1595–1657) in Osnabrück an den letzten Verhandlungen. Ganz anders der Murrhardter Benediktinerprior Adam Adami (1610–1663), der in Westfalen unter anderem die Schwäbischen Reichsprälaten vertrat. Zusammen mit seinem für das Fürstbistum Augsburg tätigen Kollegen bereitete er offizielle Proteste gegen den Osnabrücker Friedensvertrag vor. Beide standen für eine kleine katholische Minderheit, die noch immer bereit war, den Krieg bis zur Durchsetzung ihrer Forderungen weiterzuführen. Die dahinterstehende Programmatik einer weitreichenden Rekatholisierung Schwabens war jedoch längst illusorisch geworden. Schon seit Jahren war es das vorrangige Ziel der maßgeblichen politischen Akteure, eine tragfähige Kompromisslösung und einen Ausweg aus dem jahrzehntelangen Krieg zu finden.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts lagen die Dinge noch völlig anders. Mit der protestantischen Union und der katholischen Liga standen sich im Reich zwei konfessionelle Bündnisse gegenüber.



Auch die Stände im deutschen Südwesten ordneten sich mehrheitlich jeweils einem der Lager zu. Am Ende waren es Ereignisse in Böhmen, an denen sich der seit Jahren erwartete Krieg tatsächlich entzündete. Dass der Funke übersprang und sich der Krieg ausweitete, war unter anderem auf Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz (1596–1632) zurückzuführen. Er nutzte 1619 die Gelegenheit, sich zum König von Böhmen wählen zu las-

sen, konnte sich dort aber nur wenige Monate behaupten. Die Kurpfalz wurde anschließend von spanischen Truppen erobert, der *Winterkönig* bezahlte sein Abenteuer mit der Flucht ins Exil.

Auf dem Boden des Reiches folgte bis 1648 eine Aneinanderreihung von Kriegen in unterschiedlichen Bündniskonstellationen und mit wechselnden geografischen Schwerpunkten. Der deutsche Südwesten war immer wieder stark be-



2 | „Die Friedensengel werden bitterlich weinen“. Wahlspruch und Porträt des Gesandten der Reichsprälaten Adam Adami, Conrad Woumans nach Anselm van Hulle 1649. In: *Pacificatores Orbis Christiani*. Rotterdam 1697, Blatt 125. Vorlage: LWL-Museum für Kunst und Kultur (Westfälisches Landesmuseum), Münster, Porträtarchiv Diepenbroick. Aufnahme: Carmen Hickstein.

troffen, vor allem während der zweiten Kriegshälfte. Besonders einschneidend wirkten sich der schwedische Vormarsch an den Bodensee im Jahr 1632 und der französische Kriegseintritt an der Seite Schwedens im Jahr 1635 aus. Über Jahre war der Südwesten direktes Kriegsgebiet, vielerorts kam es zu schweren Zerstörungen. Charakteristisch war dabei, dass die im Schwäbischen Reichskreis ansässigen Reichsstände in dieser Phase längst

keine eigenen Truppen mehr ins Feld führten. Der durch die Gewässer Rhein, Bodensee und Lech sowie im Norden durch Baden, Württemberg, die Territorien der Reichsstädte Wimpfen, Schwäbisch Hall und Dinkelsbühl sowie die Grafschaft Öttingen begrenzte Kreis bot vielmehr den Schauplatz der militärischen Kämpfe zwischen dem kaiserlichen Bündnissystem und der schwedisch-französischen Allianz.

Politisch, gesellschaftlich wie auch ökonomisch geriet die Region immer stärker aus den Fugen. Die aus Ernte- und Viehverlusten entstandenen Versorgungsengpässe sowie grassierende Seuchen (etwa die Pest) verursachten vielerorts enorme Bevölkerungsverluste, etwa am Oberrhein, einigen Teilen des Herzogtums Württemberg oder auch in Oberschwaben. Regional waren Einbußen von bis zu zwei Dritteln der Bevölkerung zu verzeichnen. Selbst in Phasen relativer Ruhe entstanden aus Truppenmärschen und Einquartierungen hohe Belastungen für die Untertanen. Dies umso mehr, je schlechter die Truppenführer willens oder in der Lage waren, für Disziplin der in der Regel aus zusammengewürfelten Söldnern bestehenden Regimenter zu sorgen. Die außergewöhnlich weitreichenden Folgen des Krieges sind auch daran abzulesen, dass nicht nur die Untertanen direkt betroffen waren. Selbst die Fürstbischöfe von Konstanz und Augsburg sahen sich zeitweise veranlasst, ihre Residenzen zu räumen und sicherer gelegene Aufenthaltsorte zu wählen. Kleinere Reichsstände wie etwa die oberschwäbischen Prälaten flohen zum Teil mehrfach vor anrückenden Truppen und mussten wiederholt die Plünderung und Zerstörung ihrer Besitzungen hinnehmen. Auf die Lage der Herrschenden konnte sich neben dem direkten Kriegsgeschehen auch insbesondere ihre jeweilige politische Positionierung auswirken. Sowohl Markgraf Friedrich V. von Baden-Durlach (1594–1659) als auch Herzog Eberhard III. von

Württemberg (1614–1674) wagten sich in ein Bündnis mit Schweden und gerieten durch diese riskante, gegen den Kaiser gerichtete Bündnisentscheidung in enorme Schwierigkeiten. Folgen waren für beide Fürsten Flucht und mehrjähriges Exil.

Andererseits blieben einzelne Landstriche weitgehend unbehelligt, und ungeachtet der tiefen ökonomischen Zerrütung vor allem des Agrarsektors führte der Krieg zur Blüte einzelner Wirtschaftszweige und am Rande des Geschehens liegender Wirtschaftszentren. Neben dem Fernhandel profitierte dabei insbesondere die Herstellung und Vermarktung der für den Krieg benötigten Güter wie Waffen, Munition und Feldausrüstung aller Art. Zu einer Verlängerung des Krieges trug in diesem Zusammenhang durchaus bei, dass er einem bestimmten Personenkreis Einkünfte sowie zumindest begrenzte soziale Aufstiegsmöglichkeiten bot. Aus der im 17. Jahrhundert gebräuchlichen Form der Kriegsfinanzierung ergab sich, dass Regimentsführer und hohe Offiziere oftmals als Kriegsunternehmer in Erscheinung traten. Während der zweiten Kriegshälfte entstand jedoch ein Überangebot an ambitionierten, aber oftmals militärisch völlig unerfahrenen und dementsprechend ungeeigneten Offiziersaspiranten.

Verschiedene Anläufe zu einem Friedensschluss brachten zunächst keine tragfähige Lösung. Die 1629 in Lübeck und 1635 in Prag abgeschlossenen Verträge scheiterten. Ursachen hierfür waren die vielschichtigen und immer wieder wechselnden Konfliktkonstellationen, aber auch die fehlende Kompromissbereitschaft und die Hoffnung eines Teils der Kriegsparteien auf eine militärische Entscheidung. Erst die wachsende

Erschöpfung der kriegführenden Mächte führte in Münster und Osnabrück ab 1645 unter venezianischer und päpstlicher Vermittlung zu erfolgversprechenden Verhandlungen, bei denen neben den komplexen inneren Problemen des Reiches auch zentrale internationale Streitfragen zur Klärung gelangten.

Mit dem Westfälischen Frieden vom 24. Oktober 1648 endeten auch im deutschen Südwesten die Kämpfe. Ein Ende der Truppenpräsenz und der damit verbundenen Belastungen bedeutete dies gleichwohl nicht. Ganz im Gegenteil, nach dem Abzug der kaiserlichen und der französischen Truppen wurden im Winter 1648/49 sogar aufs Neue zahlreiche unter schwedischem Kommando stehende Kontingente in den Südwesten verlegt. Für die Abdankung und Entwaffnung des schwedischen Heeres waren hohe Summen aufzubringen – und bis dahin blieben die Truppen im Land und mussten versorgt werden. Zuständig für die Bereitstellung und Auszahlung der Gelder war der Schwäbische Reichskreis. Auf den hierzu abgehaltenen Kreistagen mussten protestantische und katholische Stände ihr Misstrauen überwinden und an einem Strang ziehen. Die Aufbringung der Gelder, stattliche 1,7 Millionen Gulden allein in Schwaben, gelang mit einigen Verzögerungen. An den letzten hierzu in Nürnberg geführten Verhandlungen nahm wiederum Johann Conrad Varnbüler teil – zum Ende seiner Karriere hin. 1652 wurde er für seine allseits gewürdigten diplomatischen Verdienste von Kaiser Ferdinand III. (1608–1657) in die Reichsritterschaft aufgenommen. Sein Gegenspieler Adam Adami kehrte Schwaben dagegen den Rücken, er verstarb 1663 als Weihbischof von Hildesheim.

Im Herbst 1650 zogen die letzten Verbände aus dem Südwesten ab – erst jetzt war der Dreißigjährige Krieg tatsächlich zu Ende. Während im Herbst 1648 noch religiöse Ausdrucksformen wie Dankgebete und Gottesdienste die Würdigung des Friedensschlusses dominierten, wurden für das Jahr 1650, etwa im Herzogtum Württemberg und der Reichsstadt Augsburg, Friedensfeste angeordnet und gefeiert – im letzteren Fall sogar bis heute.

Die gravierenden Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges zeigten sich noch viele Jahre nach 1648 in mehreren Bereichen. Zu dem Verlust an Menschenleben traten soziale Probleme hinzu, etwa zerstörte Familien und aufgelöste Gesellschaftsstrukturen sowie verbreitete Traumatisierungs- und Verrohungserscheinungen. Unter ökonomischen Gesichtspunkten kam es vielerorts zunächst zu Arbeitskräftemangel und einem Rückgang der Wirtschaftskraft, teilweise kompensiert über Zuwanderung aus vom Krieg unbehelligten Regionen. Kulturell war neben der zu beklagenden Entfremdung oder Zerstörung von Kulturgütern insbesondere ein Rückschlag für das Bildungswesen zu verzeichnen – bis hin zur erkennbaren *Verwilderung* der Handschriften in den überlieferten Quellen. Wie tief und nachhaltig sich der Dreißigjährige Krieg und insbesondere die Phase der schwedischen Besetzung ins kollektive Gedächtnis der Menschen eingebrannt hat, illustrieren heute noch bekannte Volkslieder *Bet Kindlein bet, morgen kommt der Schwed...*, die Darstellung vor allem der *Schwedenzeit* im Rahmen historischer Festumzüge, die Tradierung von Legenden oder zahlreiche auf den Krieg zurückgehende Orts- und Gemarkungsbezeichnungen.

ANDREAS NEUBURGER



3 | Das von Philipp Jakob Mayer 1670 geschaffene Ölgemälde zeigt die vergebliche Belagerung der Stadt Überlingen im Jahr 1634. Die Abwehr der schwedischen Truppen gelang unter Beistand der Muttergottes.
Vorlage: Städtisches Museum Überlingen.

Obrigkeitsliche Ordnung in unsicheren Zeiten

Quellen aus der Zeit des Dreißigjährigen Kriegs im Staatsarchiv Sigmaringen

Wie das übrige Schwaben wurde auch die Grafschaft Sigmaringen vom Dreißigjährigen Krieg schwer gebeutelt. Graf Johann von Hohenzollern-Sigmaringen, der wie sein Hechinger Vetter dank seines Einsatzes für die katholische Liga vom Kaiser in den Fürstenstand erhoben worden war, wie auch sein Sohn Meinrad standen in bayerischen Diensten. Daher hielten sie sich die meiste Zeit außerhalb Sigmaringens auf. Umso größeren Wert legten sie aber darauf, dieses sorgfältig zu verwalten und zu regieren. Diesem Umstand ist es zu verdanken, dass sich im Staatsarchiv Sigmaringen eine 43 Faszikel umfassende Korrespondenz zwischen dem Fürsten Johann bzw. dessen Sohn Meinrad und den Amtleuten der Grafschaft Sigmaringen aus der Zeit von 1619 bis 1653 erhalten hat (LABW, StAS Ho 80 T 1 Nr. 168–210): Diese spiegelt zum einen die Verwaltungstätigkeit eines kleinen Staatsorganismus bis ins Detail wider, zum anderen zeigt sie die Auswirkung des großen Krieges auf das Land und seine Bewohner.

Aussagekräftig ist ebenfalls die Lücke von 1632 bis 1635. Denn ab 1632 fielen die Schweden mit ihren württembergischen Verbündeten in der Grafschaft Sigmaringen ein, besetzten zeitweise das Residenzstädtchen und brannten einen Teil des Schlosses nieder. Waren die hohenzollerischen Untertanen zuvor schon mit Kontributionen und Einquartierungen durch die kaiserliche Armee und ihre Verbündeten in Bedrängnis geraten, so kam ab den 1630er Jahren unsägliches Leid in Form von Hunger, Pest und Misshandlungen durch Soldaten über die Bevölkerung. Daran änderte auch das wechselnde Kriegsglück nichts.



Entwürfe für die Glockentürme der Kappellen in Langenenslingen und Thalheim, 1630.
Vorlage: LABW, StAS Ho 80 T 1 Nr. 191.

Da alles über die Korrespondenz zwischen Fürst und Amtleuten geregelt werden musste, ist eine Konsultierung der genannten Quellen für Forschungen zu den unterschiedlichsten Aspekten im Herrschaftsgebiet der Sigmaringer Hohenzollern während des 17. Jahrhunderts unabdingbar. Die Themen reichen von juristischen Angelegenheiten wie die Anordnung von Folter und Hexenverfolgung über Kirchensachen und Auseinandersetzungen mit den Untertanen bis zum Zustand der Landwirtschaft, um nur einiges zu nennen.

Geradezu erstaunlich war die Bautätigkeit bis 1631. Offensichtlich rechnete man nicht mit dem Übergreifen des Kriegsgeschehens auf den Raum Sigmaringen. Kirchenbauten wurden ebenso vorangetrieben wie das herrschaftliche Ökonomiebauwesen. Den Berichten der

Amtleute sind teilweise Skizzen beigelegt. So hielt Fürst Johann die Vorschläge für Glockentürme der Kapellen von Langenenslingen und Thalheim für überdimensioniert und lehnte deren Bau nun vollkommen ab: *wir kündten aber in beiden Capellen noch wol lenger ohne thürn celebrieren lassen*. Ebenso lehnte er als sparsamer Landesherr 1630 den Kostenvoranschlag des Zimmermeisters Johannes Heggelen von Andelfingen über 120 Gulden zur Renovierung der Mühlräder der herrschaftlichen Mühle zu Langenenslingen ab: *als dan wir solche uff unsern Costen selbst bawen*. Schließlich geben die Unterlagen auch einen guten Überblick über die Baumaßnahmen des Dillinger Baumeisters Hans Alberthal am Sigmaringer Schloss, dessen Ostflügel 1633 abbrannte.

BIRGIT MEYENBERG

Die Grafen von Löwenstein-Wertheim und der Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges

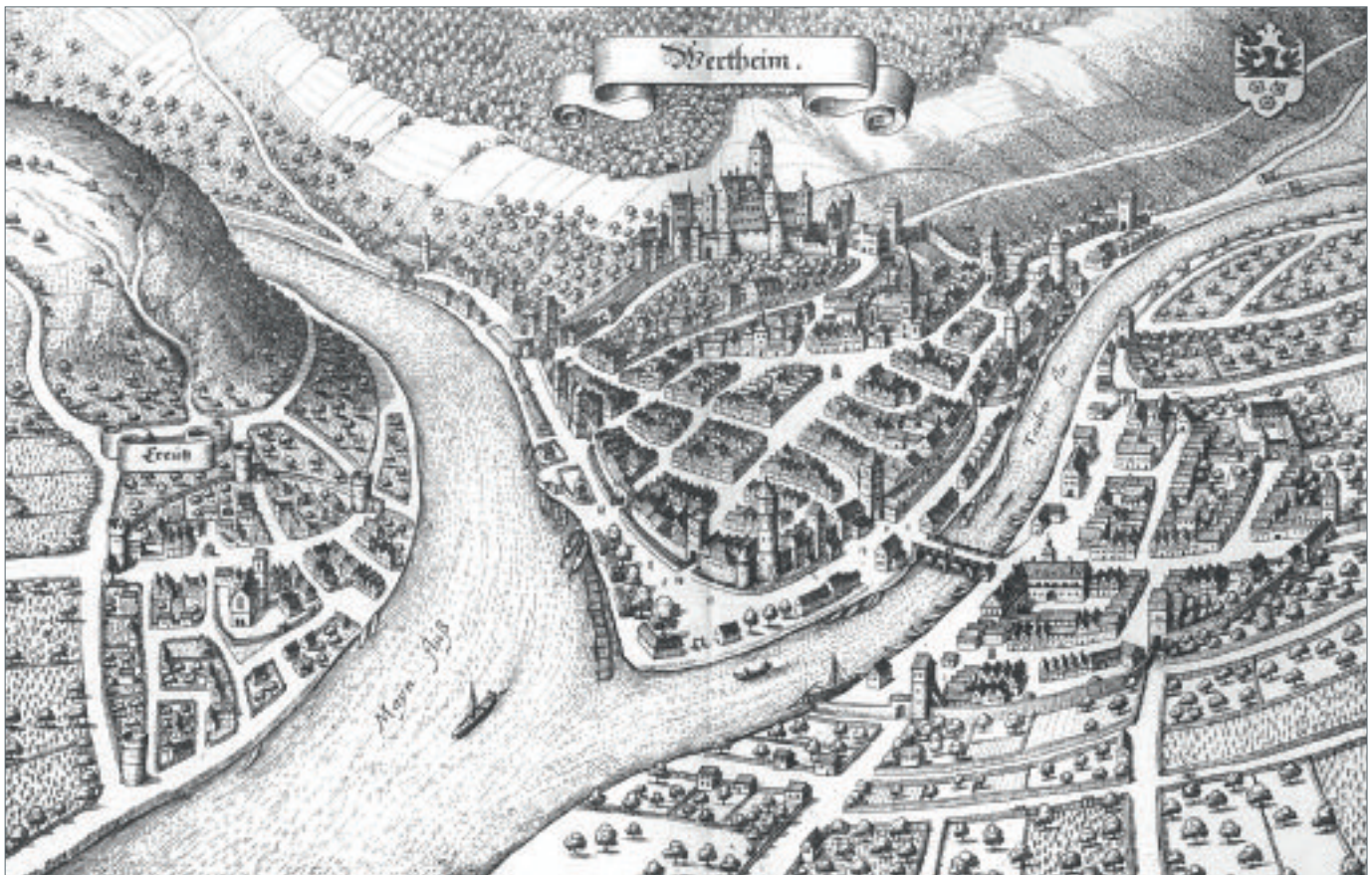
Am 23. Mai 1618 fand der Prager Fenstersturz statt. Dieses Ereignis markiert den Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Die Stadt Wertheim ist wie kaum eine zweite von den Folgen dieses Krieges bis heute gezeichnet. Thront doch über der Stadt die Ruine des einst prächtig im Stile der Renaissance ausgebauten gräflichen Residenzschlosses. Dreimal wurde es in den Jahren zwischen 1618 und 1648 beschädigt.

Zuerst 1619 durch eine unachtsam ausgelöste Pulverexplosion, deren Schäden noch beseitigt werden konnten. 1634 wurde es von den Kaiserlichen beschossen, die es von schwedischen Besatzern befreiten; die dadurch entstandenen Schäden konnten in den folgenden bei-

den Jahren für 2.500 Gulden ausgebessert werden. 1647 wurde es durch bayerische Truppen endgültig zur Ruine. Die Grafen von Wertheim konnten sich einen Wiederaufbau nicht mehr leisten. Die Ruine ihrer ehemaligen Residenz steht so auch für ihre geringer gewordenen Handlungsmöglichkeiten im Alten Reich. Dabei hatten die vier zu Beginn des Krieges im Kondominat regierenden Grafen noch in das Geschehen einzugreifen versucht – allerdings mit konträren Absichten und Strategien.

Graf Johann Dietrich (1585–1644) nahm spätestens 1621 das katholische Bekenntnis an. Aufgrund seines Besitzes Rochefort in der Nähe von Lüttich suchte er die Nähe zu den spanischen

Habsburgern und trat kurz vor Ende des spanisch-niederländischen Waffenstillstands im selben Jahr als Obrist in deren Armee ein. Die Grafen Wolfgang Ernst (1578–1636), Ludwig IV. (1569–1635) sowie Christoph Ludwig (1568–1618) blieben evangelisch. Graf Wolfgang Ernst und die drei Söhne seines ältesten Bruders zogen mit drei gut ausgerüsteten *Raißwage*, zwölf Pferden und 80 angeworbenen Reitern im Gefolge des Markgrafen von Brandenburg-Ansbach nach Böhmen, um die dortigen Aufständischen zu unterstützen. Vor dem Aufbruch nahmen sie im Rahmen eines feierlichen Gottesdienstes in der Wertheimer Stiftskirche das Abendmahl ein. Dies zeigt, dass ihr Handeln durchaus



1

religiös motiviert war. Entsprechend wertet das im Wertheimer Stadtarchiv verwahrte *Braune Buch*, eine Art Stadtchronik, dies als Maßnahme, *den Religionsfriden zue erhalten* und schimpft gegen die *Babisten*. Einer der jungen Grafen bezahlte den Einsatz mit seinem Leben, ein weiterer starb wenig später in Paris, der dritte, Graf Friedrich Ludwig (1598–1657), wurde 1623 vom Kaiser benadigt.

Damit hatte sich die Mehrheit der Grafen von Löwenstein-Wertheim zu Kriegsbeginn gegen Kaiser und Reich gestellt, wiewohl Kaiser Ferdinand II. (1578–1637) in mehreren Mandaten im Jahre 1620 die Unterstützung der Aufständischen in Böhmen untersagt hatte, indem er an die Lehenspflicht der Reichsstände appellierte und die Wahrung der Reichskonstitutionen anmahnte. Auf diese Weise drohte er indirekt mit dem Einzug von Herrschaften und der Verfolgung von Landfriedensbrechern. Bereits 1619 hatte Erzherzog Albrecht (1559–1621),

der Regent der südlichen Niederlande, nicht nur die Treue zum Kaiser ange-mahnt, sondern auch die Öffnung der Löwensteinischen Schlösser für das Militärfordert.

Die unterschiedliche Ausrichtung der Politik der Grafen von Löwenstein-Wertheim dauerte indes fort. Entsprechend der Kriegsläufe gewann einmal Graf Johann Dietrich und gewannen ein anders Mal seine protestantischen Brüder Übergewicht. Für ihre verkehrsgünstig am Main gelegene Herrschaft hatte das Hin und Her durchaus auch Folgen für die 1619 beginnende Geschichte der unzähligen Durchzüge und Einquartierungen durch Truppen von Freund und Feind.

FRANK KLEINEHAGENBROCK

1 | Caspar Merian fertigte diesen Kupferstich mit idealisierter, aber realistischer Perspektive auf Wertheim wohl während seines Aufenthaltes dort in den frühen 1670er Jahren. Er zeigt die Wertheimer Burg im Zustand unmittelbar vor der Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg. Merian ging wohl von einem Wiederaufbau aus, der nie erfolgte.

Vorlage: Matthäus Merian: *Topographia Franco-niae*. Frankfurt a. M. 1648, S. 146. Digitale Volltext-Ausgabe bei Wikisource, URL: https://de.wikisource.org/w/index.php?title=Seite:De_Merian_Frankoniae_145.jpg&oldid=2886643 (Version vom 18.08.2016).

2 | 1625 Urkunde Scharfeneck: Kaiser Ferdinand II. belohnte im Jahre 1625 den katholischen Grafen Johann Dietrich von Löwenstein-Wertheim, Obrist in der spanischen Armee, für seine Unterstützung bei der Besetzung der Kurpfalz durch die Belehnung mit der Herrschaft Scharfeneck, die nach Ächtung der Verlierer des Böhmisches Aufstands heimgefallen und zuvor von Vettern des Grafen aus dem Hause Löwenstein besessen worden war.

Vorlage: LABW, StAWt-R US 1625 September 19.



Der siegreiche Kampf der Eintracht über die Zwietracht

Zum Ritterspiel des Erasmus Widmann von 1620

Dass schon frühzeitig in Musik und Dichtkunst der 1618 ausgebrochene Krieg reflektiert und hinterfragt wurde, zeigt ein Werk des Erasmus Widmann (1572–1634), Musiker am hohenlohischen Hof in Weikersheim und seit 1613 Organist, Cantor und Gymnasiallehrer in Rothenburg ob der Tauber. Widmann war nicht nur Musiker, sondern auch gewandter Dichter, der zum *poeta laureatus* erhoben wurde. 1620 ließ er den *Schönen Newen Ritterlichen Aufzug vom Kampff und Streyt zwischen Concordia und Discordia* drucken, von ihm gedichtet und komponiert, *darinnen der jetzige deß Reichs zustand / unnd wordurch derselbig zu remedieren ... für Augen gestellt wird*. Er widmete ihn der Gesamtheit der deutschen unierten Fürsten.

Die Königin Reganima/Germania berät mit ihren sieben Söhnen Menelaus, Carolomannus, Theophilus, Cyrifredus (für Frydericus), Philadelphus, Scipio und Brennus (Anspielung auf die sieben Kurfürsten) die bedrohliche Lage für das Reich, wobei die konfessionelle Spaltung

zwar thematisiert, aber nicht in den Mittelpunkt gestellt wird. Dann werden die sieben Räte gehört, die mit der lateinischen Bezeichnung für Gerechtigkeit, Klugheit, Stärke, Wahrheit, Freundlichkeit, Geduld und Hoffnung benannt sind. Ihre Meinung geht dahin, dass man durch die Stärkung der alten ritterlichen Tugenden die äußeren und inneren Gefahren, die dem Reich drohen, überwinden könne. So bittet man die Eintracht, sie wolle die feindliche Zwietracht bekämpfen. Die Zwietracht nennt als ihre Verbündeten: *Fürnemblich wolln wir Romulum* [Papsttum], / *Iberum* [Spanien], *Ottomanum* [Türken] *drumb / Ersuchen: Rabbimoschel* [Juden] *auch / Zu hülf nehmen nach Kriegs gebrauch. / Wie auch die Nachbarn Barbarum* [Barbaren] / *Die Furias* [Raserei] *und Cerberum* [Höllenhund]. Nach ausführlichen Hin- und Widerreden kommt es zur Feldschlacht, die durch den raffenden Bericht des Feldtrompeters (Verfahren der Teichoskopie) wiedergegeben und von einer Battaglia, einem musikalischen Schlach-

tengemälde, unterlegt wird. Die Eintracht siegt glanzvoll, und ihre Töchter Gratitude (Wohllollen), Bullaurea (Goldene Bulle als Grundlage der Reichsordnung) und Constantia (Beständigkeit) feiern den Sieg.

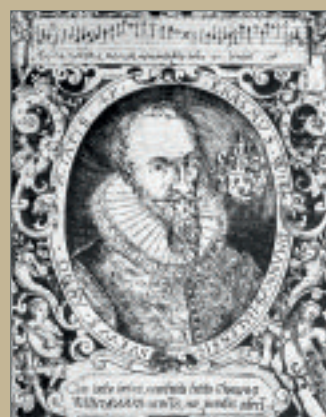
Die eröffnende Rede der Königin sowie die Reden ihrer Söhne und Räte sind mit lateinischen Versen überschrieben. Zu den Versen der Räte hat Widmann Tonsätze komponiert, ebenso am Schluss des Spiels zum Lobgesang *Concordia der Liebe Band*, zum *Gebetlein: O heilige Dreyfaltigkeit* und zum *Lob der edlen Ritterschaft: Ritterliches Blut und kühner Heldenmuth*.

Mit seinem schwerfälligen Prunk und der umständlichen Argumentation ist Widmanns Ritterspiel ein eindrucksvolles Zeugnis aus den Anfangsjahren des Dreißigjährigen Krieges und früher Friedenshoffnungen.

ANDREAS TRAUB
PETER SCHIFFER



1



3

3. **CONCORDIA.** 101

Cantus

Concordia in der Zeit be steht erhalten muß allzeit vnd

Zeit fort gehen als ja grade. Daß mo nicht die Zeit die da folgt

man zu hergehoht bestanden ist man nicht stande

Bass.

Concordia in der Zeit be steht erhalten muß allzeit vnd

Zeit fort gehen als ja grade. Daß mo nicht die Zeit nicht die da folgt

man zu hergehoht bestanden ist man nicht stande

2

1 | Titelblatt des Ritterspiels, 1620.

Vorlage: Erasmus Widmann: Ein schöner neuer rit-
terlicher Aufzug vom Kampff und Streyt zwischen
Concordia und Discordia. Rotenburg ob der Tauber
1620.

2 | Gedruckte Noten für Cantus und Bass der Ein-
tracht, 1620.

Vorlage: Erasmus Widmann: Ein schöner neuer rit-
terlicher Aufzug vom Kampff und Streyt zwischen
Concordia und Discordia. Rotenburg ob der Tauber
1620.

3 | Porträt Erasmus Widmanns als 45-Jähriger (mit
Widmann-Wappen, zweistimmigen Krebskanon
und Widmungsspruch), 1619.

Konversion im Religionskrieg: Der Fall Jacob Reihing



Es war eine Reise ins Ungewisse: Am 5. Januar 1621 verließ der Jesuit Jacob Reihing heimlich seine Wirkungsstätte in Neuburg an der Donau und begab sich nach Stuttgart. Dort angekommen, offenbarte er seine evangelische Gesinnung und bat Herzog Johann Friedrich von Württemberg um Asyl.

Jacob Reihings Flucht nach Württemberg war ein Paukenschlag. Denn der 1579 in eine Augsburger Patrizierfamilie Hineingeborene war alles andere als ein unbeschriebenes Blatt. Reihing hatte über viele Jahre hinweg zu den entschiedensten Vertretern des intransigenten Katholizismus in Süddeutschland gezählt. Nach dem Besuch des Augsburger Jesuitengymnasiums bei St. Salvator und einem Studium der Theologie an der Universität Ingolstadt war er seit 1608 als Philosophieprofessor an der bayerischen Landesuniversität tätig gewesen. Später hatte Reihing als Hofprediger des 1613 zum Katholizismus konvertierten Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg gewirkt. Als der Pfalzgraf die Rekatholisierung seines protestantischen Fürstentums in Angriff nahm, fand er in Reihing einen seiner tatkräftigsten Helfer. Noch 1620 war der Neuburger Jesuit als katholischer Kontroverstheologe hervorgetreten.

Und dann der Wechsel ins protestantische Lager. Ohne erkennbaren äußeren Grund. Zudem zu einem Zeitpunkt, als es um die evangelische Sache politisch und militärisch sehr schlecht bestellt war. Erst Anfang November 1620 war der Pfälzer Kurfürst Friedrich V., der die böhmische Königskrone angenommen

hatte, in der Schlacht am Weißen Berg bei Prag vernichtend geschlagen worden. Zu Beginn des Jahres 1621 stand die Auhäuser Union, ein seit 1608 bestehendes Bündnis protestantischer Reichsstände, vor der Auflösung. Was trieb Jacob Reihing dazu, ausgerechnet in dem Augenblick, als Kaiser und katholische Fürsten vor dem militärischen Triumph standen, auf die Seite der vermeintlichen Verlierer zu wechseln?

Die Umstände der Konversion sowie der weitere Lebensweg Reihings legen die Vermutung nahe, dass in seinem Fall tatsächlich religiöse Gründe für den Glaubenswechsel den Ausschlag gaben. Anhand der im Hauptstaatsarchiv Stuttgart überlieferten Akten, vor allem der umfangreichen Korrespondenz Reihings mit dem herzoglichen Kammersekretär Johann Conrad Brodbeck, lässt sich die schrittweise Integration des ehemaligen Jesuiten in das protestantische Umfeld in Württemberg nachvollziehen. Nachdem Reihings Aufenthalt im schwäbischen Herzogtum im Januar 1621 nach einer Glaubensprüfung zunächst geduldet worden war, schwor der ehemalige Jesuit im November 1621 in der Tübinger Stiftskirche öffentlich dem Katholizismus ab. 1622 heiratete Reihing Maria Welser, die ebenfalls aus dem Augsburger Patriziat stammte. Im selben Jahr wurde er Extraordinarius in Tübingen, schließlich 1625 ebendort ordentlicher Professor der Theologie. Der Integrationsprozess Reihings in das Kollegium der Tübinger theologischen Fakultät wurde begleitet von mehreren Publikationen, in denen der Konvertit seine früheren Posi-

tionen widerrief. Er war ebenso begleitet von einem aufsehenerregenden Federkrieg zwischen den ehemaligen jesuitischen Glaubensbrüdern Reihings, die diesen mit allen erdenklichen Mitteln zu diskreditieren trachteten, und seinen württembergischen Verteidigern.

Auch wenn es im Dreißigjährigen Krieg verschiedentlich Konversionen von Gelehrten gab, weist der Fall Reihing doch Besonderheiten auf: Kaum ein Gelehrter dürfte mit seinem Glaubenswechsel persönlich so viel riskiert haben wie der Augsburger. Der Hofprediger Pfalzgraf Wolfgang Wilhelms tauschte mit seiner Fahrt nach Stuttgart hohes Sozialprestige, Sicherheit und materiellen Wohlstand gegen völlige Ungewissheit.

Jacob Reihing verstarb am 5. Mai 1628 im Alter von 49 Jahren als angesehener lutherischer Theologe in Tübingen.

WOLFGANG MÄHRLE

1 | Porträt Dr. Jacob Reihings von Melchior Haffner (1660–1704).

Vorlage: <http://www.tripota.uni-trier.de/kuenstler.php?persID=P00614>, Stadtbibliothek Trier, Port. 3367.

2 | Lucas Osiander: *Christliche Erinnerung Bey dem Revocations-Actu*. Tübingen 1622. Festschrift anlässlich des öffentlichen Widerrufs der „papistischen Lehr“ durch Dr. Jacob Reihing am 23. November 1621 in Tübingen.
Vorlage: LABW, HStAS A 63 Bü 85.

3 | *Korrespondenz Dr. Jacob Reihings mit dem Kammersekretär Johann Conrad Brodbeck, 1621–1628*.
Vorlage: LABW, HStAS A 63 Bü 85.

Christliche Erinnerung
 Bey dem
 Reuocations-Actu,
 Als in Persöhnlicher Gegenwart / der
 Durchleuchtigen Hochgebornen Fürsten vnd
 Herrn / Herrn
Johann Friderichen
 Hertzogen zu Württemberg vnd Teckh/
 Braven zu Mumpelgart / Herrn zu Hey-
 denheim / ꝛc.
 Auch ihrer Fürstlichen Gnaden Gebrüder / Herrn
Friderich Achillis, vnd Herrn Magni
 Hertzogen zu Württemberg / ꝛc. Beneben Herrn Franz
 Heinrichen Hertzogen zu Sachsen / Engern vnd Westphalen / ꝛc.
 Ertlicher vornehmer Räte / ganser Ritterschafft /
 So dann /
 Rectoris vnd aller UniversitetsVerwandten / vnd
 Anderer Volckreichen versamlung / den 23. Novembris / Anno 1621. zu
 Tübingen / In der Kirchen zu S. Georgen /
 D. Jacob Kephing / Patritius Augustanus, gewestter Jesuit
 vnd Pfals Neimbürgischer Hoffprediger /
 Die Papisstische Lehr öffentlich Wideruffen / vnd sich zu der Reinen Evange-
 lischen Lehr / ehngelndert Augszurjescher Confession bekennet.
 Geschehen durch /
D. LUCAM OSIANDERN,
 Propst vnd Canglern daselbsten /
 Sampt angehängter Revocation Petri Pauli Vergerii gewestten Bischoffen
 zu Juitinopel in Iltria, Benedischer Herrschafft.
 Getruckt zu Tübingen / Bey Dieterich Werlin / Anno 1622.

2



3



Inflation und Kreditblase

Die Münzmanipulationen der „Kipper und Wipper“ und ihre Folgen

Pecunia nervus belli – Geld ist der Nerv des Krieges. Diese bereits in der Antike geprägte Redensart wurde im frühneuzeitlichen Europa nicht zufällig wieder häufiger zitiert. Die *militärische Revolution* des 16. und 17. Jahrhunderts bedeutete nicht nur neue Kampfaktiken der Infanterie und Kavallerie, welche langes Training erforderten, sondern auch eine immense zahlenmäßige Zunahme der von den abendländischen Mächten ins Feld geführten Armeen. Beide Faktoren brachten die Staaten zunehmend an den Rand ihrer fiskalischen Leistungsfähigkeit.

Dies musste auch Kaiser Ferdinand II. erfahren, dessen Truppen 1620 nach dem Sieg am Weißen Berg zwar Böhmen für das Erzhaus zurückgewonnen hatten, aber weiterhin riesige laufende Kosten verursachten. In dieser Situation entschloss er sich 1622 mit einer Gruppe von Höflingen unter Führung des Fürsten Karl von Liechtenstein, einen Vertrag zu schließen, das berühmte Prager Münzkonkordat, welches den Geschäftspartnern gegen die gewaltige Pachtsumme von jährlich sechs Millionen Gulden ein Monopol auf die Ausprägung von Silbermünzen in Böhmen und Mähren einräumte. Finanziert werden sollte die Pacht – und natürlich auch die Geschäftsgewinne der Konsorten – mit einer massiven Reduzierung des Silbergehalts der Münzen. Außerdem wurden die vorhandenen mit gutem Feingehalt ausgeprägten Münzen systematisch aufgekauft und als minderwertige Münzen wieder ausgegeben. Dabei beschreibt die Tätigkeit des Auflegens der Münzen auf die Waage, deren *wippen* und das anschließende *kippen* auf die Seite, wo die

guten, schweren Münzen lagen, anschaulich die Tätigkeit der Wechsler und gab ihnen den Namen *Kipper und Wipper*.

Diese Münzmanipulation rief im Reich innerhalb kürzester Zeit eine galoppierende Inflation hervor, unter der vor allem das gewöhnliche Volk zu leiden hatte, da dieses seine Geldgeschäfte mit den niedrigwertigen Silbermünzen abwickeln musste und jetzt einen massiven Kaufkraftverlust dieses Geldes erlebte.

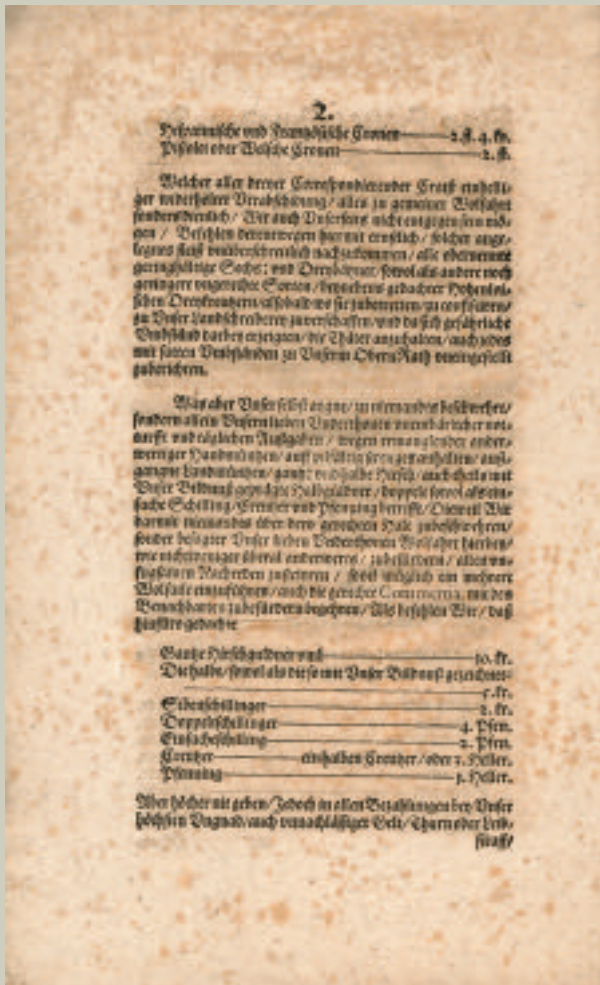
Auch im Herzogtum Württemberg zeigten sich schon nach kurzer Zeit die Folgen der kaiserlichen Münzmanipulation: Ebenso wie viele fürstliche Standesgenossen trugen Herzog Johann Friedrich und seine Räte dabei keinerlei Bedenken, die guten Münzen in der herzoglichen Kasse, der Landschaftseinnahme, gezielt einsammeln zu lassen, sie einzuschmelzen und in geringwertigeren Münzen, bei gleichem Nominalwert, wieder ausprägen zu lassen – sich also ebenfalls an der Münzmanipulation zu beteiligen. Die Folge war zwar eine kurzfristige Steigerung der Einnahmen der Staatskasse. Diese wurde aber mit einer Explosion der Preise und Löhne bei gleichzeitiger Entwertung der Geldvermögen erkaufte; zudem waren auch die staatlichen Einnahmen selbstverständlich von der Geldentwertung betroffen.

Als die Münzverwirrung im Reich 1623 so zugenommen hatte, dass eine offizielle Abwertung der Silbermünzen durchgeführt und die minderwertigen Münzen *verrufen*, d. h. eingezogen und gegen neue mit korrektem Feingehalt ausgetauscht werden mussten, ergaben sich die nächsten Probleme. Die inflationsbedingten immens gesteigerten Kreditaufnahmen der letzten Jahre (allein

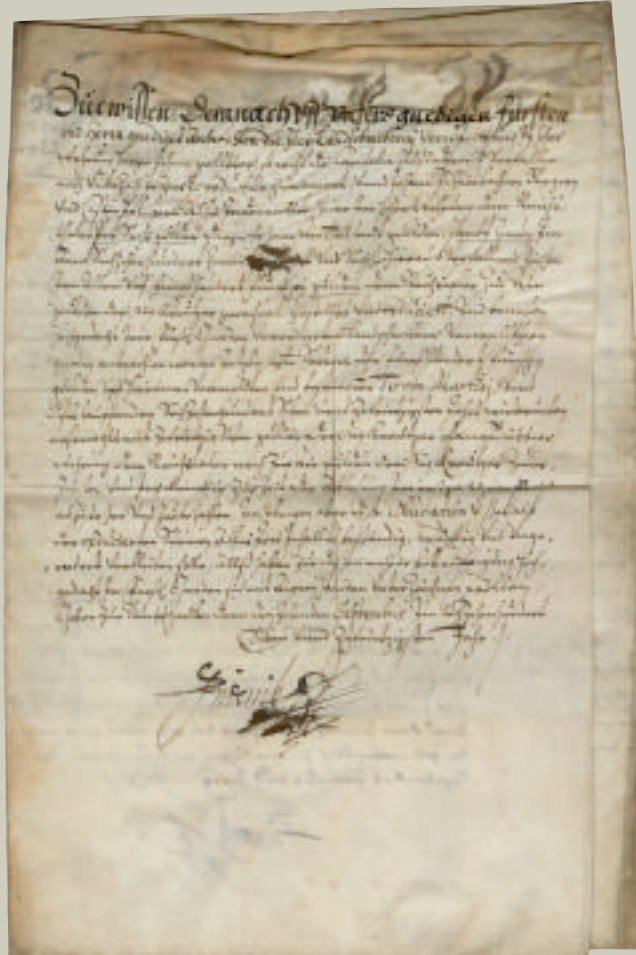
1622 waren 400.000 Gulden Schulden aufgenommen worden), bedrohten den Schuldendienst des Herzogtums. Die für die Schuldablösung zuständigen Landstände entschlossen sich in dieser Situation ab 1624, trotz der Bedenken des Herzogs, der zu Recht um seinen Kredit fürchtete, die *in hoher wehrung hergeliehenen geltter, sowohl die Capitalien als daraus verfallne, noch unbezahlte Zins in Reduction* zu nehmen. Das bedeutete, die in den Inflationsjahren aufgenommenen Gültverschreibungen – obwohl viele noch mit guten Münzen bezahlt wurden – im Schnitt um annähernd 50 Prozent zu reduzieren. Für viele Kapitalanleger – hauptsächlich württembergische Beamte, Pfarrer, Handwerker – bedeutete dies eine massive Entwertung ihrer Investitionen. Meistens handelte es sich bei diesen Anlagen um Ersparnisse eines ganzen Lebens, welche als Altersvorsorge bzw. im frühzeitigen Todesfall zur Absicherung der Ehefrauen und minderjährigen Kinder dienen sollten. Diese Gültverschreibungen hatten also für die Untertanen die Funktion einer modernen Kapitallebensversicherung.

Die Reaktion sollte nicht auf sich warten lassen. Während 1622 noch über 400.000 Gulden Schulden auf dem Kapitalmarkt zur Staatsfinanzierung aufgenommen worden waren, waren zwei Jahre später keine 20.000 Gulden mehr aufzubringen: Der Kreditmarkt war für Württemberg praktisch zusammengebrochen. Die finanziellen Nöte des Herzogtums sollten sich dadurch in den kommenden Jahren noch massiv verschärfen und die unmittelbaren Kriegsfolgen verschlimmern.

THOMAS FRITZ



1 | Mit einem Gerichtsprozess vor dem Reichskammergericht wehrten sich Daniel Keffborer, Bürger zu Ulm, und Ehefrau Anna Meßlängin im Jahr 1627 gegen Hans Jakob Schad, des Rats, und weitere Ulmer Bürger gegen ein Kreditgeschäft, bei dem er sich übervorteilt sah (LABW, HStAS C 3 Bü 5400). Zum Beweis fügte Keffborer seiner Klageschrift 20 Kippermünzen bei.
 Vorlage: LABW, HStAS J 290 Nr. 71.



2 | Durch ein Generalreskript gab Herzog Johann Friedrich von Württemberg am 31. August 1623 bekannt, dass der Hirschgulden gegenüber der Leitwährung, dem Reichstaler nur noch 10 Kreuzer (vorher 460 Kreuzer) gelten sollte. Damit war die württembergische Währung mit einem Schlag um 83 Prozent abgewertet worden.
 Vorlage: LABW, HStAS A 39 Bü 138.

3 | Rechnung der Landeinnahme für das Jahr 1624/25. Während im Jahr 1622 die Beiträge zum herzoglichen Haushalt aus Schuldenaufnahmen bei über 400.000 fl. gelegen hatten, sanken diese 1624 auf gerade noch 19.000 fl. Der Zusammenbruch des herzoglichen Kredits, der sich hier manifestiert, war eine direkte Folge der Münzmanipulationen, an denen sich Herzog Johann Friedrich beteiligt hatte.
 Vorlage: LABW, HStAS A 256 Bd 111.

4 | Gültverschreibung Herzog Johann Friedrichs von Württemberg für Johann Schlierbacher, Bürger und Kastenpfleger zu Stuttgart, 11.11.1622. Die von Schlierbacher geliehenen 1.000 fl. wurden 1627 von der herzoglichen Kasse an die landständische Kasse zur Schuldablösung übertragen. Bei dieser Gelegenheit wurde der Kapitalwert auf 550 fl. reduziert mit der Begründung, dass die Anleihe in „hoher wehrung“, also zu Zeiten der Inflation aufgenommen worden sei.
 Vorlage: LABW, HStAS L 2 U 987.

Ungebetene Gäste – Einquartierungen in Hohenlohe



Obleich die Hauptschauplätze des Dreißigjährigen Krieges fernab der Grafschaft Hohenlohe lagen, blieb die Bevölkerung nicht von den mittelbaren Auswirkungen des Krieges verschont. Neben Kontributionszahlungen stellten Einquartierungen fremder Truppen eine besondere Belastung für die Einwohner dar. Unzählige Akten des Hohenlohe-Zentralarchivs in Neuenstein befassen sich mit Konflikten zwischen den Einheimischen und ihren ungebetenen Gästen, welche sich oftmals durch Gewaltakte, Diebstähle und andere Exzesse unbeliebt machten.

Ein beispielhafter und gut dokumentierter Eklat trug sich Ende Januar 1627 in Hollenbach, einem Amtsort der Grafschaft Hohenlohe-Weikersheim, zu, als der kaiserliche Obrist Adam Philipp von Cronberg und seine Männer den Ort erreichten. Da ihre Ankunft nicht angekündigt worden war, traf sie die Hollenbacher vollkommen unvorbereitet. Obleich die Truppen nur eine Nacht bleiben und am nächsten Tag weiterziehen wollten, sorgte ihre Anwesenheit für helle Aufregung im ganzen Ort.

Obrist von Cronberg verlangte für seine Person Quartier im örtlichen Amtshaus. Da sich der Hausherr, der hohenlohische Amtskeller Johann Jeep, gerade nicht im

1

1 | Kavallerie-Offizier im späten 16. Jahrhundert. 1627 nahm der kaiserliche Obrist Adam Philipp von Cronberg (+1634) sein Quartier in Hollenbach. Vorlage: Leonhart Fronsperger: Von Kayserlichem Kriegß-Rechten [...] Teil 1. Frankfurt a. M. 1596.

2 | Für einen kleinen Amtsort wie Hollenbach, heute Teil der Gemeinde Muldingen, stellten auch kurzzeitige Einquartierungen und Vorspannleistungen eine große Herausforderung dar. Vorlage: LABW, HZAN GA 100 Nr. 137-5.



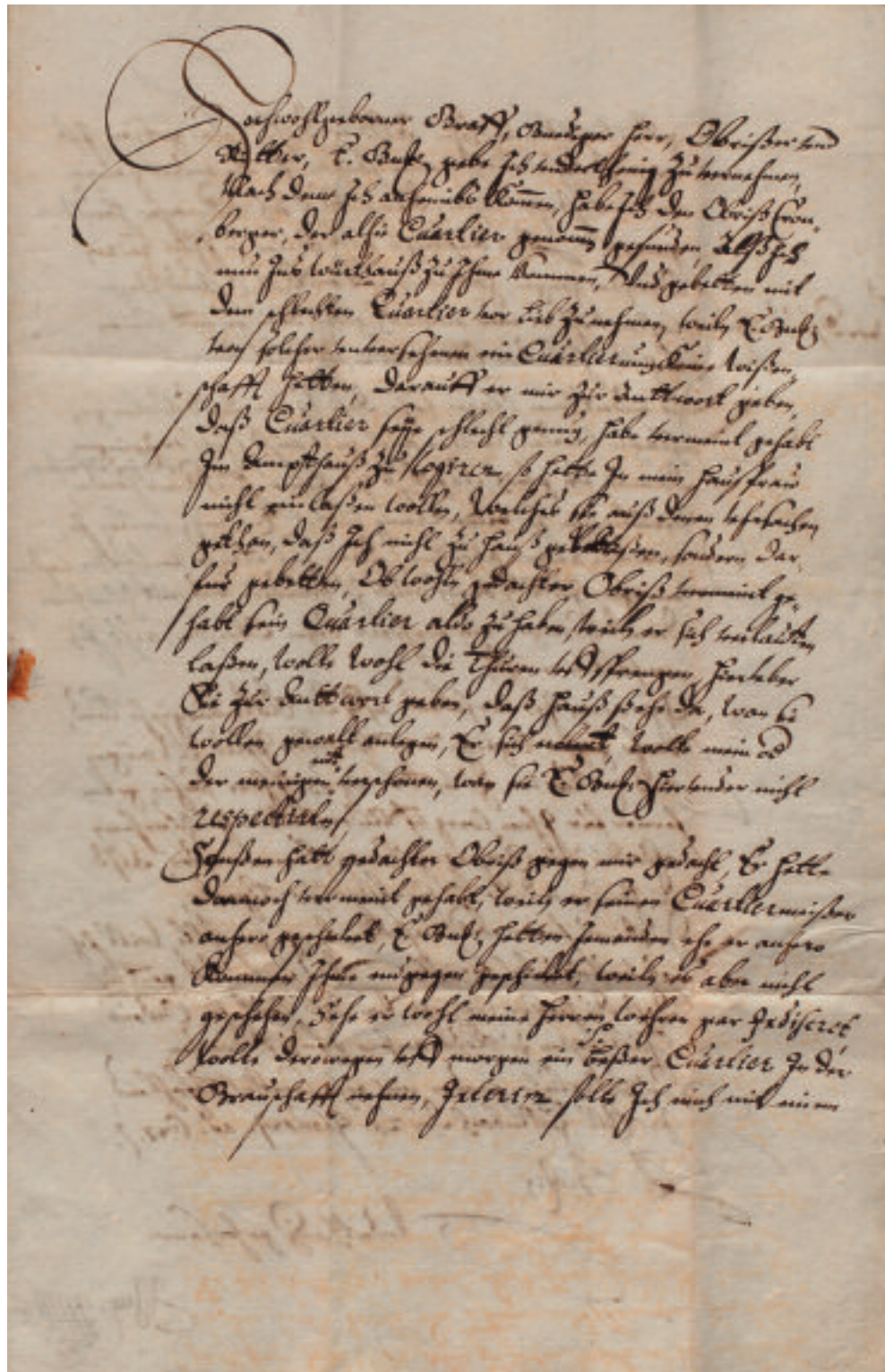
2

Ort aufhielt, musste sich zunächst seine Ehefrau mit ihm herumschlagen. Unter Verweis auf die Abwesenheit ihres Mannes verweigerte sie ihm den Eintritt in das Haus und ließ sich selbst von der Drohung, er *wolte wohl die Thüren uffsprengen* nicht beeindrucken. Die Ehefrau Jeep blieb siegreich, der Obrist musste den Rückzug antreten und sein Quartier im örtlichen Wirtshaus nehmen.

Als Amtskeller Johann Jeep später in Hollenbach eintraf, erfuhr er zunächst von Gewalttätigkeiten der einquartierten Soldaten und Gerüchten über eine bevorstehende Plünderung des Ortes. Als er den Obristen im Wirtshaus aufsuchte, wurde er dort denkbar ungnädig empfangen: Eine Viertelstunde lang ließ er den Amtskeller warten, ehe er das Kartenspiel mit seinen Offizieren unterbrach und Audienz gewährte. Die Klagen der Bauern stießen auf taube Ohren. Hingegen forderte der Obrist für den folgenden Tag 24 Vorspannpferde, drei Wagen und einen Karren.

Da die Bauern in Hollenbach fast ausschließlich Zugochsen, aber kaum Pferde hielten, bat Amtskeller Jeep beim Schultheiß im benachbarten Hohebach um Hilfe. Dieser zeigte sich jedoch *gantz trotzig und widerspenstig* und wollte absolut keine Pferde zur Verfügung stellen. Fünf Boten, die nacheinander zu ihm entsandt wurden, kehrten erfolglos zurück, während Amtskeller Jeep den wachsenden Zorn des Obristen zu spüren bekam und sich in *Leibs und Lebens Gefahr* wähnte. Der Obrist hieß ihn *einen kalten Hund* und erklärte, wenn er Macht über ihn hätte, so wollte er ihn weidlich prügeln lassen. Johann Jeep wird drei Kreuze geschlagen haben, als der gräfliche Hof in Weikersheim die notwendigen Pferde zur Verfügung stellte und Adam Philipp von Cronberg samt seiner Truppe den Ort verließ. In einem Brief an Graf Georg Friedrich von Hohenlohe hielt er fest: *So lang ich noch alhie gewesen, ist bey allen Durchzügen und Einquartiern, kein trotziger und unfreundlich Herr mir zu Handen kommen, alsß dißer ist.*

JAN WIECHERT



3 | In mehreren Briefen an Graf Georg Friedrich von Hohenlohe-Weikersheim beklagte sich der Amtskeller Johann Jeep zu Hollenbach über das rüpelhafte Benehmen des Obristen von Cronberg und seiner Männer.

Vorlage: LABW, HZAN We 49 Bü 2077.

Ein Briefwechsel Ferdinand Geizkoflers mit Wallenstein im Staatsarchiv Ludwigsburg

Das Archiv der Familie Geizkofler im Staatsarchiv Ludwigsburg (LABW, StAL B 90) umfasst nicht nur die Korrespondenz des berühmten, 1617 verstorbenen Reichspfennigmeisters Zacharias mit den *Großen* seiner Zeit, sondern auch Unterlagen zu den Aktivitäten seines einzigen Sohnes. Ferdinand Geizkofler (1592–1653) tat sich während des Dreißigjährigen Krieges in verschiedenen politischen und militärischen Funktionen hervor. So stand er in den 1630er Jahren und wieder von 1646 bis 1648 als Militärunternehmer und Oberst eines Kavallerieregiments in venezianischen Diensten. Parallel dazu machte er Karriere am württembergischen Hof. Ferdinand, der 1638 zum herzoglichen Statthalter ernannt wurde und von 1641 bis 1646 die Ämter eines Geheimen Regierungsrates und Hofkanzleidirektors bekleidete, war bereits 1622 von Herzog Magnus von Württemberg zum Rittmeister über eine Kompanie Kürassiere bestellt worden (B 90 Bü 1497). Am 28. April desselben Jahres erhielt er einen Pass (B 90 Bü 1493), um eine Gesandtschaft zu General Tilly zu übernehmen. Unter Herzog Johann Friedrich von Württemberg, der ihn zum Hofrat bestellte und in den Freiherrenstand erhob, führte er eine Korrespondenz mit dem zweiten *großen Feldherrn* des Dreißigjährigen Krieges, Wallenstein (B 90 Bü 1496). Als Besitzer von Haunsheim und Mitglied des Schwäbischen Kreises beklagte sich Geizkofler beim Herzog von Friedland über die Einquartierungen und ihre massiven Folgen in seinen Besitzungen. Solange der Krieg in Mittel- und Norddeutschland geführt wurde, schädigten vor allem die von Italien her durchziehenden

Truppen das Land. Von dieser Situation zeugt ein Memorial, das Geizkofler an Kaiser Ferdinand II. sandte. Eindrücklich werden die Belastungen des Krieges, die nicht nur *stündlich*, sondern *augenblicklich* zunehmen, geschildert. Begriffe wie *Drangsal*, ja *Totalruin*, der durch die *kaiserliche Soldateska den verarmten Untertanen* zugefügt werde, veranschaulichen die Nöte der Bevölkerung. Nach Intervention des Kaisers am 26. Juli 1627 bei Wallenstein, stellte der Herzog von Friedland am 10. August eine Salvagardia für die geizkoflerischen Güter im Schwäbischen Kreis aus. Diese ist in einem *Vidimus* der Stadt Augsburg (B 90 U 25) überliefert. Aber auch noch in einem persönlichen, eigenhändig unterzeichneten Schreiben wandte sich der Feldherr am 8. Oktober 1627 an Geizkofler, in dem er auf dessen Beschwerde vom 7. September über die Bedrückungen durch das *kaiserliche Volck* Bezug nimmt. Wallenstein versichert Geizkofler, dass von seinen Gütern im Schwäbischen Kreis keine *contribution* mehr eingefordert werde, und dass er den für den Durchzug der Truppen verantwortlichen Grafen Wolf von Mansfeld (1575–1638) darüber informiert habe. Das Schreiben wurde im Feldlager zu Rendsburg ausgestellt. Nachdem sich am 1. September die Heere Tillys und Wallensteins im Kampf gegen König Christian IV. vereinigt hatten, sollte es ihnen am 18. Oktober 1627 gelingen, das dänische Festland (Jütland) zu erobern. Die hier vorliegende Korrespondenz führt uns also mitten hinein in einen zentralen Konflikt des großen europäischen Krieges.

MARIA MAGDALENA RÜCKERT

1 | *Eigenhändig unterschriebener Brief Wallensteins an Ferdinand Geizkofler*, 8. Oktober 1627. Vorlage: LABW, StAL B 90 Bü 1496.

2 | *Pass für Ferdinand Geizkofler zur Reise zu General Tilly*, 28. April 1622. Vorlage: LABW, StAL B 90 Bü 1493.

3 | *Salvaguardia Wallensteins für die Güter Ferdinand Geizkoflers im Schwäbischen Kreis*, 10. August 1627 (*Vidimus der Stadt Augsburg* von 25. August 1627). Vorlage: LABW, StAL B 90 U 25 r.

Wundervögel und Himmelserscheinungen

Die Belagerung der Stadt Konstanz 1633: Ereignis und Deutung



1

Am 8. September 1633 geschah das Unvorstellbare: Feindliche Truppen des Generalfeldmarschalls Gustav Horn, unterstützt durch württembergische Einheiten, zogen vor der vorderösterreichischen Bischofsstadt Konstanz auf. Zwar hatte man in der Stadt einen Angriff erwartet und war auf eine Belagerung vorbereitet, doch hatte die städtische Garnison ihre Kräfte an der Rheinseite, gegen die Vorstadt Petershausen und zur See-seite hin, zusammengezogen. Im Süden schloss sich der eidgenössische Thurgau an, und die Schweiz verfolgte eine Politik der strikten Neutralität – und genau diese wurde durch die Schweden verletzt. Gustav Horn rückte mit seinen Truppen über eidgenössisches Territorium von Stein am Rhein aus gegen Konstanz vor, besetzte das unmittelbar vor den Stadtmauern gelegene Augustinerchorherrenstift Kreuzlingen und bereitete die Belagerung vor. Während auf der politischen Ebene darüber gestritten wurde, ob vielleicht die protestantischen Orte der Schweiz, allen voran Zürich und Schaffhausen, gemeinsame Sache mit den Schweden machten, begann der Beschuss der Stadtmauer, erfolgte die Mobilisierung der Bevölkerung und erhielt die Stadt durch den Zuzug von Truppen auf dem Seeweg Unterstützung.

Zahlreiche Sturmangriffe missglückten,

obwohl es den Angreifern gelang, große Breschen in die Mauern zu schießen. Am 30. September versuchten die Schweden ein letztes Mal erfolglos, unter enormen Verlusten die Mauern zu überwinden: Die Verteidiger zählten am nächsten Tag mehr als 1.000 tote Angreifer, die im Stadtgraben und im Vorfeld der Verteidigungsanlagen zurückgelassen worden waren.

Während sich die österreichischen Soldaten der Habe der gefallenen Soldaten bemächtigten – und zogen sie *biß auff das hembd* aus, weiß eine Chronik zu berichten – begann die politische Aufarbeitung: Gab es vielleicht Kräfte in der Stadt, die immer noch mit einem Anschluss an die Eidgenossenschaft sympathisierten und deshalb mit dem Feind zusammengearbeitet hatten? Die österreichische Regierung reagierte schnell und wenig zimperlich: Schlüsselposten in der städtischen Verwaltung wurden neu besetzt, und die Erkenntnis, dass es in der Bischofsstadt fast einhundert Jahre nach der zwangsweisen Rekatholisierung im Jahr 1548 immer noch eine protestantische Minderheit gab, löste ein kleines politisches Erdbeben aus.

Zugleich begann der publizistische Kampf um die Deutungshoheit der Ereignisse: Während auf evangelischer Seite in einem Lied baldige Rache ange-



2

kündigt wurde (*O Costantz pfaffennest, / wirf uff ein Schantze vest, / du wirst ir wol bedörffen. / Eß kombt Gustavus Horn / in großem Grimmen, Zorn / will alleß zhuffen werffen*), sahen katholische Gesänge in der Gottesmutter Maria ihre große Helferin: *In Ehren will ich halten / Die werthe Jungfrau rein, / Die wol fürbaß mein halten / Wie unsere frommen Alten, / Wol mein Beschirmer sein*. Denn schon vor der Belagerung – so weiß es eine handschriftliche Chronik, die im Generalandesarchiv in Karlsruhe aufbewahrt wird, zu berichten – hätten seltsame Vogelschwärme, die man noch nie zuvor am See gesehen habe, die Marschroute der feindlichen Angreifer vorgezeichnet, und Sterne am Himmel das drohende Unheil warnend angekündigt. Schließlich hatte sich die Stadt auch dem Schutz Mariens während der Belagerung feierlich anvertraut. Wie auch in den katholischen Reichsstädten Überlingen und Rottweil oder in der oberschwäbischen Landstadt Mengen wurde in Konstanz die Rettung der Gottesmutter Maria, der Helferin in allen Bedrohungen, zugeschrieben. Sie wurde zum Bild der *ecclesia militans et triumphans*, der streitenden und letztlich – über den konfessionellen Gegner, wie auch den endzeitlichen Feind, den Teufel – siegreich triumphierenden Kirche.



3

Das Bild von feindlicher Bedrohung und göttlicher Rettung wurde in immer neuen Formen in den Alltag übersetzt: 1637 errichteten die Jesuiten gemeinsam mit dem Konstanzer Bischof eine Loretokapelle vor den Toren der Stadt, zu der man in Erfüllung eines Gelübdes jährlich in einer Prozession hinauszog: 1662 trugen die Wallfahrer auf einem Tragegestell ein Bild der Gottesmutter mit sich, auf dem Maria die belagerte Stadt unter ihrem Mantel schützend barg. Der Kapuzinerpater Theobald von Konstanz war sich 1732 sicher, dass Maria die feindlichen Geschosse *in ihr gnademvolle Schooß aufgefangen* habe. Längst war man auch fest davon überzeugt, dass Maria mehrfach den Verteidigern am Himmel erschienen sei, auch wenn davon in den zeitgenössischen Quellen nie die Rede war.

Der Traum der Rückkehr von Konstanz in die alte reichsstädtische Freiheit war

endgültig ausgeträumt, die Hoffnung der kleinen protestantischen Minderheit auf ein weiteres friedliches Zusammenleben in den gemeinsamen Stadtmauern zerbrach unter dem Druck zur unbedingten politischen Loyalität, die nicht zuletzt am konfessionellen Bekenntnis festgemacht wurde. Nicht politischer Ausgleich und bürgerliche Eintracht waren die leitenden Werte des Dreißigjährigen Krieges, sondern Abgrenzung und Unterwerfung: Wer ab der Mitte des 17. Jahrhunderts von Süden aus auf Konstanz zuritt, wurde am Kreuzlinger Tor, also dort, wo man die Angriffe der Schweden abgewehrt hatte, von einem Gemälde der Gottesmutter begrüßt, dem der Schriftzug beigegeben wurde: *Praesidium civibus – terror hostibus* (Den Bürgern Schutz, den Feinden Schrecken).

WOLFGANG ZIMMERMANN

1 | Ein hell leuchtender Stern mit einer leuchtenden Wolke von kleinen Sternen stand vor der Belagerung über dem Konstanzer Dominikanerkloster. Der Konstanzer Chronist sah darin ein Zeichen dafür, dass das Rosenkranzgebet von Bevölkerung und Konvent von der Gottesmutter Maria erhört worden sei.

Vorlage: LABW, GLAK 65 Nr. 311, Bl. 2 r.

2 | Ein Schwarm von „Wundervögeln“ kündigte – so die Meinung eines unbekanntenen Chronisten – die Belagerung der Stadt Konstanz an.

Vorlage: LABW, GLAK 65 Nr. 311, Bl. VIII v.

3 | Die Konstanzer Stadtmauer vor und nach der Belagerung: Neben den Zerstörungen durch den feindlichen Beschuss ist rechts neben dem Kreuzlinger Turm die provisorisch verschlossene Bresche zu erkennen.

Vorlage: LABW, GLAK H-BS-I K/23.

Preisend mit viel schönen Versen

Ein Geburtstagslied aus dem Jahr 1643 für Konrad Widerhold und weitere Schriftzeugnisse über einen legendären württembergischen Kriegshelden

*Conradus Widerholde
der tewr und tapfer Held
Ist höher als das Golde
Zu schätzen und vil Gelltt
Von wegen seiner Thaaten
So er anstellt mit Fleiß
Die thun fast wol gerahten
Zu Gottes Lob und Preyß*



1 | Konrad Widerhold. Abbildung in der gedruckten Leichenpredigt von 1667.
Vorlage: LABW, HStAS J 67 Bü 99.

Mit diesen Zeilen beginnt ein von Andreas Bauknecht (Pawknecht) verfasstes Akrostichon an Konrad Widerhold anlässlich seines 45. Geburtstags im Jahr 1643. Dies ist nur die erste von insgesamt 18 Strophen, mit denen der Jubilar so überschwänglich geehrt wird und deren Anfangsbuchstaben seinen Namen (CONRADVS WIDERHOLDT) ergeben. Gezeichnet wird das Bild eines frommen Kriegshelden, der auf der *richtigen* Seite kämpft und in eine Reihe mit diversen Helden des Alten Testaments gestellt wird, an deren Vorbild er sich orientieren soll. Dieses Persönlichkeitsbild ist in der württembergischen Heimatforschung bis heute verbreitet.

Konrad Widerhold, 1598 im hessischen Ziegenhain geboren, trat ungefähr 1620 in württembergische Dienste. Nach der für die evangelische Seite verlorenen Schlacht von Nördlingen 1634 wurde er zum Kommandanten der Festung Hohentwiel ernannt. Dieser militärische Stützpunkt war bereits vor dem Dreißigjährigen Krieg eine von katholischem Gebiet umgebene württembergische Exklave und hatte ein Jahrhundert zuvor Herzog Ulrich nach seiner Vertreibung durch den Schwäbischen Bund als Zufluchtsort gedient. Aufgrund der Besetzung Württembergs und der Flucht Herzog Eberhards III. nach Straßburg war Widerhold zunächst mehr oder weniger auf sich alleine gestellt. Dennoch konnte er den im weiteren Kriegsverlauf fünf Mal belagerten Hohentwiel – trotz der zeitweiligen Tendenz seines Herzogs zur Festungsübergabe – erfolgreich bis Kriegsende verteidigen und schließlich

1650 nach längeren Verhandlungen an Eberhard III. zurückgeben. In der Wahl seiner Mittel hatte er allerdings wenig Skrupel und schreckte auch vor Entführungen, Erpressung, Raubzügen und einer Politik der verbrannten Erde nicht zurück. Widerhold kontrollierte zeitweilig weite Gebiete Oberschwabens und zwang 1638 sogar die Reichsstadt Pfullendorf unter seinen Schutz und Schirm. Sein Einflussbereich war freilich stets in Reichweite der katholischen Kriegsprotagonisten Österreich und Bayern, dazu erwuchs ihm im besetzten Württemberg in Person der Erzherzogin Claudia von Österreich-Tirol seine wichtigste Gegenspielerin.

Widerhold war unzweifelhaft von einer persönlichen lutherisch-orthodoxen Frömmigkeit geprägt, auf welche die Leichenpredigt von Matthaeus Esenwein d. Ä. aus dem Jahr 1667 hauptsächlich abhebt, aber auch ein berechnend-pragmatischer und mitunter eigensinniger Kriegsunternehmer. Andererseits tat er sich schon damals als Stifter verschiedener Gefäße und Ornate für das Inventar der Festungskirche hervor.

Eine herausragende Quelle für die Kommandantur Widerholds ist der im Hauptstaatsarchiv Stuttgart verwahrte Bestand A 360 (Hohentwiel, Festung und Kellerei). Er enthält eine umfangreiche Sammlung eingehender Originalschreiben an Widerhold, die seine weitreichenden Kontakte zu europäischen Fürsten und bekannten Generälen während der Zeit des Dreißigjährigen Krieges dokumentieren. Neben einer Korrespondenz zwischen Widerhold und Herzog Eber-

hard III. über die Belagerung von 1635/36 finden sich auch ein Originalschreiben von König Ludwig XIII. von Frankreich oder des schwedischen Oberkommandierenden Bernhard von Weimar, mit denen Widerhold im weiteren Verlauf des Krieges Bündnisse einging.

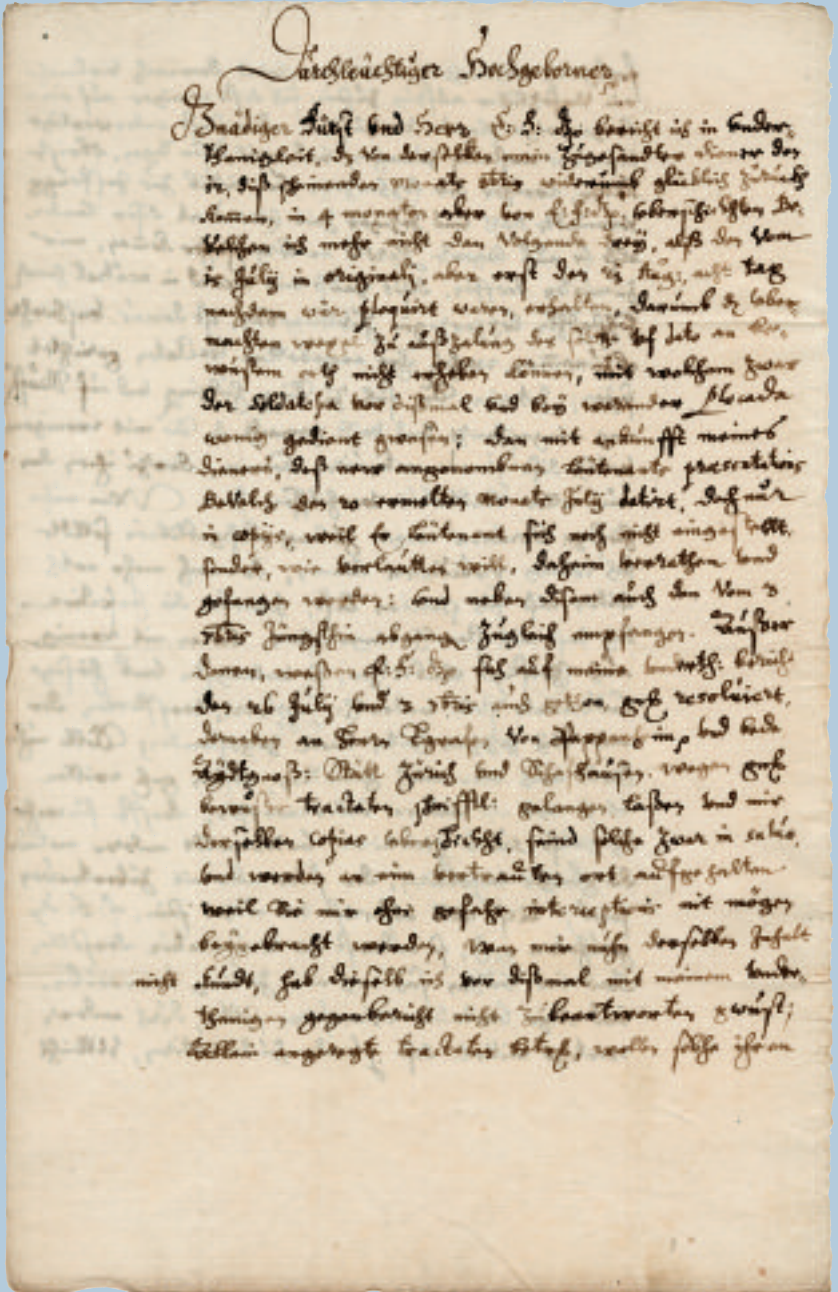
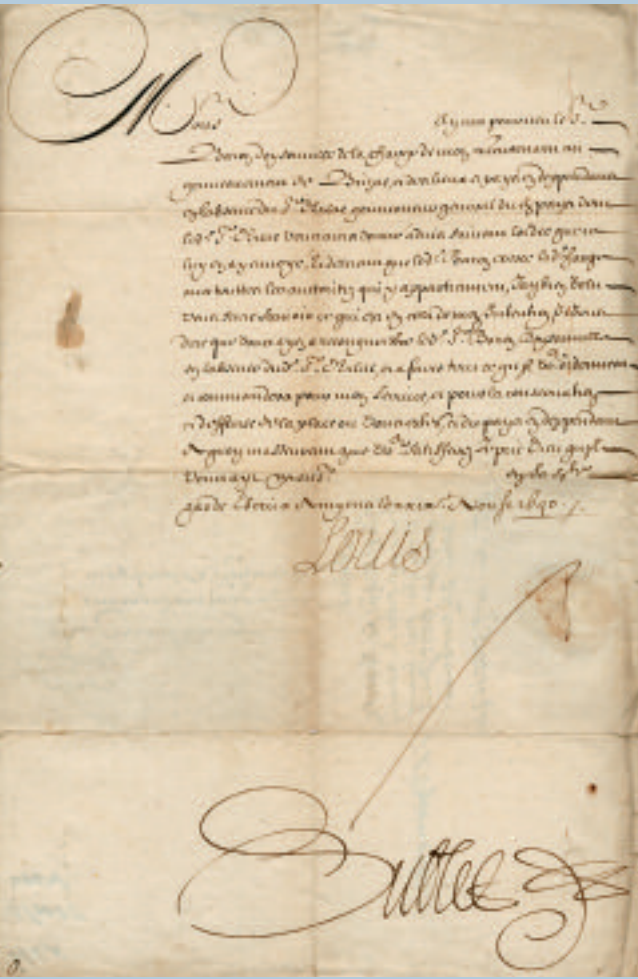
Sein Bild als Kriegsheld ist aufgrund seiner mitunter skrupellosen Politik – neben den zahlreichen Raubzügen in Oberschwaben muss dazu auch das Bündnis mit dem katholischen Frankreich gezählt werden – also nicht ungeprüft. Weniger in Zweifel zu ziehen ist sicherlich seine spätere Rolle als Kirchheimer Obervogt und Begründer einer wohltätigen Stiftung, aus deren Geldern auch württembergische Geistesgrößen wie Philipp Matthäus Hahn einmal ihr Studium bestreiten sollten. In Kirchheim unter Teck sind heute mehrere öffentliche Einrichtungen nach Widerhold benannt und halten so die Erinnerung an ihn wach.

JOHANNES RENZ

2 | Originalschreiben König Ludwigs XIII. von Frankreich an Konrad Widerhold, 29. August 1640.
Vorlage: LABW, HStAS A 360 Bü 146.

3 | Bericht Konrad Widerholds an Herzog Eberhard III. über die erste Belagerung des Hohentwiel, 19. Oktober 1635.
Vorlage: LABW, HStAS A 360 Bü 35.

4 | Die Festung Hohentwiel. Zeichnung von Johann Baptist Gumpff aus dem Jahr 1703. Der Gebäudekomplex wurde nach dem Dreißigjährigen Krieg nochmals erweitert und diente zwischenzeitlich als Staatsgefängnis. Gut zu erkennen ist die in der Ära Konrad Widerholds errichtete Festungskirche.
Vorlage: LABW, HStAS B 33 Bü 71.



Die zweite Belagerung der Reichsstadt Rottweil 1643

Anfang November 1643 standen schwedisch-französische Truppen unter Generalfeldmarschall Jean-Baptiste Guébriant das zweite Mal in diesem Jahr vor den Toren Rottweils mit der Absicht, die Reichsstadt einzunehmen. Bereits im Juli hatte die Stadt mit Hilfe einer Garnison aus kaiserlichen Truppen den Einfall der Franzosen verhindern können. Am 6. November begann Guébriant mit einem verstärkten Heer – nunmehr 20.000 Mann – den Beschuss der Stadt.

In einem Schreiben vom 11. November an den Bürgermeister und die Bürgerschaft Rottweils forderte Guébriant die Übergabe der Reichsstadt. Hierin erinnerte er an das verheerende Bild der Rottweiler Au-Vorstadt, die *wege [ihrer] großen Halsstarrigkeit und opineatrethet [Hartnäckigkeit], in welcher [sie sich] der königlichen Waffen wideretzten* zerstört worden war. Er appellierte an Bürgermeister und Rat, sich nicht – wie andere Reichsstädte – durch ihre Freiheiten und Privilegien bestärkt, *bis zum Äußersten* gegen die feindlichen Truppen zu stellen, sondern das Heil und Wohl der Stadt zu bedenken und sie zu übergeben. Sollte sich Rottweil aber weiterhin wehren, so würden – und hier betont Guébriant

seine Unschuld an einer solchen Maßnahme – ohne Rücksicht auf Frauen, Kinder und Geistliche alle Häuser, Kirchen und Klöster zerstört werden.

Die Vertreter der Stadt lehnten eine erneute Besetzung ab, denn sie hatten das Ausmaß einer Belagerung und Besetzung bereits 1633 durch württembergische Truppen sowie im besagten Juli 1643 erlebt. Zwischen 1633 und 1643 musste Rottweil Kontributionszahlungen, Einquartierungen und Plünderungen hinnehmen, letztere insbesondere durch die Truppen Konrad Widerholds, des Kommandanten der württembergischen Festung Hohentwiel, die eine hohe Belastung für die Stadt und ihre Einwohner bedeuteten. Angeworbene Soldaten und die Garnison aus kaiserlich-bayerischen Truppen bestärkten die Rottweiler in ihrem Entschluss.

Es folgte ein mehrtägiger Beschuss Rottweils, zuletzt konzentriert auf eine Schwachstelle in der Stadtbefestigung bei der Gerberei, auf die Guébriant von Konrad Widerhold hingewiesen worden war. Da zudem die Pulvervorräte zur Neige gingen, sah sich der Stadtkommandant Hettlage dazu veranlasst, unter dem Protest der Stadtadministration

einen 12 Punkte umfassenden Akkord auszuhandeln. Die Vereinbarung sollte u. a. die Freiheiten, Privilegien und Gewohnheiten der Stadt, der Geistlichen und Ordensleute wahren sowie den unbeschädigten Abzug der Soldaten, Kriegsgefangenen und Untertanen gewährleisten. Am 19. November zogen die Truppen Guébriants in Rottweil ein. Der Heerführer selbst lag seit dem 17. des Monats schwer verletzt im Kloster Rottemünster, wo er zuvor Quartier bezogen hatte, und verstarb wenige Tage später.

Ab 26. November beendeten kaiserlich-bayerische Truppen unter Johann von Werth die kurze Besetzung Rottweils, als sie unmittelbar nach der Schlacht von Tuttlingen gen Rottweil marschierten.

Mit der zweimaligen Belagerung im Jahr 1643 war für die Reichsstadt Rottweil der Höhepunkt ihrer Leidenszeit im Dreißigjährigen Krieg erreicht, die bereits in den 1630er Jahren begonnen hatte. Diese und weitere Einblicke in die Geschichte der Reichsstadt Rottweil bietet der nun neu erschlossene Bestand B 203 im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.

KATHARINA STURM

Der Hohentwiel als „Burg Zion“

Ein Lobpreis auf das Ende des Dreißigjährigen Krieges

Während der schrecklichen Kriegszeiten gegen Ende des Dreißigjährigen Krieges war das Herzogtum Württemberg den Bedrückungen kaiserlicher, bayerischer und französischer Truppen weitgehend wehrlos ausgesetzt. Das Land kam nicht zur Ruhe, obwohl Regierung und Verwaltung sich um eine Stabilisierung der Zustände bemühten. Allein die Festung Hohentwiel wurde mehrfach belagert, konnte aber von ihrem Kommandanten Konrad Widerhold bis zum Kriegsende gehalten werden.

So war der Hohentwiel ab Oktober 1641 mit seiner rund 500 Mann starken Besatzung von einem zahlenmäßig weit überlegenen Kontingent kaiserlicher, vorderösterreichischer und bayerischer Soldaten belagert. Doch scheiterte auch diese Blockade, als im Januar 1642 ein französisches Entsatzheer anrückte, ebenso wie die nächste im Sommer 1644, als bayerische Truppen die Festung bereits weiträumig eingeschlossen hatten.

Als die kriegführenden Parteien seit 1645 in Münster und Osnabrück über eine dauerhafte Friedenslösung verhandelten, konnten die württembergischen Diplomaten die vollständige territoriale Wiederherstellung des Herzogtums erreichen und im Friedensvertrag kodifizieren lassen. Im ganzen Herzogtum Württemberg wurde ein großes Danksagungsfest gefeiert. Die unglaubliche Er-

leichterung der erschöpften Bevölkerung auf die Friedensnachricht hin äußerte sich in Dankgebeten und -liedern; zahlreiche Danksagungen auf den Frieden wurden auch gedruckt verbreitet.

Eine besonders aufwendige künstlerisch-literarische Darstellung widmete der Zavelsteiner Pfarrer Johann Ebermaier (1599–1666) Konrad Widerhold, der mit der Verteidigung des Hohentwiel zum Symbol der württembergischen Widerstandskraft geworden war. Als Neujahrsgruß zum ersten Friedensjahr 1649 gestaltete Ebermaier ein Heft, das er *dem wol-edlen, gestrengen Herrn Conrad Widerhold, Obristen und Commendanten der Vöstung Hohen=Twiel* offerierte. Sein Titelblatt ist mit einer prächtig kolorierten Zeichnung geschmückt, welche die Belagerung des Hohentwiel zeigt. In den oberen Ecken findet sich links das Wappen Widerholds, rechts stehen drei Prunkkannen, wie sie Widerhold für den Altar auf dem Hohentwiel gestiftet hatte.

Das Bild trägt die merkwürdige Überschrift *Beschützung der Burg Zion zue sondern Ehren und ewiger Namens Gedächtnus wie auch Glückwünschung eines friden- unnd freudenreichen Newen Jahrs*. Bei genauerer Betrachtung wird klar: Hier belagert ein türkisches Heer den Hohentwiel; die Fahnen und Schilde mit dem Halbmond, die türkischen Zelte, Kleidungen und Turbane der Sol-

daten lassen keinen Zweifel: Die Ungläubigen bekämpfen die Burg Zion, die von der wahren Christenheit verteidigt und geschützt wird!

Ein Vergleich mit dem bekannten Kupferstich von Matthäus Merian zur Belagerung des Hohentwiel von 1641 macht dies offenkundig: Aus dem großen Heer der katholischen Kontingente sind hier die ungläubigen Türken geworden, aber der evangelischen Besatzung gelingt die *Beschützung* ihrer *Burg Zion* – ein symbolkräftiges Bild der dramatischen Auseinandersetzungen um die rechte Konfession! Der Dreißigjährige Krieg als großer Glaubensstreit!

Was folgt, ist ein auf fast 20 Seiten ausgebreitetes, gelehrtes *Leuth- und Ritterspiel* um die ruhmreiche Verteidigung dieser *Burg Zion* – des Hohentwiel – durch Konrad Widerhold und seine christlichen Streiter gegen die ungläubigen *Scythen und Türckhen*. Am Ende stehen der Lobpreis Gottes und der Glückwunsch des Dichters an Widerhold, bevor ein *Echo der Burg Zion* und ein fünfstimmiges *Triumphlied der Tochter Zion* in drei Versen das kunstreiche Stück musikalisch vollenden. Posaunen, Trompeten und Heerpauken sollten seinen wuchtigen, tiefen Klang intonieren.

PETER RÜCKERT

Beschützung der Burg Zion
 Dies Sondern Ehren Vnderwiger Namens gedächtnis 3
 Glückswünschung eines Friden Vnd Frieden.
 . zehenden neuen Tabrs.



Item
 Wol-Edlen Bestrengen Herrn
 Conrad Winderbold Obristen Vnd
 Commendanten der Vöslung Sosenz Truel.
 Abgebildet Vnd Offerirt.
 Von M. Ioſan- Ebermaier, Pöet. Coronat. Vnd
 Zu zeit pſentum Quo Javell pſent.
 ANNO DOMINI: M. DC. XLIX.

Per Dekret in den Frieden

Auf der Suche nach Normalität nach dem Ende des Dreißigjährigen Kriegs

Friedrich Heubelt muss sich jetzt schnell eine neue Arbeit suchen. Was ihm nach der Entlassung bleibt, sind zwei Empfehlungsschreiben, von denen eines sogar handschriftlich abgefasst ist und ihm freies Geleit und auch sonst alles Gute wünscht. Friedrichs bisher sehr auskömmlicher Beruf ist nicht mehr gefragt. Nach einem langjährigen Einsatz in der Armee des Königs von Frankreich diente er zuletzt dem Fürsten von Pfalz-Neuburg als Musketier. Wir schreiben den November 1651. Seit dem Friedensschluss von Münster und Osnabrück

haben die beteiligten Mächte ihre Einheiten aus Vorsicht zunächst beibehalten, doch spätestens 1651 ist das Soldatenleben zu Ende.

Nicht nur das Soldatenleben endet, sondern auch das Leben mit den freien Moralvorstellungen der Kriegsjahre. Im Winter 1652 ist eine junge Frau unglücklich, weil ein Pfarrer ihr nicht vergeben will und alle Welt über sie spricht. Nennen wir sie Anna. Sie ist aus adligem Hause, doch ihr Vater Hans von Eltersdorf, freier Reichsritter, schon einige Zeit verstorben. Anna hat die letzten Jahre

des Kriegs in wilder Ehe mit verschiedenen Offizieren zusammengelebt. Solche *Unehen* waren selbst in ihrer Gesellschaftsschicht keine Seltenheit. Mit der Demobilisierung der Einheiten ist sie zu ihrer Mutter nach Welzheim zurückgekehrt. Doch beim Kirchenbesuch weigert sich der Pfarrer, ihr den Kelch zum Abendmahl zu reichen, weil sie ihre Vergangenheit nicht öffentlich bekennt und büßt. Ihre Verwandten schäumen vor Wut, denn sie legen Wert auf ihre Reichsunmittelbarkeit, die von einem limpurgischen Pfarrer verletzt wird, und





können es kaum fassen, dass diese Geschichten nicht nur im Welzheimer Umland, sondern auch *über den Rhein unndt Thonau, wie wir schmerzlich vernehmen müssen, erschallen*. Ob die Anschuldigungen gegen den Pfarrer, die beim Landesherrn Wilhelm Ludwig Schenk von Limpurg erhoben werden, die junge Dame wieder gesellschaftsfähig machen, ist nicht überliefert.

Wie es Friedrich und Anna in den nächsten Jahren erging? Wohl kaum anders als vielen jungen Leuten, die heute in anderen Teilen der Welt nach jahrzehntelangem Krieg auf ein besseres Leben hoffen.

Bei ihren eigenen Untertanen sind die Schenken von Limpurg entschlossen, die unter jungen Leuten völlig unbekanntem Vorkriegsmaßstäbe an Disziplin und Moral wiederaufzurichten. Eine *Interims-Verordnung* der Schenken vom 21. Juli 1651 sucht mit allen Auswüchsen der Kriegsjahre aufzuräumen.

Einzustellen sind das Fluchen, das Spielen (zumindest vor der Abendpredigt) und das abendliche Feiern in *Lichtstuben*. Junge Leute dürfen nachts nicht mehr wandern, um Belustigungen in den Nachbarorten zu besuchen. Tanzveranstaltungen werden auf das Notwendigste eingeschränkt. Und für Fastnachtsbräu-

che haben die Schenken ein klares Ziel, nämlich die *Ausreuttung*. Die Löhne für Handwerker, Erntehelfer und Gesinde sind nach oben zu begrenzen, Rauschmittel wie Wein und Bier sind nur noch eingeschränkt als Arbeitslohn zugelassen. Ein freier Aufenthalt soll lediglich Personen mit einer Geburtsurkunde gestattet sein, die eine Leibeigenschaft gegenüber Dritten ausschließt. Die Zeiten des Absolutismus brechen an, das Kriegstrauma aber bleibt für viele Jahrzehnte prägend für Land und Leute.

KAI NAUMANN

1 | Entlassungsurkunde für Friedrich Heubelt, November 1651.

Vorlage: LABW, StAL B 87 II Bü 930.

2 | Der verlorene Sohn bei den Dirnen, Johann Liss, um 1622/23.

Vorlage: Germanisches Nationalmuseum Gm 1182. Aufnahme: Dirk Meßberger.

Recherchetipp:

Wie Sie solche Unterlagen finden? Der vorliegende Artikel entstand mit einer Suche, die die Begriffe „Soldaten“ und „Entlassung“ mit einer zeitlichen Einschränkung auf die Jahre 1648 bis 1654 kombinierte. Dies funktioniert sowohl mit den eigenen Findmitteln des Landesarchivs als auch mit dem Archivportal-D und der DDB. Unter den 40 Treffern für das Staatsarchiv Ludwigsburg wurden drei Akten herausgesucht und ausgewertet.

Zeit für eine Bilanz

Die Bestandsaufnahmen der Kriegsschäden in der Grafschaft Hohenlohe nach dem Westfälischen Frieden



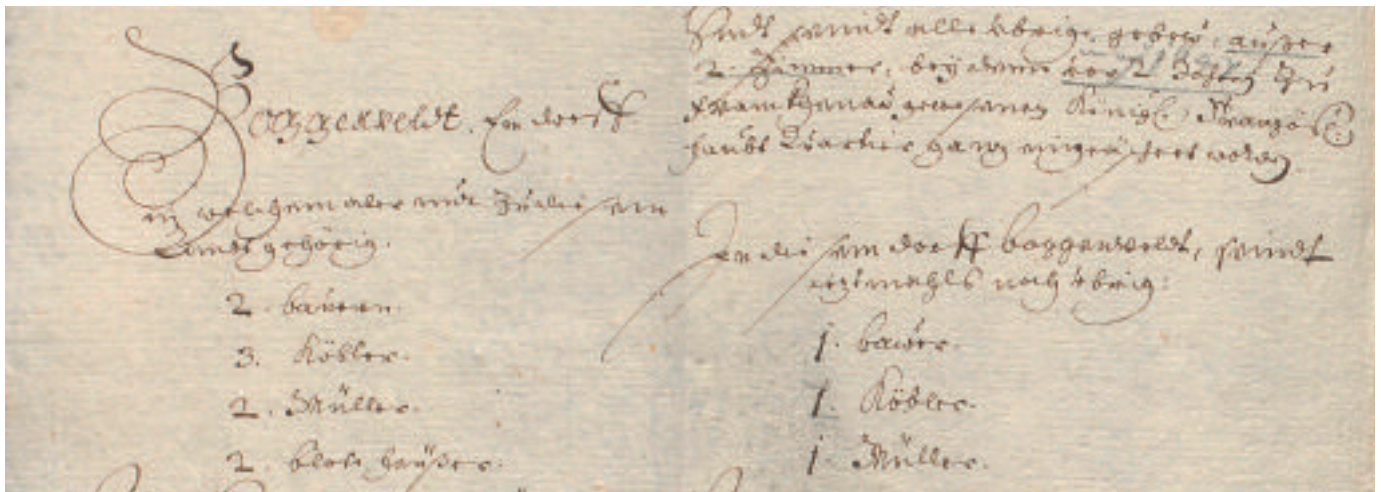
2

Als die schwedische Armee mit ihren protestantischen Verbündeten am 6. September 1634 in Nördlingen eine katastrophale Niederlage erlitt, brach auch über die Grafschaft Hohenlohe das Unheil herein. Das schwedische Herrschaftssystem in Schwaben und Franken löste sich auf, die hohenlohischen Grafen waren auf der Flucht, die Kaiserlichen drängten herein und besetzten die Grafschaft, zahlreiche Orte wurden geplündert und zerstört. Mit den Kaiserlichen und den Flüchtlingen, die sie vor sich hertrieben, kam die größte Pestwelle, die die Grafschaft Hohenlohe während des Dreißigjährigen Krieges heimsuchen sollte und brachte ihrerseits Tod und Verzweiflung. Im Jahr 1635 starben allein in Öhringen 800 Menschen.

Das Doppeljahr 1634 und 1635 wurde so zum Tiefpunkt der hohenlohischen Geschichte während des Dreißigjährigen

Krieges. Wenn auch die Herrschaft der Grafen, abgesehen von Weikersheim, schon im Prager Frieden vom 30. Mai 1635 wiederaufgerichtet wurde, so zeitigten die Ereignisse seit der Schlacht von Nördlingen, wie auch die andauernden Kriegshandlungen, langfristig massive Folgen. Zahlreiche Höfe und Kleinbauernhäuser standen leer und verfielen, Felder und Weinberge wurden nicht mehr bestellt und verwilderten, Steuern und Abgaben konnten in vielen Phasen weder geleistet noch eingezogen werden. So nimmt es nicht Wunder, dass die verschiedenen hohenlohischen Linien nach dem Westfälischen Frieden von 1648 nicht nur mit dem Wiederaufbau einer geordneten Verwaltung begannen, sondern auch eine umfangliche Bestandsaufnahme über Zustand und Bevölkerung ihrer Dörfer, Weiler und Höfe durchführten.

Wie die einzelnen Übersichten zeigen, hatte *der grausame Krieg* den Osten Hohenlohes am härtesten getroffen: In den Ämtern Schillingsfürst, Bartenstein und Wildenholz der Herrschaft Hohenlohe-Schillingsfürst waren von ursprünglich 501 Herdstätten 1653 gerade noch 235 übrig geblieben, im Amt Schillingsfürst von 283 sogar nur 98. Da aber deren Bewohner *zwar noch vorhanden*, [oft] *aber durch das lange Kriegswesen also [v]erarmet und verderbet worden, daß iesziger zeit nit die helffte* [an den geschuldeten Gefällen] *von Ihnen zu erbringen*, blieb in vielen Fällen nichts anderes übrig, als auch diese Abgaben in mehr oder weniger großem Umfang nachzulassen, *da man anderst selbigen nit gar vollend zum grund richten wollen*. Neuansiedlern wurde für die ersten Jahre ohnehin Abgabefreiheit gewährt. Auf diese Weise aber reduzierten sich die Gefälle noch



3

Voriger Ertrag	Verbleib. ehespendens seit	Zuweisung
501. Herbstfang	290 Herbstfang	261 Herbstfang
4799 L 11 $\frac{1}{2}$ Sch	872 L 35 $\frac{3}{8}$ Sch	3658 L 35 $\frac{3}{8}$ Sch
2407 Maeln 1 $\frac{1}{4}$ Maeln	1069 Maeln 5 $\frac{1}{4}$ Maeln	1397 Maeln 5 $\frac{1}{4}$ Maeln
131 Silber & Kupfer	40 Silber & Kupfer 58	90 Silber & Kupfer
29 Maeln & Honig	29 Maeln & Honig	30 Maeln & Honig

4

stärker: In diesen drei Ämtern fielen die Einnahmen von ursprünglich 4.499 Gulden im Jahr auf klägliche 842 – nicht einmal der fünfte Teil der ursprünglichen Summe! Gleichzeitig beliefen sich die Schulden allein dieser hohenlohischen Linie auf 89.725 Gulden.

Angesichts dieser Ausgangslage verwundert es nicht, dass die wirtschaftliche Erholung auch nach dem Abzug der Schweden 1650 nur sehr zögerlich in Gang kam. Die Feier eines großen Friedensfestes im selben Jahr war daher zwar zweifelsohne ein Ausdruck großer Freude über den so lange ersehnten Frieden, aber mehr noch ein Aufbruchssignal: Wiederaufbau und Abwendung der schieren Not hatten gerade erst begonnen.

ULRICH SCHLUDI

1 | [Die größte Schlacht auf hohenlohischem Boden: die] Schlacht bei Herbsthausen, Grafschaft Hohenlohe-Weikersheim, Mai 1645 [zwischen französischen und bayerischen Truppen]. Kupferstich, wohl von Caspar Merian nach Caspar Sauter, in: *Theatrum Europaeum*, Bd. 5, 1647. Vorlage: Württembergische Landesbibliothek, Stuttgart, Kartenabt., Sign.: 19Cg/445.

2 | Hut König Gustav II. Adolfs von Schweden, 1632 von dessen Kammerherrn, Graf Wolfgang Otto von Hohenlohe-Langenburg, gegen den eigenen Hut eingetauscht. Vorlage: Hohenlohe-Museum, Schloss Neuenstein. Aufnahme: Landesmuseum Württemberg, Hendrik Zwietsch.

3 | Traurige Bilanz: Kriegsbedingter Rückgang der Haushalte im Dorf Bockensfeld, Grafschaft Hohenlohe-Schillingsfürst. Vorlage: LABW, HZAN Sf 30 Bü 93.

4 | Jetzt und vor dem Krieg: Rückgang bei der Zahl der Haushalte, bei Natural- und Geldabgaben der Herrschaft Hohenlohe-Schillingsfürst. Vorlage: LABW, HZAN Sf 30 Bü 93.

„Theater kann Geschichte lebendig machen – Leonberger Schüler spielen eine schwäbische Hexenjagd“

Mit diesen Worten berichtete der SDR 1992 über die Aufführung der Theater-AG des Albert-Schweitzer-Gymnasiums in Leonberg. Das eigens verfasste Schauspiel handelt von Katharina Kepler, Söldnerwitwe und Mutter des kaiserlichen Astronomen Johannes Kepler, die im Dreißigjährigen Krieg vom Leonberger Vogt wegen Hexerei angeklagt wurde. Die Schülerinnen und Schüler ihrer Heimatstadt machten im 20. Jahrhundert aus ihrer tragischen Geschichte ein Lehrstück über Toleranz: Die Hexenverfolgung und der Dreißigjährige Krieg zeigten *die Grausamkeit der Intoleranz*. Johannes Kepler, der als Streiter für eine tolerante Gesellschaft erscheint, wird zum Vorbild für die Nachwelt.

Die Leonberger Theateraufführung ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie dem Dreißigjährigen Krieg gedacht

wurde und wird. Die Erinnerungskultur in Deutschland schließt die unterschiedlichsten Gedenkformen ein: Mittels historischer Feste mit Volksschauspiel, Heereszug und Feldlager erinnern vor allem ehemalige Reichsstädte an die vormalige Eigenständigkeit und Größe. Zeugen des Krieges sind z. B. die Nürtinger Blutbibel oder die Burg Wertheim, die bis heute als Mahnmale des Konfliktes gelten. Wohingegen die Schlachtfeldarchäologie das längst vergessene Massengrab in Lützen und den Tilly-Fund in Heidelberg zutage förderte. Auch die deutschen Schriftsteller weisen seit dem 17. Jahrhundert immer wieder auf die Aktualität des Dreißigjährigen Krieges hin: so Grimmelshausen in seinem Schelmenroman *Der Abentheuerliche Simplicissimus Teutsch*, Friedrich Schiller in seiner *Geschichte des Dreißigjährigen*

Kriegs und seinem *Wallenstein* oder auch Günter Grass in seiner Novelle *Das Treffen in Telgte*, in der er einen Vergleich zwischen der Zeit des Westfälischen Friedens und dem Ende des Zweiten Weltkriegs zieht. Als Helden verehrt werden bis heute der schwedische König Gustav II. Adolf auf protestantischer und der Feldherr Johann T'Serclaes von Tilly auf katholischer Seite. Ausdruck findet diese Bewunderung in der Errichtung von Denkmälern, aber auch in der Darstellung Gustav Adolfs auf Kirchenfenstern, wie sie im 19. Jahrhundert in der Thomaskirche in Leipzig oder der Stadtkirche von Ravensburg angebracht wurden. Ferner spielt der Westfälische Frieden, als Ausgangspunkt der europäischen Diplomatiegeschichte und seit seinem 350. Jubiläum 1998 als Gründungsmythos der EU gedeutet, heute auch im



1

2

Kontext der europäischen Geschichtspolitik eine wichtige Rolle.

Das Gedenken an den Dreißigjährigen Krieg weist also sowohl eine lokalhistorische und patriotische, wie auch eine konfessionelle und geschichtspolitische Prägung auf. Die Lebendigkeit der Erinnerung an diesen Konflikt des 17. Jahrhunderts zeigt sich dabei einerseits in der Pflege alter (lokaler) Gedenktraditionen, andererseits in der Entdeckung immer neuer Anknüpfungspunkte für das Erinnern im 20. und 21. Jahrhundert auch über die Grenzen Deutschlands hinweg.

NINA FEHRLLEN-WEISS



4



3

1 | Theateraufführung „Wallenstein in Altdorf“ während der „Wallenstein-Festspiele“ in Altdorf bei Nürnberg 2012.

2 | Vorbereitung einer Waffenvorführung im Feldlager der „Wallenstein-Festspiele“ in Altdorf bei Nürnberg 2012.

3 | Waffenvorführung im Feldlager der „Wallenstein-Festspiele“ in Altdorf bei Nürnberg 2012.

4 | Gedenkstein an Gustav Adolf (1632) unter einem Baldachin von Karl Friedrich Schinkel (1837) am Rande des Schlachtfelds bei Lützen, im Hintergrund die Gustav-Adolf-Kapelle (1907).

Alle Aufnahmen: Nina Fehrlen-Weiss.

Vom Aktenlager im Schloss zum modernen Staatsarchiv – 150 Jahre Staatsarchiv Ludwigsburg

Am 1. November 2018 ist es 150 Jahre her, dass im Ludwigsburger Schloss eine Außenstelle des Königlich Württembergischen Staatsarchivs eingerichtet wurde. Diese hat man zunächst als Staatsfilialarchiv bezeichnet, ehe sie 1938 zum eigenen Staatsarchiv erhoben wurde. Das Ludwigsburger Archiv gehört damit zu den jüngeren Archivabteilungen innerhalb des heutigen Landesarchivs Baden-Württemberg. Seine Entstehung verdankt es, anders als die klassischen Herrschaftsarchive, nicht der Nähe zum Regierungssitz, der Ludwigsburg für das Herzogtum Württemberg nur für kurze Zeit im 18. Jahrhundert gewesen ist, sondern der Existenz freier Räume in dem für die repräsentativen Zwecke des Königshauses in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur noch eingeschränkt genutzten Ludwigsburger Schloss. In diesen wurden Bestände zusammengeführt, die zuvor in drei Archivdepots in Heilbronn, Mergentheim und Ellwangen eingelagert waren. Diese umfassten vor allem Archivalien der Anfang des 19. Jahrhunderts im Zuge von Säkularisation und Mediatisierung an das neue Königreich Württemberg gefallen Herrschaften.

Schon vor dem Einzug des Staatsfilialarchivs, das damals beim Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten ressortierte, hatten das württembergische Finanzministerium (1850) und das Innenministerium (1866) Aktendepots oder Behördenarchive im Ludwigsburger Schloss eingerichtet, die im Jahr 1921 mit dem Staatsfilialarchiv vereinigt wurden. So entstand binnen weniger Jahr-

zehnte das damals größte Archiv innerhalb Württembergs. Dies ist das Ludwigsburger Staatsarchiv bis zur Gründung des Grundbuchzentralarchivs im Jahr 2012 auch im heutigen Bundesland Baden-Württemberg geblieben.

Die konservatorischen Bedingungen in den Magazinen und die Personalausstattung des neuen Archivs ließen freilich lange Zeit zu wünschen übrig. Überdies musste man wegen der rasch, aber unsystematisch wachsenden Bestände schon bald Gebäude außerhalb des Schlosses zur Unterbringung von Archivalien nutzen. Dass zunächst wenig in das Ludwigsburger Archiv investiert wurde, hing auch damit zusammen, dass dort vor allem Schriftgut lagerte, welches aus Sicht der vor allem an der politischen Geschichte Württembergs interessierten

Archivare und Historiker ihrer Zeit weniger bedeutsam war. Erst hundert Jahre nach der Gründung wurde eine sinnvolle Abgrenzung der Bestände zwischen dem Hauptstaatsarchiv in Stuttgart und dem Ludwigsburger Staatsarchiv vorgenommen. Und weitere zwei Jahrzehnte später konnte das Archiv neue, modernen Ansprüchen genügende Räumlichkeiten im Zentrum der Stadt beziehen. Seither hat sich das Archiv nicht nur fachlich und hinsichtlich der Nutzerfrequenz zu einer der wichtigsten Abteilungen innerhalb des Landesarchivs entwickelt, sondern bereichert zudem mit zahlreichen, teils auch innovativen Angeboten für die verschiedensten Zielgruppen das kulturelle Leben in der Stadt.

PETER MÜLLER



Staatsfilialarchiv

2

2 | Beschilderung zum Staatsfilialarchiv im Hof des Schlosses Ludwigsburg.
Aufnahme: LABW, StAL.

1 | Eröffnung der Jubiläumsausstellung „Erinnerungen werden Raum“.
Aufnahme: Günther Ahner.

3 | Archivmagazin im Schloss Ludwigsburg.
Aufnahme: LABW, StAL.

3



Säkularisation, Mediatisierung, Katholikentage ...

Neubearbeitung des Bestandes StAWt-R Lit. D abgeschlossen



2



1

1 | Der Bestand enthält bestimmungsgemäß einige Stammtafeln von Familienmitgliedern, die zum Nachweis der adeligen Herkunft beim Eintritt ins Kloster oder bei Eheschließungen benötigt wurden. Die prachtvoll gestaltete Vorfahrentafel auf Pergament von Graf Ferdinand Karl von Löwenstein weist vier Generationen zurück.
Vorlage: LABW, StAWt-R Lit. D Nr. 108.

2 | Als Nachweis für einen Erbschaftsanspruch an die Wittelsbacher ist die löwensteinische Stammtafel anzusehen, die von Graf Johann Dietrich von Löwenstein (1585–1644) zurück bis Otto IV. von Scheuern (1104–1156) aus dem Geschlecht der Wittelsbacher reicht. Sie ist nach dem Tod des Löwensteiner Grafen ungefähr im Jahr 1650 entstanden.
Vorlage: LABW, StAWt-R Lit. D Nr. 115.

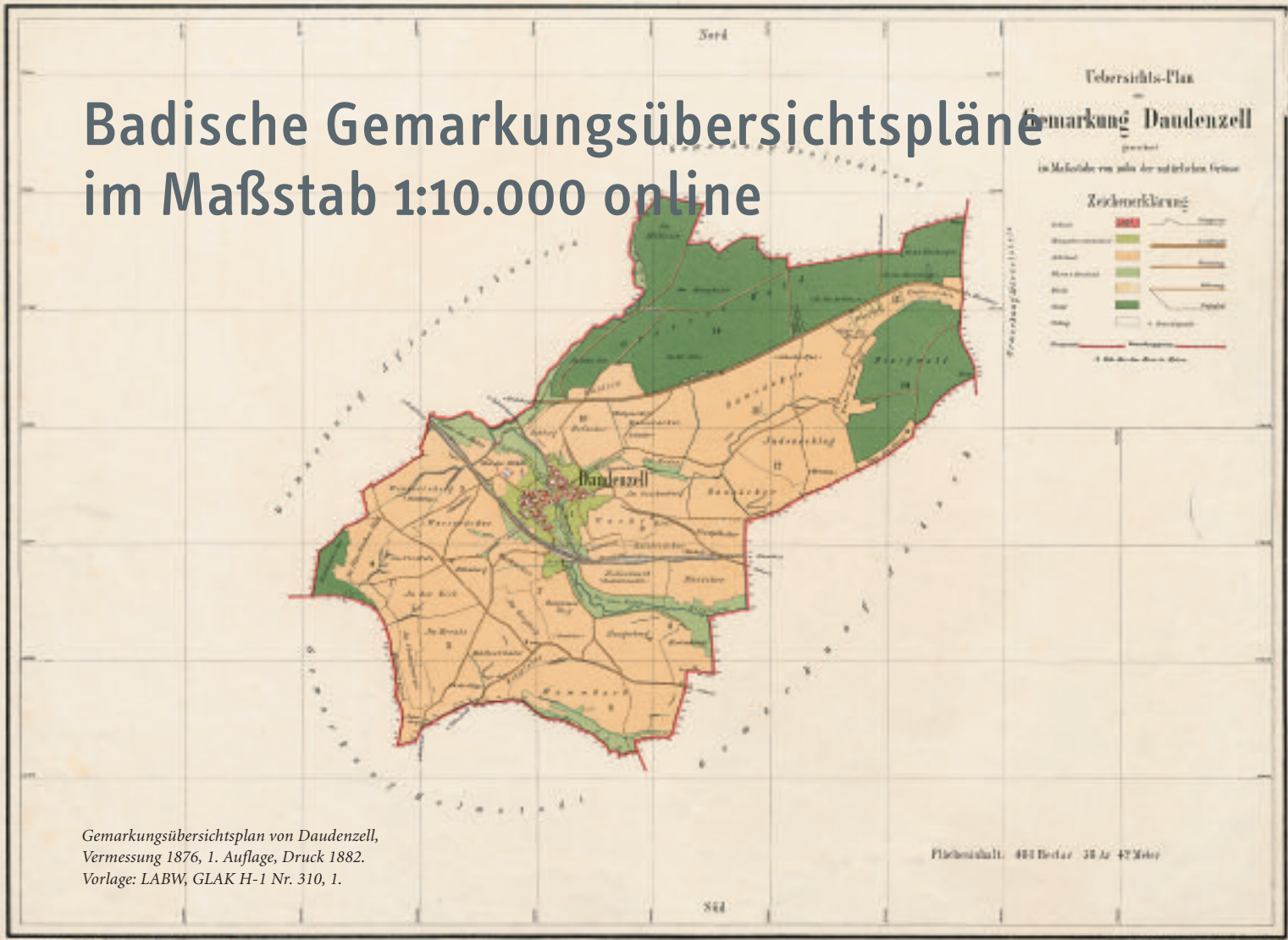
Im Staatsarchiv Wertheim steht inzwischen die Neuverzeichnung des Bestandes LABW StAWt-R Lit. D online zur Verfügung. Darin sind vor allem die auf das Haus bezogenen Unterlagen der Linie Löwenstein-Wertheim-Rosenberg zu finden. So sind mehrere Nachlässe enthalten, z. B. des in der katholischen Laienbewegung aktiven Fürsten Karl Heinrich (1834–1921) oder seines Sohnes Fürst Alois (1871–1952). Daneben gibt es in dem Bestand schriftliches Material von Familienmitgliedern, deren Nachlässe auch an anderer Stelle in der Archivtektonik auftauchen, wie StAWt-R NL 2 Nachlass Fürst Maximilian Karl (1656–1718) oder StAWt-R NL 8 Nachlass Fürst Karl (1909–1990).
Einen großen Teil nehmen die Unterlagen aus der Zeit des Reichsdeputationshauptschlusses und der Mediatisierung ein. Damit werden politische Ereignisse in Deutschland, die das Haus unmittelbar betrafen, angesprochen, denn die Familien der Fürsten und Grafen von Löwenstein verloren in deren Folge ihre

Souveränität und wurden zu Standesherrn.
Eine Systematik gab es vor der Neuverzeichnung nicht. Auch handelt es sich nicht um einen provenienzreinen Bestand. Er enthält vielmehr die unterschiedlichsten Provenienzen, die in diesem Fall aber nicht als relevant für die Ordnung angesehen wurden. Die eingeführte Klassifikation folgt gemäß der eigentlichen Zweckbestimmung des Bestandes weitgehend der chronologischen Folge der Generationen der Grafen von Wertheim und des Hauses Löwenstein-Wertheim-Rochefort bzw. Löwenstein-Wertheim-Rosenberg (seit 1813). Mit dieser Klassifikation wurde das Inventar zum ersten Mal sachthematisch untergliedert. Zur besseren Übersicht der familiären Zusammenhänge wurden dem Ausdruck der Datenbank Kopien aus den Europäischen Stammtafeln beigegeben. Er kann vor Ort im Lesesaal des Archivverbundes Main-Tauber eingesehen werden. Bei den Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten wurden einige Archiva-

lieneinheiten in andere Bestände eingeordnet. Ihr Verbleib ist jederzeit rekonstruierbar. Umgekehrt wurde auf verschiedene Plätze verstreutes Schriftgut, das eindeutig zusammengehört und das die Nutzerinnen und Nutzer am ehesten in dem Bestand Haus- und Familiensachen suchen würden, hier vereinigt.
Die Signaturen mit Tradition wurden behutsam korrigiert oder in ihrer teils redundanten Form beibehalten, da gerade Letztere eine Zuordnung zu einem bestimmten Paket innerhalb des Bestandes erlauben. Als Beispiel seien die Einheiten mit der Nr. 675 I genannt, die zum Nachlass des Fürsten Karl Heinrich zu Löwenstein gehören.
MARTINA HEINE

Der Bestand LABW, StAWt-R Lit. D umfasst 1.649 Titelaufnahmen (28 lfd. Meter).
Das Online-Findmittel ist einsehbar unter: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/start.php?bestand=53075>

Badische Gemarkungsübersichtspläne im Maßstab 1:10.000 online



Durch das Gesetz über die Vornahme einer stückweisen Vermessung sämtlicher Liegenschaften des Großherzogtums Baden vom 26. März 1852 wurde die systematische Katastervermessung des gesamten Landes angeordnet und gemarkungsweise durchgeführt. Die *Handrisse über die stückweise Aufnahme* – je nach bebautem Bereich oder Feldlage in verschiedenen Maßstäben ausgeführt – wurden in sogenannten Gemarkungsatlantanten zusammengeführt, die sich bis heute bei den zuständigen Vermessungsämtern befinden, wo sie weitergeführt wurden. Einen Überblick über die jeweiligen Gemarkungen geben die jetzt online zur Verfügung stehenden Gemarkungsübersichtspläne, auf denen auch mehrere kleinere Gemarkungen erfasst sein können. Die mit fünf Ausnahmen als farbige Lithografien überlieferten 1.532 Pläne entstanden in den Jahren 1857 bis 1935, wobei die meisten bis 1914 gedruckt waren. Alle sind bei einem Maßstab von 1:10.000 und einer maximalen Blattgröße von 60 x 72 cm nach

dem gleichen Schema aufgebaute Inselkarten: Orte und einzelne Gebäude sind rot im Grundriss eingezeichnet, Straßen, Wege und Fußpfade sind wiedergegeben, die Bodennutzungsarten werden in verschiedenen Farben dargestellt, Reben etwa fliederfarben. Flurnamen, Grenzpunkte, Dreiecks- und Hochpunkte wurden, ebenso wie besondere Gegebenheiten (z. B. Steinbrüche) ebenfalls eingetragen. Auch die Flächengröße der Gemarkung ist vermerkt.

War und ist die Katastervermessung zunächst wichtig für Steuereinnahmen, die Sicherung von Eigentumsgrenzen und den Liegenschaftsverkehr, spielen die Gemarkungsübersichtspläne für verschiedene historische Forschungsgebiete eine wichtige Rolle. Es kann im Vergleich mit älteren und jüngeren Karten und Luftbildern die Siedlungsentwicklung verfolgt oder die jeweilige Bodennutzung abgelesen werden. Auch zur Flurnamenforschung wurden und werden die Pläne herangezogen. Die genaue Ermittlung der Flurnamen stand für damalige Geo-

meter nicht im Vordergrund der Arbeiten und war mitunter äußerst schwierig. Der Verfasser einer Ortschronik von Zuzenhausen aus dem Jahr 1896 fand für angebliche Fehler und Ungenauigkeiten dazu sehr harsche Worte.

Die Gemarkungsübersichtspläne sind auch Bestandteil beim Mitmach-Projekt des Landesarchivs zur Verortung historischer Karten und Luftbilder. Es wurde auf freiwilliger unentgeltlicher Basis bereits eine große Zahl der Karten georeferenziert. Außerdem gibt es im Projekt die Möglichkeit, einzelne Gebäude zu identifizieren oder auch Flurnamen zu kommentieren.

GABRIELE WÜST

Die digitalisierten Karten finden sich im Online-Angebot des Landesarchivs unter: <https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/olf/start.php?bestand=14217>

Ein Kaleidoskop des 19. und 20. Jahrhunderts

Die Findmittel der Bezirks- und Landratsamtsbestände im Staatsarchiv Freiburg sind vollständig online

Im 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Südbaden Schauplatz wirkungsmächtiger historischer Ereignisse. Erinnert sei an die territorialen Umwälzungen im Zuge des Entstehens des Großherzogtums Baden, die Revolution von 1848, die wegen Armut und politischer Repression einsetzenden Auswanderungswellen, den nur unweit entfernten tobenden Ersten Weltkrieg oder die Verheerungen des Zweiten Weltkriegs. Die Unterlagen der Bezirks- und Landratsämter geben hierüber eindrucksvoll Zeugnis. Sie bilden die soziale Wirklichkeit in ihrer vollen Bandbreite ab und beschränken sich nicht auf bestimmte Problemfelder oder einzelne soziale Schichten: Wirtschaftliche Prosperität und bittere Armut, staatliches Vermögen und Versagen, Modernisierungsschübe und politisch-soziales Beharrungsvermögen, Krieg und Frieden – all das lässt sich in den Unterlagen der südbadischen Bezirks- und Landratsämter finden. Ein erst unlängst abgeschlossenes Großprojekt des Staatsarchivs Freiburg macht ein einfaches Auffinden dieser historischen Schätze möglich.

Zu Beginn des Erschließungsprojektes war die Überlieferung der südbadischen Bezirks- und Landratsämter auf 544 Bestände unterschiedlicher Größe verteilt und über verschiedene Bereiche der Tektonik des Staatsarchivs Freiburg verstreut. In den bis dato benutzten Papierfindbüchern waren die Akten teils nur summarisch erschlossen. Die bisweilen schlechte Lesbarkeit der Findmittel tat ein Übriges, um breiten Nutzerkreisen die Lust am Suchen und Finden zu nehmen. Die Bezirks- und Landratsamtsakten waren lange Zeit ein weitgehend nicht gehobener Schatz.

Das Ziel des Staatsarchivs Freiburg musste daher die vollständige Erschließung der Unterlagen sein und – der Übersichtlichkeit halber – auch die radi-

kale Verschlingung der Tektonik. So wurden von 2004 bis 2018 insgesamt 179.433 Akten mit einem Umfang von insgesamt 1.560,5 lfd. Metern einzeln erschlossen und konservatorisch gesichert. Die ursprünglich 544 Bestände wurden zu nur noch 44 zusammengeführt und für jeden Bestand wurde ein Online-Findmittel erstellt.

Die schon vor Beginn des Erschließungsprojektes zumindest rege Nutzung der Bezirks- und Landratsamtsbestände hat sich mit dem Fortgang der Arbeiten rasant verstärkt. Niemand mehr muss länger umständlich in einer Vielzahl von Ablieferungslisten und Karteien suchen. Durch die Einbindung der Findmittel in das Angebot der Deutschen Digitalen Bibliothek, des Archivportals-D und in das landeskundliche Portal LEO-BW werden zudem auch neue Nutzerinnen und Nutzer angesprochen.

Die wichtigste Lehre aus dem langjährigen Projekt ist zweifellos, dass *Kurshalten* sich lohnt. In den letzten eineinhalb Jahrzehnten hat das Archivwesen unterschiedlichste Projekte und Ansätze gesehen, teils von überaus kurzer Haltbarkeit. Doch mit Beharrlichkeit und Konsequenz das Richtige zu tun, Nebenschauplätze zu meiden und die wenig glamouröse und prestigeträchtige Erschließung von Kernbeständen anzupacken ist letztlich zum Vorteil aller – sowohl der Nutzerinnen und Nutzer als auch der Archive.

ANNETTE RIEK
CHRISTOF STRAUSS

1 | *Bekanntmachung der französischen Militärregierung über die Einsetzung von Dr. Otto Moericke als Landrat im Landkreis Lörrach, 1945. Vorlage: LABW, StAF B 719/1 Nr. 3202.*

2 | *Plakat der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition aus einer Akte des Landratsamts Säckingen, ca. 1931–1933. Vorlage: LABW, StAF B 733/1 Nr. 1698.*



Zentrale Quellen zur Nachkriegszeit in Südwestdeutschland

Die Akten der Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern

Am 16. Oktober 1945 rief die französische Militärregierung in Tübingen das *Staatssekretariat für das französisch besetzte Gebiet Württembergs und Hohenzollerns* ins Leben. Die Amerikaner hatten in ihrer Besatzungszone bereits im September die Bildung des Landes Württemberg-Baden angeordnet. Damit war das vorläufige Ende der staatlichen Integrität Württembergs besiegelt, auch wenn das am 30. Oktober 1945 verabschiedete Statut des Staatssekretariats die Fiktion der administrativen Einheit aufrechterhielt, indem es von einem *Ruhen der Staatsgewalt der Württembergischen Landesregierung in Stuttgart in dem französisch besetzten Gebiet Württembergs* sprach.

Die Bezeichnung Staatssekretariat geht auf Professor Carlo Schmid zurück, der

als Landesdirektor der Justiz und zugleich als geschäftsführender Vorsitzender des Staatssekretariats der erste führende Repräsentant der Tübinger Regierung war, die sich stets nur als Abwesenheitspflege der Stuttgarter Zentralgewalt betrachtete. Als wichtigste Tübinger Behörde wurde das Direktorialamt eingerichtet, das man später schließlich in Staatskanzlei umbenannte, als nach freien Wahlen im Mai 1947 eine demokratisch legitimierte Landesregierung mit einem Staatspräsidenten und sechs Ministern installiert werden konnte.

Auch wenn die Tübinger Staatskanzlei nur gut sechs Jahre Bestand haben und mit der Bildung des Landes Baden-Württemberg 1952 aufgelöst werden sollte, so sind aus dieser kurzen Episode doch sehr

viele Dokumente erhalten geblieben, die zentrale Aspekte südwestdeutscher Nachkriegsgeschichte auf höchster politischer Ebene reflektieren. Ein neu erstelltes, online zugängliches Repertorium zu dem im Staatsarchiv Sigmaringen verwahrten Bestand *Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern* bietet nun einen wesentlich verbesserten Zugang zu diesen Unterlagen. Wer aussagekräftige Quellen zu Themen wie demokratischer Neuanfang, Wiederaufbau, französische Besatzungspolitik, Entnazifizierung, Entstehung der Bundesrepublik Deutschland oder zum Kampf um den Südweststaat sucht, kann hier schnell fündig werden. Neben den Kabinettsprotokollen und den Mitschriften der Besprechungen mit dem französischen Militärgouverneur sind dies in erster Linie die Akten der von der Staatskanzlei gelenkten *Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung Baden-Württemberg*, die nach Abschluss der Südweststaat-Kampagne in geringen Teilen den Weg in die Registratur der Staatskanzlei gefunden hatten, sowie die Handakten Theodor Eschenburgs, der als Sonderbeauftragter des Staatspräsidenten im Hintergrund die Fäden für den Südweststaat zog und damit maßgeblichen Anteil am Zustandekommen des Bundeslandes Baden-Württemberg hatte.

FRANZ-JOSEF ZIWES



Beglaubigungsschreiben des Ministerpräsidenten von Württemberg-Baden, Dr. Reinhold Maier, für Staatsrat Prof. Carlo Schmid, Tübingen, als Vertreter des württembergischen Staatsministeriums bei der französischen Militärregierung in Württemberg vom 9. Oktober 1945.

Vorlage: LABW, StAS Wü 2 T 1 Nr. 767.

Die Akten der Staatskanzlei Württemberg-Hohenzollern sind unter der Bestandsaufnahme Wü 2 T 1 erschlossen. Die Titelaufnahmen sind online einsehbar: <http://www.landesarchiv-bw.de/plink/?f=6-3199>



2

1

Notfallvorsorge im AV-Archiv

Eine aufregende Übung des Landesarchivs Baden-Württemberg

Am 22. März 2018 war das Audiovisuelle-Archiv des Hauptstaatsarchivs Stuttgart Schauplatz der diesjährigen Notfallübung des Landesarchivs Baden-Württemberg. Der Einsatzort wurde nicht ohne Grund gewählt: Zum einen liegt hier eine große Vielfalt an unterschiedlichen Archivalientypen vor, zum anderen ergaben sich aus dem bestehenden Mietverhältnis mit dem Hauseigentümer ganz neue Aspekte für eine Notfallübung, u. a. in den Bereichen Aufzugnutzung, Abschaltung von Wasser und Strom sowie infrastrukturelle Planungen bei Verpackung und Transport.

Am Tag selbst fanden die Übungsteilnehmerinnen und Teilnehmer eine realitätsnah inszenierte Situation vor: Ein Wasserschaden durch Rohrbruch im dritten Untergeschoss mit mehrtägigem Evakuierungseinsatz. Betroffen waren unverpacktes sowie in Archivboxen verpacktes Schriftgut, CDs, Disketten, VHS-Kassetten und Filmrollen.

Vor Ort gab es zunächst einen detaillierten Überblick über die Situation durch den Einsatzleiter. Dann erfolgte die Aufteilung in verschiedene Gruppen: ein Bergungsteam an der Schadensstelle direkt, ein Verpackungs- sowie ein Evakuierungsteam. Nach der Besprechung von Einsatz- und Gruppenleitern bezüglich Koordinierung und Durchführung der einzelnen Aufgaben sowie der Einrichtung der Stationen begann die eigentliche Bergungsaktion. Dabei hatte

das Verpackungsteam den zusätzlichen Auftrag, genaue Daten über Aufnahmekapazität und Gewicht einzelner Transportkisten zu erheben. Dies sollte als Grundlage für eine spätere Hochrechnung dienen und als Richtwert bei einem wirklichen Notfall. Mit den gesammelten Gewichtsdaten erhält man zudem eine zusätzliche Kontrolle über die Kosten einer späteren Gefriertrocknung, da diese mithilfe des Gewichts des behandelten Archivguts berechnet wird.

Nach Beendigung des praktischen Teils der Notfallübung trafen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu einer Abschlussbesprechung im Hauptstaatsarchiv. Im Zuge der Übung hatten sich einige neuralgische Punkte herauskristallisiert: Zunächst wurde die unbedingte Notwendigkeit einer Einsatzzentrale sowie einer Assistenz für den Einsatzleiter nochmals deutlich. Darüber hinaus zeigte sich, dass die Effektivität eines Einsatzes eng an die Qualität der Kommunikation der einzelnen Gruppen mit dem Einsatzleiter bzw. untereinander gekoppelt ist. Wie diese Kommunikation im Einzelnen erfolgt – über Boten, Handys oder Funkgeräte – bleibt letztendlich der Einsatzleitung überlassen bzw. hängt von den Gegebenheiten vor Ort ab.

Als zentraler Problembereich erwies sich die Schadenseinschätzung. Wie ist damit organisatorisch umzugehen? Hierfür sollte zusätzlich eine Station

zwischen Bergung und Verpackung eingerichtet werden. An dieser Stelle wäre dann auch die Vorgehensweise bezüglich der Schadensbehandlung zu klären. Liegt die Priorität auf der Wiederherstellung der Archivalienstruktur oder der zeitnahen Schadensbehebung? – Eine Frage, die sich nur situativ entscheiden lässt.

Insgesamt zeigte diese Notfallübung einmal mehr, wie wichtig die regelmäßige Durchführung solcher Szenarien zur Optimierung der Organisationsstrukturen und zur Automatisierung einzelner Prozesse ist.

GABRIELE LÖFFLER

1 | Schadensszenario (AV-Archiv).

2 | Verpackungsteam.

Alle Aufnahmen: LABW, HStAS, Marcella Müller.

„mit brieff und sigel“ – Formen der Schriftlichkeit im Mittelalter

Ausstellung im Generallandesarchiv Karlsruhe

In der prachtvoll gestalteten S-Initiale des Tennenbacher Güterbuchs sitzt der Großkeller Johannes Meiger am Schreibpult. Ein weißhaariger, also alter Bauer berichtet, was er über die Rechte des Klosters und die Pflichten der Untertanen weiß. Vorlage: LABW, GLAK 66 Nr. 8553.



Im Mittelalter nahm die *pragmatische Schriftlichkeit* aus unterschiedlichsten Gründen immer mehr zu. Kaiser, Könige, Päpste und andere weltliche und geistliche Mächtige stellten auf Wunsch der Empfänger Urkunden aus, um damit eine gewisse Rechtssicherheit zu gewährleisten. Urkunden der Könige Heinrich III. und Heinrich IV., der Päpste Urban II. und Paschalis II., des Bischofs von Konstanz, des Abtes des Klosters Reichenau aber auch des Pfalzgrafen bei Rhein zeigen diese Praxis der Rechtssicherheit eindrucksvoll.

Besitz- und Rechtsaufzeichnungen der Klöster bilden den zweiten Schwerpunkt der Ausstellung, in dessen Mittelpunkt zum einen der Rotulus Sanpetrinus des Klosters St. Peter auf dem Schwarzwald steht, zum anderen das in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts entstandene Güterbuch der Zisterzienserabtei Tennenbach.

Im Laufe der Zeit veränderten sich auch die Formen der Schriftlichkeit. War das 999 von Kaiser Otto III. ausgestellte Marktprivileg für Villingen noch ein Prachtstück mit einer Bleibulle, so ist die 1418 für den Ort Emmendingen ausgefertigte königliche Markterhebungsurkunde nur ein eher bescheidenes Stück Pergament. Im Laufe der Jahrhunderte begann man immer mehr, auch Alltägliches schriftlich zu regeln. Erb- und Heiratsverträge der adligen Familien nahmen zu. Und bei Herrschaftswechsels oder gar

Verkauf einer Herrschaft wurden diese zuvor akribisch erfasst und deren Wert taxiert. Stücke aus der Herrschaft Hachberg belegen dies eindrucksvoll. Um die Originale zu schonen oder deren Existenz auf Reisen nicht zu gefährden, fertigte man in zunehmendem Maße Kopien in unterschiedlichsten Formen an.

Anniversarbücher und Nekrologien überliefern das Totengedächtnis der damaligen Zeit. Hier finden wir die in der betreffenden Kirche begrabenen Personen notiert sowie deren Todestag. Auch die Organisation des menschlichen Zusammenlebens wurde zunehmend schriftlich fixiert. Sogenannte Dingrodel oder Weistümer, Gemeindestubenordnungen oder die Regelung von Frondiensten sind aussagekräftige Beispiele für diesen Rechtsbereich.

Manchmal kommt es auf das *Kleingedruckte* an. Dreht man eine Urkunde um, so finden sich auf der Rückseite oft weiterführende, mehr oder weniger zeitgenössische Hinweise.

Die Ausstellung zeigt wertvolle Exponate aus den Magazinen des Generallandesarchivs, die in vielen Fällen in großen kulturgeschichtlichen Ausstellungen in ganz Europa zu sehen waren. In der Präsentation in Karlsruhe werden diese Spitzenstücke mittelalterlicher Schriftlichkeit erstmals in einer Ausstellung zusammen erfahrbar.

JÜRGEN TREFFEISEN

Ausstellung

„mit brieff und sigel“ – Formen der Schriftlichkeit im Mittelalter

Öffnungszeiten

14. November 2018 – 1. März 2019
Dienstag bis Donnerstag 8.30–17.30 Uhr
Freitag 8.30–19.00 Uhr
An Feiertagen sowie 27.–28. Dezember 2018 geschlossen

Landesarchiv Baden-Württemberg
- Generallandesarchiv Karlsruhe -
Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Tel. 0721/926-2206
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de
www.landesarchiv-bw.de/glak

Informationen zu mittelalterlichen Formen von Schriftlichkeit finden Sie auch in der Südwestdeutschen Archivalienkunde:

<https://www.leo-bw.de/themenmodul/sudwestdeutsche-archivalienkunde>



Olympische Spiele: Architektur und Gestaltung. Berlin – München – Stuttgart

Ausstellung im Hauptstaatsarchiv Stuttgart

Die Olympischen Spiele der Neuzeit sind seit 1896 *das* Weltereignis des Sports und auf einer Ebene mit den Fußballweltmeisterschaften. Als globale Medienereignisse stellen sie an Architektur und grafische Gestaltung höchste Anforderungen: Der Auftritt muss unverwechselbar und *omnipräsent* sein.

Seit den 1880er Jahren erfolgte die Wiederbegründung der Olympischen Spiele durch Baron Pierre de Coubertin (1863–1937). Er schuf bereits 1913 mit der Olympiafahne ein bis heute prägendes Symbol der olympischen Bewegung: fünf Ringe, die die beteiligten Kontinente repräsentieren. Der Olympismus hatte zum Ziel, die (Wieder-)Verbindung von Geist und Körper zu fördern. Sportliche Höchstleistungen im friedlichen Wettkampf sollten durch künstlerische Leistungen ergänzt werden. Kunstwettbewerbe waren von 1912 bis 1948 Teil der Spiele, prämiert wurden u. a. städtebauliche und architektonische Entwürfe, Plastiken sowie Gebrauchsgrafiken aber auch Kompositionen. Gestaltungsfragen waren auch danach für die Organisatoren wichtig. Die Spiele soll(t)en nach innen Identität stiften und nach außen *Visitenkarte* der gastgebenden Stadt und der gesamten Nation sein. In der Geschichte von Sport und Leibesübungen spiegeln sich daher gesellschaftliche Wertvorstellungen wider.

Die Ausstellung beginnt mit den geplanten aber kriegsbedingt nicht durchgeführten Spielen von 1916 in Berlin. 1936 wurden sie unter massiver Einflussnahme der Ideologie des NS-Staats realisiert. Überwältigung und Monumentalität prägten die Inszenierung der Spiele. Das Olympiastadion auf dem *Reichssportfeld* folgte einer neuen Architekturform mit der räumlichen Aufteilung der Sportstätten. Ebenso zukunftsweisend waren die Marketingstrategien, die Einbindung multimedialer Techniken, so der *Olympia*-Film von Leni Riefenstahl (1938). Mit der *Erfindung* des Fackellaufs wurde eines der zentralen Rituale der neuzeitlichen Spiele als Werbeelement geschaffen.

Die Spiele von München 1972 sollten das Gegenmodell zu 1936 werden. Deutschland präsentierte sich als weltoffen und modern. Hierfür steht das Konzept der *visuellen Kommunikation*, das durch den Stuttgarter Grafiker Anton Stankowski und den Gestalter Otl Aicher von der Hochschule für Gestaltung in Ulm umgesetzt wurde. Die Spiele wurden zum Gesamtkunstwerk, das durch ein einheitliches Farb- und Schriftschema sowie konsequente Nutzung von Piktogrammen geprägt war. Als zweiter Aspekt ist die herausragende Rolle der Architektur zu nennen. Im Münchner Olympiastadion verbinden sich Landschaftsgestaltung und Architektur mit innovativen technischen Lösungen zur *Idee einer Olympischen Landschaft*.

Bekannte Architekten aus Baden-Württemberg, wie Günter Behnisch, Frei Otto und Fritz Auer, waren daran maßgeblich beteiligt. Dass schließlich die Spiele durch ein Attentat palästinensischer Terroristen auf die israelische Mannschaft überschattet wurden, gehört zur besonderen Tragik dieser Olympiade.

Schließlich soll ein Blick auf Stuttgart und die letztlich gescheiterte Olympiabewerbung von 2002 für die Olympischen Spiele von 2012 geworfen werden, die aber wichtige Impulse für die Entwicklung der Sportregion Stuttgart gab. Die Exponate stammen sowohl aus Privatbesitz als auch aus wichtigen (sport-)historischen Sammlungen sowie staatlichen und kommunalen Archiven. Besonders eindrucksvoll sind die präsentierten Architekturmodelle.

Die Ausstellung wird gemeinsam mit dem Institut für Sportgeschichte Baden-Württemberg e. V. präsentiert, das in diesem Jahr sein 25-jähriges Bestehen feiert. Am 18./19. Oktober 2018 findet aus diesem Anlass ein Jubiläums-Symposium zum Thema *Kunst – Sport – Literatur* im UNESCO-Weltkulturerbe Kloster Maulbronn statt.

PETER BOHL
MARKUS FRIEDRICH



Berliner Illustrierte Zeitung, 2. Sonderheft: Bericht in Wort und Bild: „Die 16 olympischen Tage“. Vorlage: Leihgabe Privat.

Ausstellung

Olympische Spiele: Architektur und Gestaltung. Berlin – München – Stuttgart

Öffnungszeiten

15. November 2018 – 31. März 2019

Montag 9.00–17.00 Uhr

Dienstag und Mittwoch 8.30–17.00 Uhr

Donnerstag 8.30–19.00 Uhr

Freitag 8.30–16.00 Uhr

Informationen

Landesarchiv Baden-Württemberg

- Hauptstaatsarchiv Stuttgart -
Konrad-Adenauer-Str. 4

70173 Stuttgart

Tel. 0711/212-4335

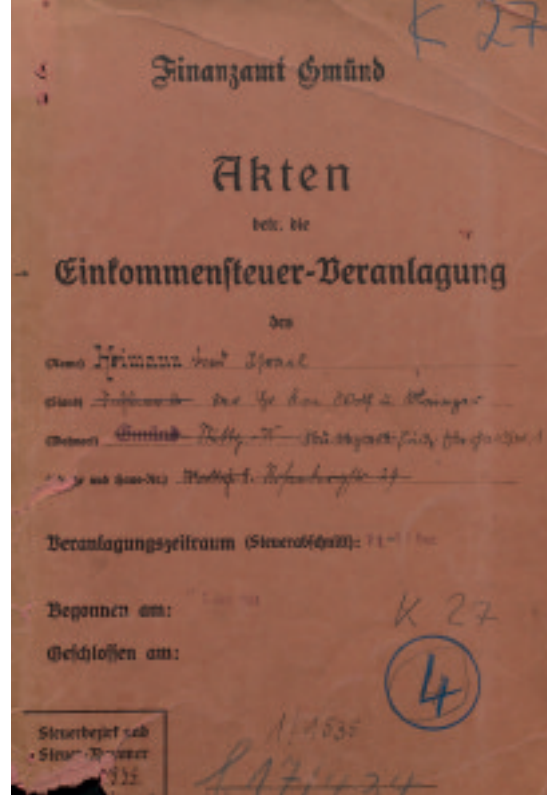
Telefax: 0711/212-4360

E-Mail hstastuttgart@la-bw.de

www.landearchiv-bw.de/hstas



1



2

Ausgrenzung – Raub – Vernichtung

Ausstellung über die Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung im Nationalsozialismus

Wenn vom Holocaust die Rede ist, dann denkt man zuallererst an die Massensterben an der jüdischen Bevölkerung in den Vernichtungslagern des Ostens oder an die Erschießungen durch die Einsatzgruppen nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion. Aus dem Blick gerät dabei häufig, dass der Ermordung der Juden deren systematische wirtschaftliche Ausplünderung voranging, zunächst durch Einschränkungen in der Berufsausübung und dann durch die zwangsweise Überführung jüdischer Vermögenswerte in den Besitz des Staates oder interessierter Privat- und Geschäftsleute. Die Dimensionen dieser Ausplünderung sind in der letzten Zeit durch die Diskussionen über den Umgang mit enteignetem Kunstbesitz einer breiteren Öffentlichkeit zumindest in Ansätzen deutlich geworden. Viele Aspekte der wirtschaftlichen Maßnahmen gegen die Juden sind aber noch wenig bekannt.

Seit einigen Jahren beschäftigt sich eine Projektgruppe des Gedenkstättenverbands Gäu-Neckar-Alb, an der sowohl interessierte Laien, wie auch professionelle Historikerinnen und Historiker sowie Archivarinnen und Archivare beteiligt sind, mit der Ausplünderung der jüdischen Bevölkerung in Württem-

berg und Hohenzollern nicht zuletzt auf lokaler Ebene. Dabei wurden nicht nur Einzelfälle aus den unterschiedlichsten Berufs- und Geschäftsfeldern erforscht, sondern auch das weit gespannte Netzwerk der Akteure und Täter untersucht. Die Forschungen stützten sich insbesondere auf die leider nicht allzu umfangreichen Quellen der Finanzverwaltung aus der NS-Zeit, insbesondere aber auf Entschädigungs- und Entnazifizierungsakten aus der Nachkriegszeit. Die Ergebnisse werden in einem umfangreichen Sammelband publiziert, der von der Landeszentrale für politische Bildung herausgegeben wird. Gleichzeitig entsteht eine Wanderausstellung, die kurz vor dem Holocaust-Gedenktag 2019 im Staatsarchiv Ludwigsburg eröffnet wird und danach durch das Land reisen wird. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen Fallstudien aus verschiedenen Regionen und den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen. Vorgestellt werden aber auch die politischen Rahmenbedingungen der Ausplünderung sowie die daran beteiligten Personen, Organisationen und Dienststellen. Das gesamte Projekt ist Teil der Aktivitäten rund um den 150. Geburtstag des Staatsarchivs Ludwigsburg, zeigt sie doch, wie wichtig und fruchtbringend eine enge Zusam-

menarbeit zwischen den öffentlichen Archiven und zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich der Erinnerungskultur sein kann.

PETER MÜLLER

1 | Bilder enteigneter Vermögenswerte aus den Entschädigungsakten im Staatsarchiv Ludwigsburg.
Vorlage: LABW, StAL FL 300/33 I und FL 300/33 II.

2 | Titelblatt einer Steuerakte eines Juden aus dem Staatsarchiv Ludwigsburg.
Vorlage: LABW, StAL K 27, Schwäbisch Gmünd.

Ausstellung

Ausgrenzung – Raub – Vernichtung

Öffnungszeiten

25. Januar – 31. März 2019
Montag bis Donnerstag 9.00–16.30 Uhr
Freitag 9.00–15.30 Uhr
Sonntag 14.00–17.00 Uhr

Landesarchiv Baden-Württemberg
- Staatsarchiv Ludwigsburg -
Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Tel. 07141/64854-6310
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de
www.landearchiv-bw.de/stal

„Somit hausen wir zusammen wie bisher“

Gescheiterte Pläne des Erbprinzen von Hohenzollern-Sigmaringen zur Errichtung eines eigenen Palais

Seit der Verheiratung des Erbprinzen Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen mit Prinzessin Josephine von Baden 1834 hatte sich die erbprinzliche Familie durch Kinder vergrößert, und der Erbprinz wünschte ab 1837, ein eigenes *Établissement* zu begründen und die bisherige gemeinsame erbprinzliche und fürstliche Haus- und Hofhaltung aufzugeben.

In der nun einsetzenden Planungsphase wurde der aus Ludwigsburg stammende Frankfurter Architekt und Weinbrenner-Schüler Rudolf Burnitz konsultiert. Burnitz war in Hohenzollern kein Unbekannter. Fürst Friedrich Hermann Otto von Hohenzollern-Hechingen hatte ihn bereits von 1818 bis 1819 mit der Erbauung des Neuen Schlosses in Hechingen betraut. Die im klassizistischen Stil errichtete neue Residenz konnte vom Auftraggeber letztlich aber nicht bezogen werden, da für den Innenausbau das Geld fehlte. Auch für den Wiederaufbau der Burg Hohenzollern lieferte Burnitz 1819 Pläne, die jedoch nicht verwirklicht wurden.

Das erste von Burnitz für die Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen errichtete Bauwerk war das 1831 fertiggestellte Landhaus Krauchenwies. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich der 1824 zum Fürstlich Hohenzollernschen Baurat ernannte Architekt bereits in Frankfurt a. M. niedergelassen. Prägend für die Sigmaringer Karlstraße wurden die ab 1840 nach seinen Plänen erbauten herrschaftlichen Häuser.

Da Rudolf Burnitz über Jahre Bauprojekte der Fürsten von Hohenzollern-Sigmaringen entworfen und betreut hatte, verwundert es nicht, dass er in die Planungen eines erbprinzlichen Landhauses miteinbezogen wurde.

Ob die nebenstehende Ansicht samt den Grundrissen tatsächlich von Burnitz selbst stammt, kann derzeit nicht mit Sicherheit gesagt werden. Der fürstliche Baurat übersandte zumindest am 27. Januar 1838 eine Kostenrechnung, *so gut als der kleine Plan es erlaubte*, über 39.194 Gulden. Der im Fürstentum mit Bausachen betraute Obrist Hermann von Hövel jedoch hielt die Gesamtbau-

summe von 80.000 Gulden für realistischer. Über den geplanten Standort des Palais sind keine Angaben zu finden.

Die Realisierung des Projekts scheiterte zu einem daran, dass Fürst und Prinz einen Artikel im erbprinzlichen Heiratsvertrag, der die Kostenübernahme bei Herstellung einer standesmäßigen Wohnung für das Erbprinzenpaar regelte, unterschiedlich interpretierten, zum anderen jedoch an den *exorbitanten Kostenüberschlägen*, die im Auftrag Karl Antons für eine eigene Hofhaltung aufgestellt wurden: *Nach genauer Überlegung und Würdigung meiner finanziellen Kräfte habe ich den Entschluß gefaßt, die Idee eines eigenen Baues u. der Führung eines eigenen Haus- u. Hofhalts aufzugeben*. Dem Vater war die Entscheidung des Sohnes nicht unrecht: *Somit hausen wir zusammen wie bisher*.

1842 bekam das Erbprinzenpaar das Palais der verstorbenen Fürstinmutter als Wohnsitz zugewiesen. Direkt neben diesem Gebäude ließ der Erbprinz einen Neubau errichten. Der Gebäudekomplex beherbergt heute das Staatsarchiv Sigmaringen.

BIRGIT MEYENBERG



1

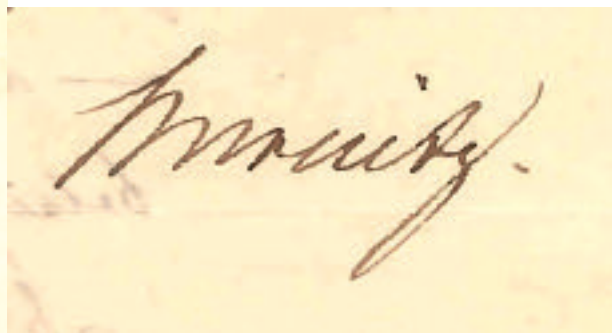
1 | Plan eines erbprinzlichen Palais von 1838 mit Ansicht und Grundrissen des Erdgeschosses und 1. Stockes.

Vorlage: LABW, StAS FAS HS 1-80 T 7 R 53,23/08.

2 | Unterschrift des Frankfurter Architekten Rudolf Burnitz unter einem Kostenvoranschlag für das geplante Palais.

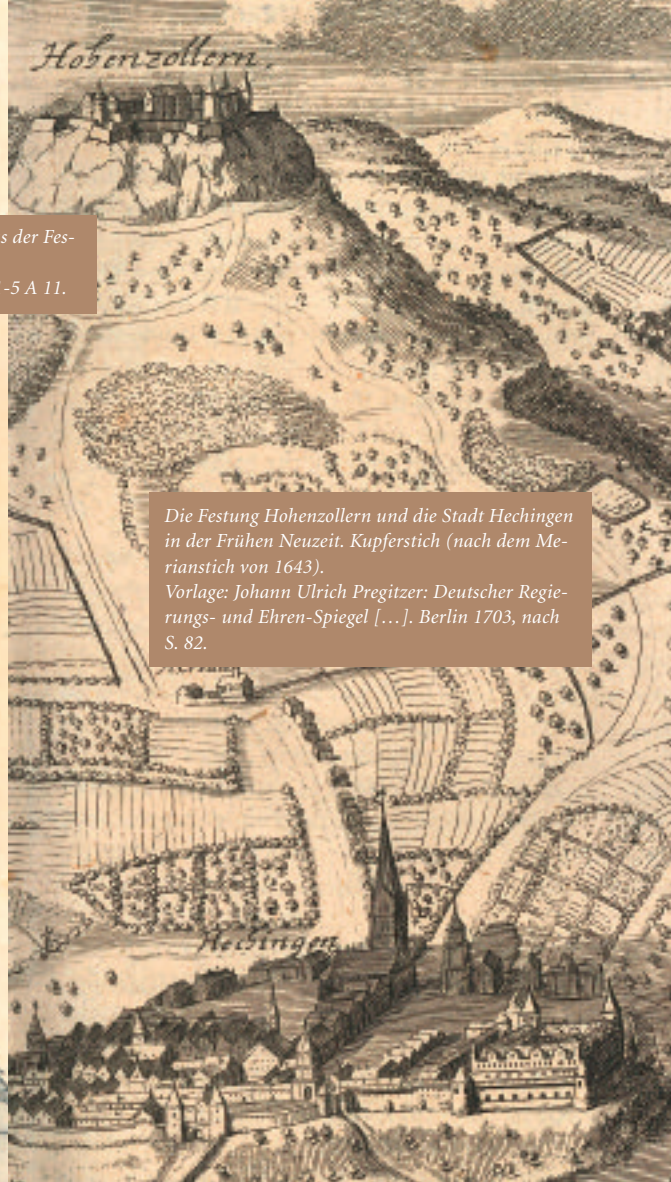
Vorlage: LABW, StAS FAS HS 1-80 T 7 R 53,23/08.

2





Plan eines „verborgenen“ Ausganges aus der Festung Hohenzollern, um 1635.
Vorlage: LABW, StAS FAS HH 1-50 T 1-5 A 11.



Die Festung Hohenzollern und die Stadt Hechingen in der Frühen Neuzeit. Kupferstich (nach dem Merianstich von 1643).
Vorlage: Johann Ulrich Pregitzer: Deutscher Regierungs- und Ehren-Spiegel [...]. Berlin 1703, nach S. 82.

Mit Brief und Siegel

Die Rückeroberung der Festung Hohenzollern 1635

Nach ihrer Niederlage gegen die kaiserlichen Truppen in der Schlacht bei Nördlingen im September 1634 zogen die Schweden vollständig aus Süddeutschland ab und das mit ihnen verbündete Württemberg wurde von kaiserlichen Truppen besetzt. Einige Höhenfestungen konnten sich zunächst gegen die Feinde behaupten – so auch die Festung Hohenzollern, welche die Württemberger 1634 erobert hatten. Nun wollten das katholische Adelshaus der Hohenzollern und kaiserliche Truppen unter bayerischer Beteiligung sie gemeinsam zurückerobern.

Die württembergische Burgbesatzung unter dem Kommandanten Albrecht Schmidtlapp bestand aus 45 Söldnern; zudem hatten Personen aus umliegenden württembergischen Orten auf der Festung Schutz gesucht. Es gab schon Ende 1634 Kämpfe, Gefangennahmen und einige kurze Einschließungen der Festung. Anfang Oktober 1635 kamen weitere kaiserliche Truppen unter dem Befehl des Obristen Johann Georg von Karthausen und

schlossen die Festung für die geplante Eroberung ein.

Am 17. Oktober hörte die Festungsbesatzung abends zunächst *einen großen Lärm*. Am nächsten Morgen ließ Karthausen dem Kommandanten eine Nachricht überbringen. In dieser teilte der Obrist Schmidtlapp mit, seine Soldaten hätten am Vorabend einen Bauern erschossen. Er habe ein verschlossenes Schreiben, das dieser bei sich getragen hatte, geöffnet und gelesen. Den ungewöhnlichen Schritt, es an seinen Feind weiterzugeben, erklärte er damit, dass der Inhalt für beide Seiten vorteilhaft sei.

Der Brief mit Unterschrift und Siegel Herzog Eberhards III. von Württemberg war auf den 4. Oktober datiert. Der Herzog befahl dem Kommandanten darin, die Festung Hohenzollern *unter dem Schein dringender Noth* an ihre alten Eigentümer zurückzugeben, da dies *zur Wiederbringung der allgemeinen Ruhe dienlich sein könnte* und er vorhabe, mit dem Kaiser Frieden zu schließen. Schmidtlapp zögerte

13 Tage, bis er sich dazu durchrang, die Festung gemäß dem herzoglichen Befehl zu übergeben.

Die Übergabe fand am 1. November 1635 statt. In einem Akkord legten die Kriegsparteien die Konditionen sowie den Ablauf der Übergabe fest. Am selben Tag zogen die Württemberger wie vereinbart frei und sicher mit sechs Wagen von der Festung ab. Bestimmt geschah dies unter höhnischem Gelächter der Belagerer, denn Karthausen hatte Schmidtlapp mit einer Kriegslist getäuscht: Der kluge Obrist hatte in Hechingen ein Blankopapier mit der Unterschrift und dem Siegel des Herzogs gefunden, darauf den angeblichen Befehl des Herzogs schreiben lassen und die List mit dem angeblich getöteten Bauern eingefädelt.

Die Festung erhielt nunmehr eine kur-bayerische Besatzung, die jedoch nur 18 Monate blieb. Ab dem 1. Mai 1637 stellte Fürst Eitelriedrich von Hohenzollern wieder die Burgbesatzung.

NADJA DIEMUNSCH

Ausstellung über Jenny Heymann (1890–1996)

Von Studierenden erarbeitet

Die Ausstellung *Jenny Heymann (1890–1996)*, 'Heyfrau' wurde am 1. Februar 2018 an der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg eröffnet. Studierende verschiedener Lehramtsstudiengänge präsentierten Ergebnisse, die sie im Rahmen eines Kompaktseminars im Bereich Educational Studies im Wintersemester 2017/18 erarbeitet hatten. Melanie Elze begleitete als Gleichstellungsreferentin dieses Blockseminar, Dr. Alfred Hagemann als Lehrbeauftragter.

Jenny Heymann, eine 1890 geborene Stuttgarterin, war zunächst Unterstufenlehrerin, die Weimarer Republik ermöglichte ihr aber eine Weiterqualifizierung als Oberstufenlehrerin. Nach einem Berufsverbot durch die Nationalsozialisten (1933) war sie bis zu ihrer Emigration (1939) an einer jüdischen Reformschule in Herrlingen bei Ulm tätig. 1947 kehrte sie aus England zurück und ging 1956 in den Ruhestand. Im Alter von 100 Jahren wurde sie für ihr jüdisch-christliches Engagement mit der Otto-Hirsch-Medaille geehrt. *Heyfrau*, wie sie von ihren Herrlinger Schülern liebevoll genannt wurde, starb 1996 in Stuttgart und wurde im Familiengrab auf dem Pragfriedhof beigesetzt.

Jenny Heymanns Nachlass wurde nach ihrem Tod dem Stadtarchiv Stuttgart, dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart und dem Staatsarchiv Ludwigsburg übergeben. In einem begrenzten Zeitrahmen, an zwei Doppelterminen, setzten sich über vierzig Studierende unterschiedlicher Fachrichtungen mit der Biografie und dem historischen Kontext auseinander. Zu den Arbeitsaufgaben gehörten die Erarbeitung einer Material- und Quellenauswahl, ein Experten- und Zeitzeugengespräch, eigene Recherchen, eine Fotodokumentation, die Auswertung von Audiodateien und die Erstellung von Informations- und Präsentationsmaterialien. Archive von Stuttgart bis Ulm

gaben dabei Hilfestellung: Dr. Elke Koch vom Staatsarchiv Ludwigsburg beriet beispielsweise die Studierenden in Bezug auf Heymanns Schulleiterin und Freundin, Dr. Elisabeth Kranz.

Zahlreiche Schwerpunktthemen, aber auch Wünsche und Lücken, wurden bei der Erarbeitung deutlich: Etwa die Situation der Juden in Württemberg in den



Jenny Heymann beim Besuch des Kinofilms „Schindlers Liste“ (1993). Vorlage: Stadtarchiv Stuttgart, Aufnahme: Horst Rudel.

1920er Jahren, das assimilierte, liberale und bürgerlich lebende Judentum und sein Werte- und Bildungshorizont, seine Identifikation mit dem Schwäbischen und mit Stuttgart, das Emanzipatorische an Jenny Heymann oder das spezifisch Familiengeschichtliche. Eine umfassende Biografie Heymanns scheint noch ein Zukunftsprojekt zu sein.

ALFRED HAGEMANN

Die Novemberrevolution in Württemberg

Emblematisch für die Novemberrevolution 1918 in Deutschland ist bis heute die Fotografie, welche die Proklamation der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918 am Fenster des Reichstags zeigt. Die revolutionären Ereignisse jener Tage beschränkten sich jedoch nicht auf Berlin, sondern erfasseten auch die anderen deutschen Staaten, wobei sie mitunter recht unterschiedlich verliefen. Ganz überraschend kam der Umsturz nicht: Mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen und militärischen Lage im Deutschen Reich als Folge des nunmehr vier Jahre dauernden Krieges hatten im Laufe des Jahres die politischen Spannungen erheblich zugenommen.

Historischer Hintergrund

Erste größere Proteste im Reich wie auch die Streiks bei den Stuttgarter Daimler-Werken im Sommer 1918 konnten zunächst noch unterdrückt werden. Vereinzelt wurden bereits Forderungen nach einem politischen Neuanfang laut. In Württemberg besaß der als *demokratischer* Monarch bekannte König Wilhelm II. (1848–1921, reg. seit 1891) enorme Popularität, sodass hier die revolutionäre Gefahr vorerst gebannt schien. Ministerpräsident Karl von Weizsäcker (1853–1926), ein enger Vertrauter des Königs, fügte sich als vehementer Kritiker der Reichspolitik und der Kriegsführung nicht widerspruchslos den Anweisungen von Reichsregierung und Oberster Heeresleitung. Aus dieser Position heraus lehnte von Weizsäcker auch im Namen des Königs noch im Spätsommer und Herbst 1918, als auch in Württemberg Forderungen nach einer Reform laut wurden, eine Veränderung des *bestehenden* politischen Systems ab. Mit Be-

kanntwerden der militärischen Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem Kieler Matrosenaufstand Ende Oktober/Anfang November konnte sich die Landesregierung aber Reformen nicht mehr verweigern. Etwa zur gleichen Zeit einigten sich die in der zweiten Kammer des Landtags vertretenen Parteien erstmals auf eine Koalitionsregierung auf Basis der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse.

Spätestens nach dem Sturz des bayerischen Königs Ludwig III. am 7. November war absehbar, dass es auch in Württemberg über kurz oder lang zu größeren Unruhen kommen würde. Überlegungen, eine für den 9. November in Stuttgart angekündigte Großdemonstration mit Waffengewalt niederzuschlagen, erteilte Wilhelm II. eine Absage, sodass die Revolution in Württemberg weitgehend gewaltlos und ohne nennenswerten Widerstand vor sich ging. Die erst am 7. November gebildete Regierung Liesching musste bereits nach zwei Tagen zurücktreten.

Im Unterschied zum Rat der Volksbeauftragten in Berlin bemühte sich die am 9. November eingesetzte provisorische Regierung Württembergs unter Führung von Wilhelm Bloss (MSPD), der sich u. a. die USPD angeschlossen hatte, von Anfang an, auch das bürgerliche Lager mit einzubinden. Der Eintritt bürgerlicher Politiker in die Übergangsregierung wenige Tage später war entscheidend für die Akzeptanz des Umsturzes gerade in den weiterhin monarchistisch gesinnten bürgerlich-konservativen Kreisen. Gleichzeitig gelang es damit, die deutlich radikaleren spartakistischen bzw. kommunistischen Gruppen aus den Arbeiter- und Soldatenräten zu verdrängen und die Revolution in geordnetere Bahnen zu lenken. Neben der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung konzentrierte

sich die Übergangsregierung auf die Organisation der Wahlen zu einer verfassungsgebenden Landesversammlung, die im Januar 1919 stattfanden. Die Regierung Bloss konnte sich in ihren Bestrebungen auch der Unterstützung des abgesetzten Königs sicher sein; Wilhelm II. entband zunächst die Beamten vom Treueeid, bevor er am 30. November 1918 abdankte, ein Schritt, den nicht alle deutschen Monarchen gingen. Großherzog Friedrich II. von Baden hatte bereits am 22. November seinen Verzicht auf den Thron erklärt.

Die nächsten Monate verliefen in Deutschland teilweise turbulent: Berlin wurde vom Spartakusaufstand erschüttert. Kurz darauf beendeten Freikorps und Reichswehrtruppen den nach dem Mord am bayerischen Ministerpräsidenten Eisner ausgebrochenen Bürgerkrieg zwischen der Münchner Räterepublik und der legitimen Landesregierung. In Baden blieb es weitgehend ruhig bis auf die kurze Episode der Mannheimer Räterepublik, die nach nur zwei Tagen unblutig am mangelnden Rückhalt in der Bevölkerung scheiterte. Der württembergischen Regierung gelang es, die politischen Verhältnisse soweit zu stabilisieren, dass die Gefahr eines kommunistischen Umsturzes gebannt war. Bereits am 20. Mai 1919 trat die von der Landesversammlung beschlossene neue Verfassung des Volksstaats Württemberg in Kraft. Der demokratische Staatsbildungsprozess in Württemberg dauerte aber noch an bis zum Inkrafttreten der endgültigen Landesverfassung am 25. September 1919, welche die Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung vom 31. Juli berücksichtigte.

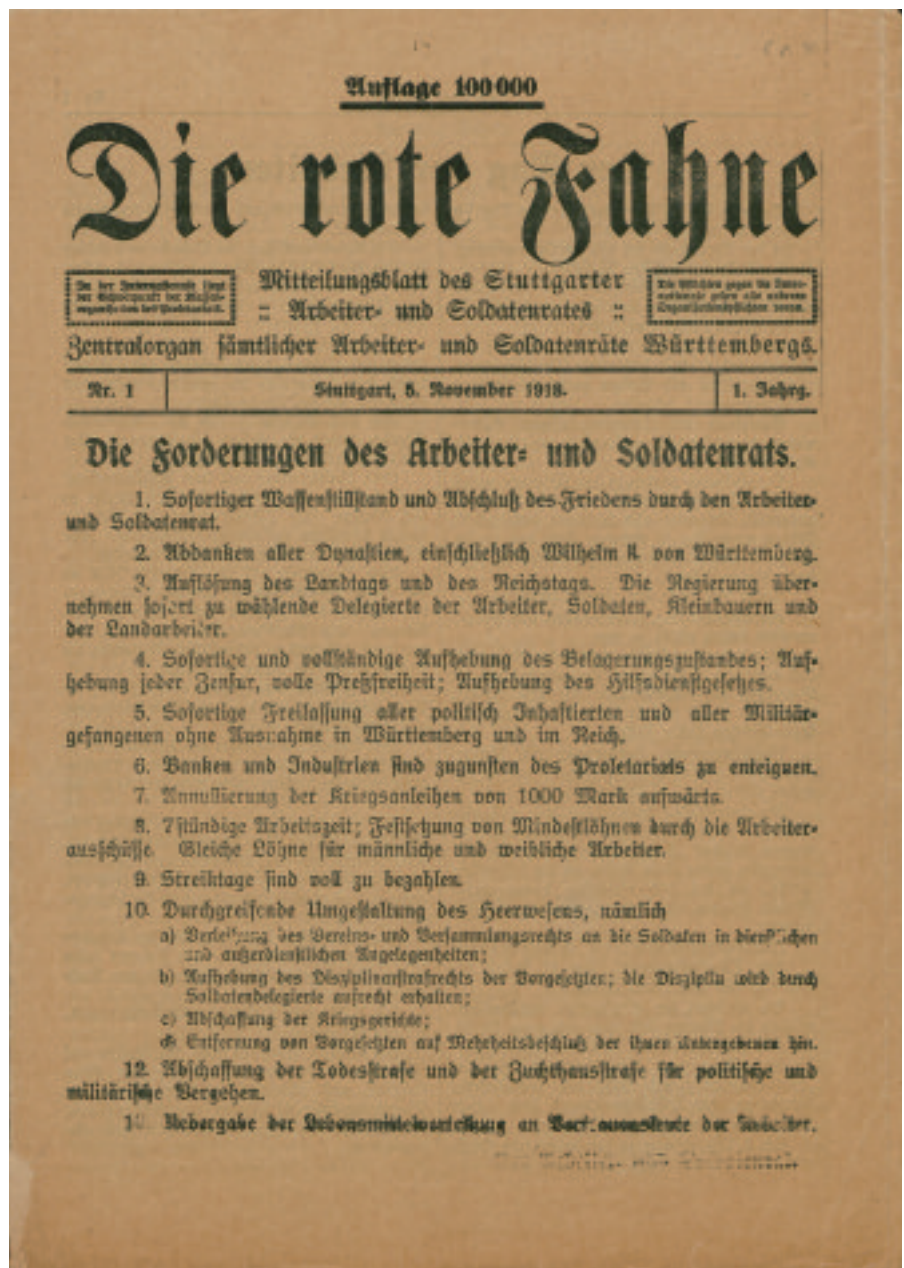
Die Novemberforderungen und die Verfassung

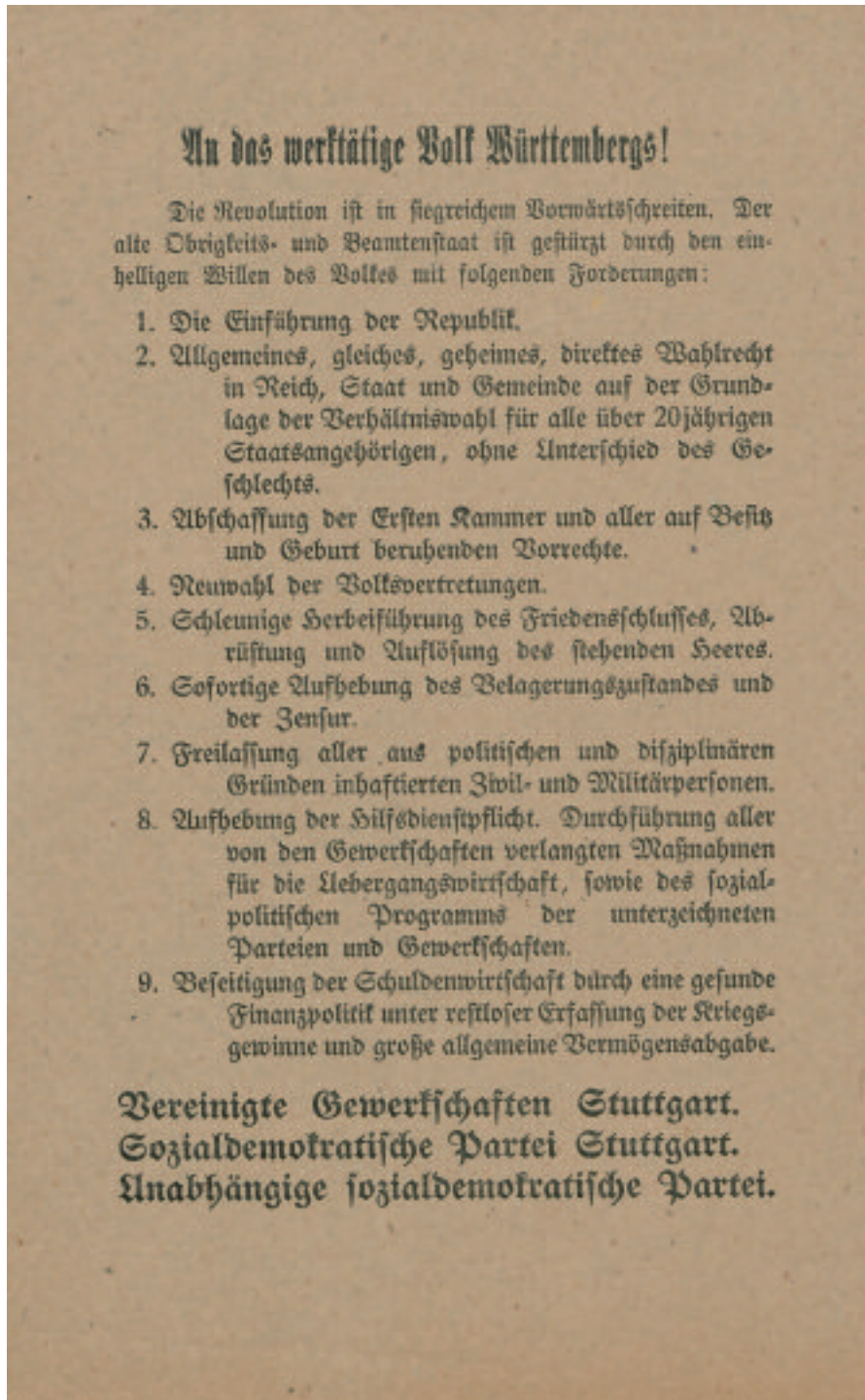
M 1 „Die Forderungen des Arbeiter- und Soldatenrats“, Zeitungsartikel, *Die rote Fahne*, 5. November 1918. Vorlage: LABW, HStAS E 125b Bü 616.

Die ausgewählten Quellen spiegeln den verfassungsrechtlichen Diskurs während der Revolution 1918 bis hin zur Verabschiedung der endgültigen Verfassung Württembergs im September 1919 wider. Sie umfassen die politischen Forderungen der Spartakisten, der SPD zusammen mit USDP und Gewerkschaften, die Reaktion des Königs und der Regierung Liesching und das materielle Ergebnis des Prozesses in Form der neuen württembergischen Verfassung.

Auf der Titelseite der Zeitung *Die rote Fahne* vom 5. November 1918 (M 1) verbreiteten die Spartakisten, eine radikale Splittergruppe innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrats, ihre Forderungen nach Veränderung der politischen Verhältnisse nicht nur in Württemberg, sondern auch auf Reichsebene. Es sollte zunächst ein sofortiger Waffenstillstand und ein Friedensvertrag durch den Arbeiter- und Soldatenrat für das Reich herbeigeführt werden. Die Forderung nach einer Republik wird nur implizit durch den Aufruf zur Abdankung *aller Dynastien, einschließlich Wilhelms II. von Württemberg*, erhoben. Außerdem wollten die Spartakisten sowohl den Landtag in Württemberg als auch den Reichstag auflösen und die Regierungen durch Vertreter der Räte ersetzen. Weitreichend waren auch die wirtschaftspolitischen Forderungen nach einer Enteignung und Verstaatlichung der Industrie und des Bankwesens *zugunsten des Proletariats*.

In einem gemeinsamen Flugblatt (M 2) feierten Stuttgarter Gewerkschaften, SPD und USDP am 9. November 1918 den Sturz des alten *Obrigkeits- und Beamtenstaat[s]*. Im Vergleich zu den Spartakisten forderten sie ausdrücklich eine Republik und die Abschaffung des Adels. Darüber hinaus formulierten sie Ansprüche an ein neues Wahlrecht, nämlich ein *allgemeines, gleiches, geheimes, direktes* Verhältniswahlrecht für alle Staatsbürger, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, *ohne Unterschied des Geschlechts*. Die Durchsetzung demokratischer Wahlgrundsätze sowie das Frauenwahlrecht wurden somit schon zu Beginn der Revolution zu zentralen politischen Forderungen des linken politischen Spektrums. Unter diesen Voraussetzungen sollte ein neues Parlament gewählt werden. Der Wunsch nach Frieden und Ab-





rüstung stand nicht mehr an erster Stelle des Forderungskatalogs wie vier Tage zuvor noch bei den Spartakisten, sondern folgte erst auf die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen des angestrebten republikanischen Systems. Im Gegensatz zu den spartakistischen Enteignungsforderungen waren die wirtschaftspolitischen Maximen der SPD und ihrer Verbündeten weniger umfassend; es wurde lediglich *die Beseitigung der Schuldenwirtschaft durch eine gesunde Finanzpolitik*, somit also ein Schuldenschnitt, verlangt.

Noch am selben Tag reagierten König Wilhelm II. und die erst am 7. November berufene Regierung unter Theodor Liesching mit einer Flugschrift der Neckarzeitung (M 3) auf die Forderungen aus dem Volk. In der Hoffnung, die revolutionären Gemüter zu beruhigen, machte der König weitgehende Zugeständnisse. Zum einen kündigte er die Einberufung einer *konstituierenden Landesversammlung* an, die durch *allgemeine, gleiche, direkte und geheime* Wahl von württembergischen Bürgern, Frauen eingeschlossen, über 24 Jahre zustande kommen sollte. Diese Versammlung sollte eine neue Verfassung *auf demokratischer Grundlage* erlassen. Durch die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung ging der König sogar über die Forderungen der Linken hinaus; SPD, USPD und Gewerkschaften hatten nur eine Neuwahl des Parlaments verlangt. Hinter die von den linken Gruppen aufgestellten Wahlrechtsgrundsätze und das Frauenwahlrecht konnten König und Regierung nicht mehr zurücktreten. Überraschenderweise betonte Wilhelm II. nicht nur den Volkswillen, sondern auch die Ergebnisoffenheit der verfassungsgebenden Versammlung, indem er seinen Thron implizit zur Disposition stellte und somit auch die Einführung einer Republik nicht ausschloss: *Der König spricht aus, daß seine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung sein wird.*

Die demokratisch-republikanischen Ansprüche an die neue politische Ordnung fanden in der Verfassung Württembergs (M 4) ihren Niederschlag. Sowohl in der Fassung vom 20. Mai als auch vom 25. September 1919 wurde in Artikel 1 der freie Volksstaat Württemberg als ein Glied des Deutschen Reichs postuliert. Artikel 3 begründete das Prinzip der Volkssouveränität, während Arti-

kel 4 die Grundsätze einer gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahl für alle Bürger beider Geschlechter über 20 Jahre fixierte. Die Fassung vom September sprach das Wahlrecht allen deutschen und nicht nur den württembergischen Staatsbürgern mit Wohnsitz in Württemberg zu. Die Abschaffung des Adels wurde hingegen in der Weimarer Reichsverfassung für alle Gliedstaaten geregelt.

Wilhelm II. hatte das Schicksal seiner Dynastie schon am Abend des 9. Novembers richtig antizipiert. Zwar behauptete er – auch aufgrund seiner Beliebtheit in der Bevölkerung – noch bis Ende des Monats seinen Thron, doch den republikanischen Kräften konnte er sich nicht erwehren. Die gemäßigte Linke von SPD, USDP und Gewerkschaften, die auch die provisorische Regierung stützte, konnte ihre verfassungsrechtlichen Forderungen nach einer parlamentarischen Demokratie durchsetzen. Den Spartakisten, die früh in der Rätebewegung isoliert waren, gelang es hingegen nicht, die nötige breite Unterstützung für ihre radikalen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Vorstellungen zu erhalten.

Möglichkeiten für den Unterricht

Nach den Bildungsplänen des Landes Baden-Württemberg eignen sich die Quellen zum Einsatz im Unterricht der Jahrgangsstufen 7/8 vor dem Hintergrund der Leitperspektive Teilhabe, Mitwirkung und Mitbestimmung. Etliche zentrale Elemente demokratischer Verfassungen werden thematisiert, etwa die Grundsätze des Wahlrechts oder die Abschaffung adeliger Privilegien. Für die Jahrgangsstufe 11.2 kann der Blick auf die württembergischen Verhältnisse die Reflexionskompetenz und Sensibilisierung für multikausale Zusammenhänge, wie sie mit dem Aufbruch und Scheitern demokratischer Systeme anhand der Weimarer Republik auf Reichsebene nahegebracht werden, sinnvoll ergänzen und unterstützen. Denn die Stuttgarter Ereignisse können exemplarisch darstellen, wie sich abseits der Berliner Novemberrevolution der Umbruch in lokalen und administrativen Strukturen vollzog, wie andere Voraussetzungen und Dynamiken den Wandel jenseits des revolutionären Zentrums prägten.

Für einen erfolgreichen Transfer und um die Tragweite des Umbruchs einordnen zu können, sind die Schülerinnen und Schüler bereits mit den monarchischen Regierungsformen im Reich, den revolutionären Ereignissen in Berlin sowie mit den konkurrierenden Weltanschauungen des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts vertraut. Im Vorfeld ist auch auf die württembergischen Verhältnisse einzugehen. Auf dieser Basis können sie multiperspektivisch die regionalen Ereignisse erfassen und so die auf die Reichsebene bezogenen Erkenntnisse überprüfen und festigen. Die Unterschiede der Quellengruppen und ihre jeweilige Aussagekraft sollten den Schülerinnen und Schülern bekannt sein. Der Einsatz nichttranskribierter Quellen kann aufgrund ihrer Unmittelbarkeit motivierend sein. Wenn keine Transkription angefertigt wird, ist zur Vermeidung einer Überforderung gegebenenfalls der Einsatz von Entsprechungstabellen für die Frakturschrift anzuraten.

Die Schülerinnen und Schüler können in der Erarbeitungsphase die Quellen danach befragen, was die einzelnen Gruppen (die Spartakisten in den Arbeiter- und Soldatenräten, König und Kabinett Liesching, die SPD mit USDP und Ge-

werkschaften, M 1–M 4) jeweils erreichen wollten. Die prägnante Auflistung der Forderungen (abgesehen von der Bekanntmachung von König und Regierung) verdeutlicht die jeweiligen Zielvorstellungen und ermöglicht eine zügige Erfassung und Gliederung des Inhalts, etwa nach politischen und wirtschaftlichen Forderungen. Zudem erleichtert die Textform einen schnelleren Übergang zur Erarbeitung des Vergleichs. So lassen sich die Grundsätze des Wahlrechts anhand der verschiedenen Dokumente verfolgen: In der *Roten Fahne* steht die Machtübernahme der Räte im Vordergrund, sodass keine Wahlrechtsgrundsätze formuliert werden. Ein Plädoyer für ein allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für Männer und Frauen ist dagegen sowohl im linken demokratischen Spektrum als auch beim König und seiner Regierung zu finden, allerdings entweder erst ab dem 20. oder dem 24. Lebensjahr. Dies spiegelt sich in der Württembergischen Verfassung § 4 (2) wider, laut der das Wahlrecht ebenfalls gleich, geheim, direkt (*unmittelbar*) und allgemein (*ohne Unterschied des Geschlechts, alle württembergischen Staatsbürger*) ausgeübt und das Mindestalter auf 20 Jahre festgesetzt wird. Das Prinzip der freien Wahl wird dagegen noch nicht verankert.

Neben der Bearbeitung in Gruppen und der Sammlung der Ergebnisse im Plenum können die Texte auch verteilt in Einzelarbeit analysiert und die Resultate mit den Ergebnissen aus der Beschäftigung mit weiteren Texten in Kleingruppen zusammengetragen werden. Eine anschließend vergleichende Betrachtung der württembergischen Verfassung legt dar, welche Positionen und Forderungen sich durchsetzen konnten.

M 3 „Eine Kundgebung des Königs von Württemberg und der neuen Regierung“, Flugschrift, Neckar-Zeitung, 9. November 1918, nachmittags 6 Uhr.
Vorlage: LABW, HStAS J 150 Bü 538/7.

Wöchentliche Illustrierte Zeitung Württemberg und Hohenzollern-Regierung des Kaiserthums

Neckar-Zeitung

Verlagshaus der Stadt Heilbronn sowie der Oberamtsbezirke Heilbronn und Neckarfilen
Donnerstag den 9. November 1918, nachmittags 6 Uhr.

Eine Kundgebung des Königs von Württemberg und der neuen Regierung.

Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung.

Stuttgart, 9. November. Das neue Ministerium, das sich auf dem Vertrauen der gewählten Volksvertretung aufbaut, ist gebildet und hat die Regierung übernommen.

Der König hat in Uebereinstimmung mit diesen neuen Ministern die Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung angedacht. Sie soll durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht der württembergischen Staatsangehörigen über 24 Jahre beiderlei Geschlechts gebildet werden. Ihre Aufgabe soll sein, unserem Staat eine den Verhältnissen der neuen Zeit genügende Verfassung auf demokratischer Grundlage zu geben. Die Reifeheit des württembergischen Volkes soll damit in die Lage versetzt sein, die Entscheidung über die künftige Regierungsform zu treffen.

Der König spricht aus, daß keine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes gescheiterten Wahlbildung sein wird. Wie er auch bisher seine Aufgabe einzig darin erblickt hat, dem Wohle und den Wünschen seines Volkes zu dienen.

Wir richten an das ganze Volk die dringende Mahnung und Bitte, in diesen Tagen der höchsten Not des Vaterlandes Besonnenheit zu bewahren und Ruhe und Ordnung zu halten. Nur so kann unser Volk vor dem tiefsten Elend, vor den Gefahren der Hungersnot und dem Eindringen des Feindes in unser Land bewahrt werden.

Willelm.
König. Riene. Sieber. Lindemann.
Bischoffs. Köhler.

J 450
512/7

Die Verfassung Württembergs.

Vom 25. September 1919.

Im Namen und als Vertretung des württembergischen Volkes hat die am 12. Januar 1919 gesammelte verfassungsgebende Landesversammlung die Verfassung Württembergs am 26. April 1919 beschließen und, nach Inkrafttreten der Verfassung des Deutschen Reiches, am 25. September 1919 neu gefaßt. Sie wird hiernit als Staatsgesetz des Landes verkündet.

I. Abschnitt.

Württemberg und seine Grenzen.

§ 1.

Württemberg ist ein souveräner Rechtsstaat und ein Glied des Deutschen Reiches. Seine Staatsgewalt wird nach den Vorschriften dieser Verfassung und nach den Gesetzen des Deutschen Reiches ausgeübt.

§ 2.

- (1) Alle Landesteile Württembergs in ihrem gegenwärtigen Bestande bilden das Staatsgebiet.
(2) Die Zustimmung zu einer Erwerbung des Staatsgebietes steht dem Landtag zu.

II. Abschnitt.

Staatsgewalt.

§ 3.

Alle Staatsgewalt geht vom Volk aus.

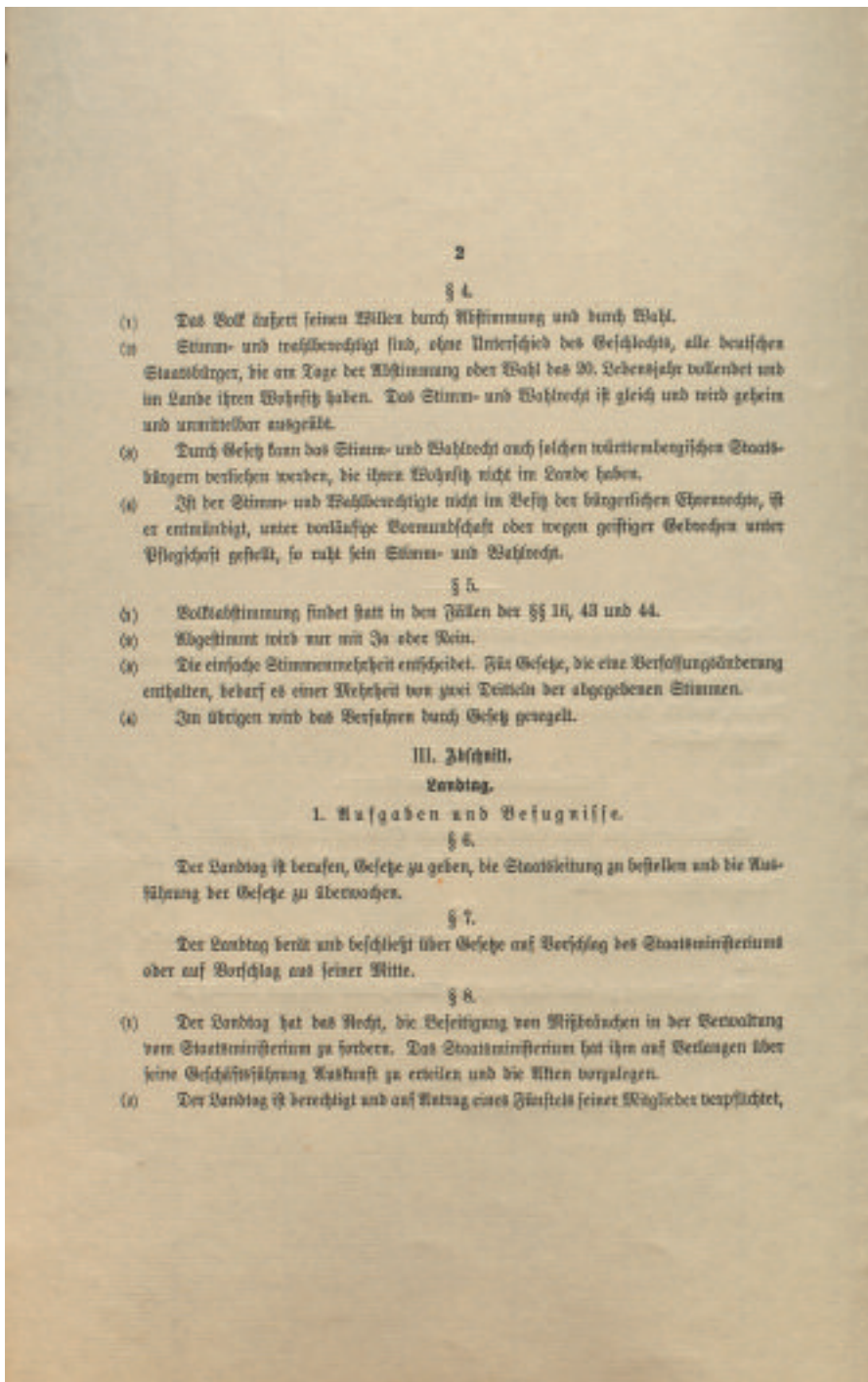
Literatur

FRIEDER KUHN: In der Weimarer Republik. In: Die Geschichte Baden-Württembergs. Hg. von REINER RINKER und WILFRIED SETZLER. Stuttgart 1986. S. 264–266.

Von der Ständeversammlung zum demokratischen Parlament. Die Geschichte der Volksvertretungen in Baden-Württemberg. Hg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Stuttgart 1982.

EBERHARD NAUJOKS: Württemberg 1864 bis 1918. In: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte 3. Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien. Hg. von HANSMARTIN SCHWARZMAIER. Stuttgart 1992. S. 422–432.

PAUL SAUER: Württemberg in der Weimarer Republik. In: Handbuch der baden-württembergischen Geschichte 4. Die Länder seit 1918. Hg. von HANSMARTIN SCHWARZMAIER und MEINRAD SCHAAB (†). Stuttgart 2003. S. 73–84.



2

§ 4.

- (1) Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmung und durch Wahl.
- (2) Stimm- und wahlberechtigt sind, ohne Unterschied des Geschlechts, alle deutschen Staatsbürger, die am Tage der Abstimmung oder Wahl des 20. Lebensjahr vollendet und im Lande ihren Wohnsitz haben. Das Stimm- und Wahlrecht ist gleich und wird geheim und unmittelbar ausgeübt.
- (3) Durch Gesetz kann das Stimm- und Wahlrecht auch solchen württembergischen Staatsbürgern verliehen werden, die ihren Wohnsitz nicht im Lande haben.
- (4) Ist der Stimm- und Wahlberechtigte nicht im Besitze des bürgerlichen Ehrenrechts, ist er entmündigt, unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrochen unter Pflegschaft gestellt, so ruht sein Stimm- und Wahlrecht.

§ 5.

- (1) Volksabstimmung findet statt in den Fällen der §§ 16, 43 und 44.
- (2) Abgestimmt wird nur mit Ja oder Nein.
- (3) Die einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Für Gesetze, die eine Verfassungsänderung enthalten, bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.
- (4) Im übrigen wird das Verfahren durch Gesetz geregelt.

III. Mittel.

Landtag.

1. Aufgaben und Befugnisse.

§ 6.

Der Landtag ist berufen, Gesetze zu geben, die Staatsleitung zu bestellen und die Ausführung der Gesetze zu überwachen.

§ 7.

Der Landtag berät und beschließt über Gesetze auf Vorschlag des Staatsministeriums oder auf Vorschlag aus seiner Mitte.

§ 8.

- (1) Der Landtag hat das Recht, die Beseitigung von Mißständen in der Verwaltung vom Staatsministerium zu fordern. Das Staatsministerium hat ihm auf Verlangen über seine Geschäftsführung Auskunft zu erteilen und die Mängel vorzulegen.
- (2) Der Landtag ist berechtigt und auf Antrag eines Fünftels seiner Mitglieder verpflichtet,

Ergänzende Materialien und das ausführliche Unterrichtsmodul „Novemberrevolution“ des Hauptstaatsarchivs Stuttgart:
<https://www.landesarchiv-bw.de/web/57626>

Neue Veröffentlichungen des Landesarchivs Baden-Württemberg



Alltag auf der Schwäbischen Alb.
Fotografien von Botho Walldorf
Katalog zur Ausstellung im Staatsarchiv
Sigmaringen und Schönbuchmuseum
Dettenhausen
Herausgegeben von Ulrich Hägele
Verlag W. Kohlhammer 2018
128 Seiten, kartoniert
€ 12,-
ISBN 978-3-17-035359-6



Ehrenmitglieder der Staatstheater
Stuttgart 1912-2018
Theatergeschichte in Porträts
Herausgegeben von Hanns-Werner
Heister
Verlag W. Kohlhammer 2018
280 Seiten, fester Einband/Fadenheftung
€ 20,-
ISBN 978-3-17-036094-5



Archivnutzer im Wandel
Vorträge des 77. Südwestdeutschen
Archivtags am 22. und 23. Juni 2017
in Bretten
Herausgegeben von Thomas Just und
Peter Müller
Verlag W. Kohlhammer 2018
88 Seiten, kartoniert
€ 10,-
ISBN 978-3-17-034382-5



Romantiker auf dem Lichtenstein.
Lebenswelten Herzog Wilhelms von
Urach (1810–1869)
Begleitbuch zur Ausstellung
Herausgegeben von Nicole Bickhoff,
Wolfgang Mährle und Eberhard Merk
Verlag W. Kohlhammer 2018
276 Seiten, fester Einband/Fadenheftung
€ 22,-
ISBN 978-3-17-035361-9



Demokratie wagen?
Baden 1818–1919
Herausgegeben von Peter Exner
Verlag W. Kohlhammer 2018
212 Seiten, fester Einband/Fadenheftung
€ 20,-
ISBN 978-3-17-034381-8



Archive heute – Vergangenheit für
die Zukunft. Archivgut – Kulturerbe –
Wissenschaft. Zum 65. Geburtstag
von Robert Kretzschmar
Herausgegeben von Gerald Maier und
Clemens Rehm
Verlag W. Kohlhammer 2018
Werkhefte der Staatlichen Archiv-
verwaltung Baden-Württemberg Serie A
Heft 26
500 Seiten, fester Einband/Fadenheftung
€ 49,-
ISBN 978-3-17-034606-2

Die Bände sind im Buchhandel oder direkt beim Verlag erhältlich.

Alle Neuerscheinungen finden Sie auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landearchiv-bw.de) unter „Aktuelles > Neue Publikationen“.

Archivnachrichten und Quellen für den Unterricht finden Sie auch auf der Homepage des Landesarchivs Baden-Württemberg (www.landearchiv-bw.de) unter „Landesarchiv > Publikationen“.

Titelfoto:

Die schwedischen Truppen beschießen vom Stift Kreuzlingen aus die Stadt Konstanz.
Vorlage: LABW, GLAK H-BS-I K/22.

Impressum

Landesarchiv Baden-Württemberg
Eugenstraße 7, 70182 Stuttgart
Telefon 0711/212-4238
Telefax 0711/212-4283
E-Mail: landearchiv@la-bw.de
Internet: www.landearchiv-bw.de

Redaktion:
Dr. Verena Schweizer
Gestaltung:
volker müller grafik design,
Königsbach-Stein
Druck: Printsystem GmbH,
Heimsheim

Das Heft erscheint halbjährlich und
wird kostenlos abgegeben.
ISSN 1437-0018

Landesarchiv Baden-Württemberg

Präsident

Landesarchiv Baden-Württemberg
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: landesarchiv@la-bw.de

Serviceabteilungen

Landesarchiv Baden-Württemberg
Zentrale Dienste
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: zentraledienste@la-bw.de

mit:

Institut für Erhaltung von
Archiv- und Bibliotheksgut
Schillerplatz 11
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6600
Telefax: 07141/64854-6699
E-Mail: ife@la-bw.de

Landesarchiv Baden-Württemberg
Archivischer Grundsatz
Eugenstraße 7
70182 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4272
Telefax: 0711/212-4283
E-Mail: grundsatz@la-bw.de

mit:

Grundbuchzentralarchiv
Stammheimer Straße 10
70806 Kornwestheim
Telefon: 07154/17820-500
Telefax: 07154/17820-510
E-Mail: gbza@la-bw.de

Archivabteilungen

STAATSARCHIV FREIBURG

Colombistraße 4
79098 Freiburg im Breisgau
Telefon: 0761/38060-0
Telefax: 0761/38060-13
E-Mail: stafreiburg@la-bw.de

GENERALLANDESARCHIV KARLSRUHE

Nördliche Hildapromenade 3
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721/926-2206
Telefax: 0721/926-2231
E-Mail: glakarlsruhe@la-bw.de

STAATSARCHIV LUDWIGSBURG

Arsenalplatz 3
71638 Ludwigsburg
Telefon: 07141/64854-6310
Telefax: 07141/64854-6311
E-Mail: staludwigsburg@la-bw.de

HOHENLOHE-ZENTRALARCHIV NEUENSTEIN

Außenstelle des
Staatsarchivs Ludwigsburg
Schloss
74632 Neuenstein
Telefon: 07942/94780-0
Telefax: 07942/94780-19
E-Mail: hzaneuenstein@la-bw.de

STAATSARCHIV SIGMARINGEN

Karlstraße 1+3
72488 Sigmaringen
Telefon: 07571/101-551
Telefax: 07571/101-552
E-Mail: stasigmaringen@la-bw.de

HAUPTSTAATSARCHIV STUTTART

Konrad-Adenauer-Straße 4
70173 Stuttgart
Telefon: 0711/212-4335
Telefax: 0711/212-4360
E-Mail: hstastuttgart@la-bw.de

STAATSARCHIV WERTHEIM

im Archivverbund Main-Tauber
Bronnbach 19
97877 Wertheim
Telefon: 09342/91592-0
Telefax: 09342/91592-30
E-Mail: stawertheim@la-bw.de

